

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

# Politische Berichte



26. September 1981  
Jg. 2 Nr. 20

G 7756 D

Preis:  
2 DM



Welttextilabkommen: Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung wehrt sich gegen Kapitalexport Seite 7



Südafrika: Die afrikanischen Volksmassen in Azania sammeln ihre Kräfte gegen das Kolonialregime Seite 13



Großbritannien: Premierministerin Thatcher ist verhaßt, sitzt aber fest im Sattel Seite 32

## Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76  
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,00 DM

## Inhalt

<b>Haushalt 1982:</b> Die politische Opposition gegen die Kriegsvorbereitung muß den Spar- und Rüstungshaushalt kritisieren und bekämpfen .....	Seite 3
Demonstration am 10.10. in Bonn .....	Seite 4
Haig: „Das Reagan-Programm als „revolutionäre Doktrin der ganzen Welt“ .....	Seite 5
<b>Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet</b> .....	Seite 6
<b>Welttextilabkommen:</b> Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung wehrt sich gegen Kapitalexport .....	Seite 7
<b>Haus- und Putzarbeit:</b> Teilzeitarbeit bewirkt niedrige Tariflöhne .....	Seite 7
<b>AEG-Sanierung:</b> 500 Mio. Zinsen an die Banken, pro Kopf 10% mehr Leistung .....	Seite 8
<b>Iran:</b> Presse-erörtert Umsturzchancen .....	Seite 9
<b>Türkei:</b> Junta beruft Verfassungsgebende Versammlung ein .....	Seite 10
<b>Krankenkostendämpfungsgesetz:</b> Wer krank ist, soll selber zahlen — oder sehen, wo er bleibt .....	Seite 10
<b>Kreditwesengesetz:</b> Spekulantengeschäfte auf Gemeindegeldkosten? .....	Seite 11
<b>Studienreform:</b> Stärkerer Praxisbezug gefordert .....	Seite 12
<b>Südafrika:</b> Die afrikanischen Volksmassen in Azania sammeln ihre Kräfte gegen das Kolonialregime .....	Seite 13
<b>Südafrika:</b> Gesetze zur Sicherung der Ausbeutung der Afrikaner .....	Seite 14
Lage der schwarzen Volksmassen in Südafrika .....	Seite 16
Aus Dokumenten azanischer Organisationen .....	Seite 17
<b>Nachrichten aus der Arbeiterbewegung</b> .....	Seite 18
<b>Lehrer-Streik:</b> GEW schließt Tarifvertrag mit Privatschule ab .....	Seite 19
<b>Siemens-Betriebsrat:</b> Klage gegen Lohnkürzungen wegen Krankheit .....	Seite 19
<b>Heimattage Baden-Württemberg:</b> „Von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer“ .....	Seite 20
<b>Politisches Urteil:</b> Gegen Solidarität mit Volk von El Salvador .....	Seite 21
<b>Oetker:</b> Lohnentwicklung der Arbeiter seit 1973 .....	Seite 21
<b>Stillegung:</b> Aktionen gegen VW, VDM, Triumph-Adler .....	Seite 22
<b>Kommunalwahlen in Niedersachsen:</b> Mit Oertzens Kursänderung kann die SPD nur an die CDU verlieren .....	Seite 22

Wirtschaftspolitische Forderungen .....	Seite 22
<b>Whyl-Prozeß:</b> Befangenheitsanträge abgelehnt .....	Seite 23
<b>„Starnberger Appell“:</b> Paneuropa-Jugend wirbt für Aufrüstung .....	Seite 24
<b>Nds. Polizeigesetz:</b> Große Koalition für Todesschuß ...	Seite 24
<b>Kriegsdienstverweigerung:</b> „Es wird genau registriert, welche Abschußquote ein Vorsitzender bringt“ .....	Seite 25
Arbeitsdienstvorstöße — hin zur „lästigen Alternative“ .....	Seite 25
Bundesdelegiertenkonferenzen der Selbstorganisationen der Zivildienstleistenden .....	Seite 26
Stichwort Kriegsdienstverweigerung .....	Seite 27

## Internationale Nachrichten

<b>VR Polen:</b> Erste Ergebnisse des Landeskongresses der Gewerkschaft „Solidarität“ .....	Seite 29
<b>DDR:</b> Ausdehnung der Schichtarbeit .....	Seite 29
<b>USA—Mexiko:</b> Mexiko-Öl für US-Rohstoffreserve? ...	Seite 30
<b>Portugal:</b> Kapitalisten liefern Regierungsprogramm ...	Seite 30
<b>USA:</b> AFL/CIO-Demonstration gegen Regierung .....	Seite 31
<b>Belgien:</b> Regierungswechsel zwecks Lohnsenkung .....	Seite 31
<b>Großbritannien:</b> Premierministerin Thatcher ist verhaßt, aber sitzt fest im Sattel .....	Seite 32
Beschlüsse des Jahreskongreß des Gewerkschaftsbundes TUC .....	Seite 32

## Aus Kultur und Wissenschaft

<b>Das Boot:</b> Der „teuerste und größte Film Deutschlands“, ein mißlungenes Heldenepos auf deutsches Soldatentum .....	Seite 34
Hitlerjunge Quast: freiwillig an die Ostfront .....	Seite 34
Kampf um die Macht als Nervenkitzel .....	Seite 34
„Die Mächtigen der deutschen Wirtschaft“ .....	Seite 35
„Die Haut“: Ein Film nicht gegen den Krieg, sondern gegen die Niederlage .....	Seite 35
<b>Balkan-Friedensverträge:</b> Grundlage für den Zusammenschluß der Völker Südosteuropas .....	Seite 36
<b>Erziehungstheoretiker Paulo Freire:</b> Erwachsenenalphabetisierung in der Dritten Welt .....	Seite 37
Lohnstandardverluste 1980—1982 .....	Seite 38
Lohnstandard-Entwicklung seit 1980, Auswirkungen der Haushaltsbeschlüsse .....	Seite 38

## Die politische Opposition gegen die Kriegsvorbereitung muß den Spar- und Rüstungshaushalt kritisieren und bekämpfen

Die politische Auseinandersetzung in der BRD ist aktuell durch zwei eigentlich merkwürdige, auf jeden Fall aber ganz unangemessene Erscheinungen gekennzeichnet. Die schroffe Kritik, die sich insbesondere in den Gewerkschaften an den Sparbeschlüssen der Bundesregierung entfaltet, erstreckt sich nicht auf den Verteidigungshaushalt. Obwohl dieser 1982 laut Gesetzentwurf erneut um 1,766 Mrd. DM oder 4,2% auf 43,84 Mrd. DM aufgestockt werden soll, aus Mitteln, die der Reproduktion der Arbeiterbevölkerung entzogen werden. Umgekehrt: Der Widerstand gegen die Stationierung der nuklearen Mittelstreckenraketen und die Androhung der Neutronenbomben ist derzeit nahezu stumm gegenüber dem gesamten imperialistischen Rüstungsprogramm und also gegenüber dem Verteidigungshaushalt und ist erst recht stumm gegenüber den

Allparteien-Rüstungskalition, die sich in den letzten Monaten herausgebildet hat und die sich jetzt gegenseitig in Sparvorschlägen zu überbieten sucht, einen wichtigen Erfolg verbuchen können, wenn sie den Haushalt 82 ohne nennenswerten Widerstand im Bundestag (und entsprechende Folgehaushalte in den Landtagen) durchpeitschen kann. Wenn diejenigen Abgeordneten der SPD, die in den verschiedenen Bewegungen tätig sind und oft genug auch als ihre Sprecher auftreten, immerhin die einzigen, die überhaupt eine Opposition im Parlament bilden, der schroffen Konfrontation mit dem gesamten Haushalt ausweichen und sich stattdessen auf vereinzelte Kritik hier und da beschränken, um womöglich bei der Abstimmung auch hier noch zurückzuweichen, dann wird dies allerdings die politische Opposition im ganzen Lande

ein Teil der militärischen Mittel, mit denen sich die Imperialisten zum Zwecke des Krieges ausrüsten. Innerhalb des Rüstungshaushaltes bilden ihre Kosten bis jetzt und auch in Zukunft nur einen verhältnismäßig kleinen Anteil. Nach Angaben von 1980 kostet eine Cruise missile kaum mehr als ein Leopard 2-Panzer und der gesamte „Nach“rüstungsbeschluß 6 Mrd. \$, von denen die Stationierungsländer zusammen 300 Mio. zahlen sollen, weniger als die Hälfte dessen, was die BRD allein für die Besatzungstreitkräfte aufwendet (1981 = 1,4 Mrd. DM). Zwar mag die militärische Bedeutung der Atomwaffen ihre Kosten übersteigen – ihre Vernichtungskraft jedenfalls steht mit ihren Kosten in keinem Zusammenhang mehr –, doch steht fest, daß die Imperialisten in der konventionellen Aufrüstung keineswegs nachlassen und nachlassen wollen, sondern diese ständig beschleunigen und den Hauptteil der finanziellen Mittel dafür auch verwenden.



In der Strategie der „Vorneverteidigung“ ist die Panzerwaffe von größter Bedeutung. Die BRD unterhält die zweitgrößte Panzermacht auf dem Kontinent.

Sparbeschlüssen. Obwohl diese wesentlicher Bestandteil des Expansionsprogramms der westdeutschen Finanzbourgeoisie sind, das durch Aufrüstung und Mittelstreckenraketenbewaffnung militärisch abgesichert wird.

Sollte die Bourgeoisie wirklich die Gelegenheit bekommen, den Widerstand, auf den sie an den verschiedenen Frontabschnitten stößt, Stück für Stück niederzuwerfen, anstatt daß sich dieser Widerstand einheitlich an der gesamten Front organisiert? – Zwar wird die Entscheidung darüber nicht im Parlament fallen. Doch wird die

schwächen und die Reaktion ermutigen.

Denn so oder so ist weder über die Sparbeschlüsse noch über den Rüstungshaushalt das letzte Wort gesprochen. Jedes Nachgeben jedenfalls wird die Reaktion zu weiterem Umlenken der Mittel, zu weiterem Sparen, zu weiterer Aufrüstung veranlassen.

Die ungeheure und unvorstellbare Brutalität der von der NATO beschlossenen atomaren Bewaffnung hat den Widerstand von Hunderttausenden in der BRD und Westberlin hervorgerufen. Doch sind die Atomwaffen nur

Aktuell täuschen Umschichtungen innerhalb des geplanten Verteidigungshaushaltes 1982 eher noch über das wirkliche Ausmaß der weiteren Aufrüstung hinweg. Da nämlich durch Kürzungen bei der Rentenversicherung der Wehrpflichtigen, Fortfall der Bausparprämie für Wehrpflichtige und ähnliche nicht direkt kriegswirksame Maßnahmen insgesamt 526 Mio. DM „eingespart“ werden, erhöht sich der Etat für direkte militärische Zwecke nicht um 1,766 Mrd., sondern um fast 2,3 Mrd. DM.

Generell täuscht die Konstruktion des Rüstungshaushaltes über sein wirkliches Ausmaß. Selbst wenn man die zahllosen verdeckten sowie die ausgewiesenen Rüstungsausgaben in den Länder- und Gemeindehaushalten außer Acht läßt, so machen doch die in die Öffentlichkeit eingebrachten 43,84 Mrd. DM des Verteidigungshaushaltes höchstens  $\frac{2}{3}$  des gesamten Rüstungshaushaltes aus. Hinzu kommen v.a. noch Ausgaben zur direkten Finanzierung des NATO-Bündnisses, so „Ausgaben für die Stationierungstreitkräfte“, „Verteidigungs- und Ausrüstungshilfe“, „NATO-Zivilhaushalt“ usw. Ebenso buchen die Bourgeois die „Berlin-Hilfe“ als Rüstungskosten ab, so daß der gesamte Rüstungshaushalt schon 1981 bei über 60 Mrd. DM und das heißt bei fast 1000 DM pro Kopf der Bevölkerung liegt und 1982 noch einmal erheblich darüber.

## Demonstration am 10.10. in Bonn

Die einfache Forderung: keine Stationierung von Mittelstreckenraketen und Neutronenwaffen in der BRD haben Rüstungsintriganten inzwischen zu einem fast unüberschaubaren Feld von Varianten, Optionen umgepflügt. Da der große Teil der werktätigen Bevölkerung des Landes diese Bewaffnung nicht will, bemüht sich die öffentliche Meinung stark um die Schaffung einer ideologischen Konstruktion, die folgendes Lügengebäude tragen soll: daß nämlich niemand, schon gar keiner von jenen, die „Verantwortung tragen“, und jedenfalls niemand in der BRD, die Einführung dieser Waffen wünschte, wollte oder gar betrieben habe, vielmehr sei diese Bewaffnung durch Umstände ernötigt, die außerhalb der Möglichkeiten bundesdeutscher Politik gelegen hätten. Die Konstruktion dieses Argumentes ist nicht nur aktuell von Belang, sondern auch für die Zukunft: Einmal installiert, läßt es sich für den Einsatz dieser Waffen ohne weiteres verlängern.

Der Durchsetzung des klaren politischen Zieles, die Stationierung dieser Waffen auf dem Boden der BRD zu verhindern, schadet die sich ausbreitende Seuche kleinbürgerlichen Ehrgeizes, irgendeinen vertrackten Weg zu finden, auf dem sich der herrschenden Klasse diese Waffen aus dem Pelz waschen ließen, ohne sie naß machen zu müssen. Denn der Weg zur Verhinderung dieser Stationierung ist einfach genug: Die Bundesregierung braucht bloß ihre Zustimmung zur Stationierung zurückzuziehen. Aber nein, so einfach darf's nicht sein. Man muß schon allerhand anerkennen und schlucken vom Grundkonsens der Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland, um als vernünftiger, sozusagen zurechnungsfähiger Mittelstreckenraketengegner, noch krasser, staatlich anerkannter Aufrüstungsgegner und Abrüstungsfreund tätig sein zu dürfen.

Selbst die Initiatoren der Aktion Sühnezeichen, in deren Propaganda immerhin die Möglichkeit der Bundesregierung, dieser Stationierung nicht zuzustimmen, eine tragende Rolle spielt, argumentieren merkwürdig: „Wir stellen unsere Forderung in der Erwartung, daß die UdSSR ihrerseits mit wirksamen Schritten zur Abrüstung antwortet.“ Ja, und was ist, wenn nicht? Sollen dann die werktätigen Massen in gerechten Zorn ausbrechen und in jedem Vorgarten eine Mittelstreckenrakete eingraben? Dies mag manchem als überspitzte Kritik erscheinen. Aber vor Beginn des er-

sten Weltkrieges bestand auch eine wirklich sehr breite Bewegung für Abrüstung, und sie *hat*, sie HAT in freiwillige Kriegsmeldungen, in Zustimmung zu Kriegskrediten und Kriegsrecht, in Waffenweihe und Siegesgebete umgeschlagen, alles, versteht sich, im gerechten Zorn über die Rüstung des Auslandes, das es ja nicht anders haben wollte.

Und wohin soll die scheinheilige offizielle Politik des DGB führen? Der DGB grenzt sich von der Aktion Sühnezeichen ab, gerade insofern diese auf den Handlungsspielraum der Bundesregierung wirken will, und setzt an die Stelle dieses klaren Konzeptes das Gespenst von der Allmacht der beiden Supermächte, die miteinander zu verhandeln hätten und wo vom Ausgang dieser Verhandlungen alles abhängt. Daß die USA ihre Raketen und Bomben in der BRD ohne die Zustimmung der BRD stationieren könnten, ist eine lächerliche Fiktion. Sie könnten das vielleicht versuchen, würden aber die politische Basis für eine gewaltsame Stationierung im eigenen Lande nicht finden können.

Dutzende von Spezialauswegen werden je nach Größe der vertretenen Organisation in der öffentlichen Meinung gehandelt. Ihr objektiver Inhalt ist: Man versucht, das Interesse der westdeutschen Monopolbourgeoisie, sich so zu rüsten und vertraglich zu binden, daß ein aktives Mitmischen bei der Neuaufteilung der Welt möglich wird, bei gleichzeitiger Minderung der Risiken dieser Politik für die Bevölkerung des Landes zu berücksichtigen, und das ist ein praktisch unmögliches Ziel.

Praktisch möglich hingegen ist, den westdeutschen Monopolbourgeois und ihren Politikern die Mittel-machtbasis zu unterminieren, die sie zur Mittelstreckenraketenstationierung bewogen hat. Das einzige, was diese Leute fürchten, ist, was sie ein „unregierbares Land“ nennen. Dann sind sie nämlich keine mittlere Macht mehr, sondern schwach; diese Aussicht könnte sie zur Rücknahme des Stationierungsbeschlusses zwingen.

Daß auf der Bonner Kundgebung sich eine wachsende Zahl bürgerlicher Politiker als Sprecher andient, ist vorteilhaft: dann, wenn sie nicht wagen können, die Kundgebung mit Bekenntnissen zur NATO, zum freihändlerisch-westlichen Bündnis usw. zu belästigen, sondern sich so äußern müssen, daß der Krach über die Stationierungsgenehmigung in die bürgerlichen Parteien zurückschlägt.

Angesichts dessen mutet jede auf die Frage der Mittelstreckenraketen und Neutronenbombenbewaffnung eingegrenzte Kritik zumindest höchst kurz-sichtig an. Tatsächlich hat die CDU/CSU gegenwärtig viel Spielraum, zu immer stärkerer Aufrüstung anzutreiben. Man verfolge die Bundestagsdebatten: Der Rüstungs-Fordernungskatalog der CDU/CSU beläuft sich auf einige Milliarden – zusätzlich. Tatsächlich konnte Apel den Verteidigungshaushalt 1982 ungestraft mit der Ankündigung vorlegen, daß er „die derzeitige Situation nicht für annehmbar hält und Bedenken wegen der Sicherheitserfordernisse hat“ („Frankfurter Allgemeine“ v.8.9.). Mit Sicherheit werden im Ministerium, in den Kabinettsberatungen und in den Bundestagsausschüssen jetzt schon ganz andere Zahlen gehandelt, als sie vorerst noch in der Öffentlichkeit verbreitet werden.

Unweigerlich wird jede Kritik an der Aufrüstung der westdeutschen Imperialisten, die nicht die Konfrontation über den Haushalt sucht, zum Scheitern verurteilt sein. Diese Erfahrung mußte die westdeutsche Arbeiterbewegung bereits schon einmal machen. In der Auseinandersetzung um die Wiederaufrüstung und Bündnispolitik der BRD war sie endgültig erst geschlagen, als die SPD, die sich zuvor beidem noch widersetzt hatte, dazu überging, den Verteidigungshaushalt der CDU/CSU-Regierungen mit den Stimmen ihrer Abgeordneten abzusegnen. Abgesegnet war damit die Absicht der westdeutschen Bourgeoisie, die Ergebnisse des 2. Weltkrieges zu revidieren, eine Absicht, die sie ihrerseits in das imperialistische Bündnis NATO eingebracht und an verschiedenen Stellen des gesamten Bündnis-Vertragswerks, v.a. im Deutschland-Vertrag 1954, festgeschrieben hat.

In der Folge konnten die Adenauer-, Erhard- und Kiesinger-Regierungen fast ungehemmt aufrüsten. Bis 1969 stieg der Verteidigungshaushalt (Einzelplan 14) auf 19,9 Mrd. DM (1955 hatte er 6,1 Mrd. DM betragen). Auch unter den SPD/FDP-Regierungen sank das Tempo der Aufrüstung kaum. Schon in seiner Regierungserklärung im Oktober 1969 hatte Brandt erklärt: „Wir brauchen zu unserer Sicherheit Freunde und Verbündete, so wie sie zu ihrer Sicherheit uns und unseren Beitrag brauchen ... Wir werden deshalb in und gegenüber dem Bündnis die bisherige Politik fortsetzen ...“ Damit knüpfte die Führung der SPD ausdrücklich an der Politik Adenauers und seiner CDU-Nachfolger an, wie dies dann auch die weitere Entwicklung des Verteidigungs- und des gesamten Rüstungshaushaltes bewies.

Nicht nur die Entscheidung über die Stationierung der nuklearen Mittel-

## Haig: Das Reagan-Programm als „revolutionäre Doktrin der ganzen Welt“

Vor Journalisten und hinter Polizisten gab Haig, US-Außenminister, am 13. September in Westberlin eine „Grundsatzerklärung“ ab. Diese Erklärung zielt darauf, der Reaktion in Westdeutschland unmißverständlich mitzuteilen, wie der Kurs der US-Bourgeoisie mit Reagan zu vertreten und durchzusetzen sei.

Der tragende Grundsatz des Reagan'schen Regierungsprogramms ist die Befreiung der Kapitalisten von allen Verpflichtungen gegenüber den Lohnabhängigen, die Lohnsenkung und so die Erklärung aller sozialen Folgen der Kapitalistenwirtschaft zu Privatangelegenheiten, mit denen die je betroffenen Lohnabhängigen selber sehen sollen, wie sie fertig werden.

Haig bringt es fertig, diese grundreaktionäre Suppe der Profiteure als „revolutionäre Idee“ aufzutischen: „Eine pluralistische Gesellschaft mit ausgewogenem Gleichgewicht zwischen der Freiheit des Einzelnen und dem Gemeinwohl ist an sich schon eine revolutionäre Idee.“ Die Aufmöbelung des alten Märchens, daß die Ausbeutung der einen durch die anderen eben das Ergebnis der Verschiedenheit ihrer Leistungen sei, dient Haig dazu, erneut eine Heilsmision für „die westlichen Demokratien“ in der „ganzen Welt“ zu begründen. So ist Kriegs- und Expansionspolitik zu rechtfertigen: „Die Demokratien des Westens genießen ein einmaliges Vorrecht – und haben eine zwingende Verpflichtung –, ihre eigene revolutionäre Doktrin in der ganzen Welt zu verkünden.“

Damit diese „Verkündung“ gelingen kann, muß zuerst klar Schiff gemacht werden: „... zu viele verunglimpfen die Demokratie als schwach und unentschlossen, als unfähig, sich

mit den Herausforderungen der 80er Jahre auseinanderzusetzen.“ Und in dem „Verlust des Glaubens“ an diese Verkündung findet Haig denn auch die wahre Kriegsgefahr: „Eine übermäßige Innenschau lähmt, wie das amerikanische Volk leider gelernt hat, den Willen und bedroht damit den Frieden.“

Da die „Verkündung“ in der ganzen Welt Gefahr läuft, durch Widerstand bei den eigenen Volksmassen ihre Wirkung zu verfehlen, müssen neue „Normen internationalen Verhaltens“ durchgesetzt werden. Beseitigt werden muß zum einen „übertriebene Kritik den gegenüber, die Individualismus schätzen ... und friedliche Änderungen herbeiführen wollen“, zum anderen „ein toleranter Standpunkt jenen gegenüber, die Verschiedenheit verabscheuen ... und gewaltsame Mittel fördern.“

Ist die Lähmung überwunden, der innere Widerstand niedergeworfen, dann bedarf es natürlich der Mittel, um mit den äußeren Gegnern der „revolutionären Doktrin“ fertig zu werden: der Rüstung. „Wenn wir nicht bereit sind, uns zu verteidigen, dann wer-

den wir die Möglichkeit verlieren, unsere Gesellschaft zu reformieren; wenn wir nicht bereit sind, soziale Gerechtigkeit zu suchen, werden wir den Willen – und den eigentlichen Grund – verlieren, uns zu verteidigen.“ Damit zeichnet Haig der Reaktion in Westdeutschland die Wiederentstehung eines Feindbildes vor, ungefähr in den Konturen, in denen es bereits Hitler über den „Sowjet-Totalitarismus“ praktiziert hat.

Die Demonstration von über 50000 in Westberlin, die geheimgehalten wurde und nur den in Abständen von 10 m Posten stehenden Polizisten bekannte Fahrtroute von Haig und Genscher, eine Abschleppaktion von über 300 geparkten PKW an der Route, der Ausschluß eines „Auftritts vor Westberliner Bevölkerung“, eine Unterstützung des Protests bis zu mitaufrufenden Verbänden und Funktionären von SPD und FDP: dieses hat den Vorstellungen der Reaktion über die öffentliche Wirkung des Haig-Besuchs einen ordentlichen Strich durch die Rechnung gemacht. Die Antwort der Demonstration auf Haigs kriegstreibende „Grundsätze“ ist in einer der Demonstrationslosungen kurz zusammengefaßt: „NATO zerschlagen, Yankees verjagen!“



streckenraketen hat bewiesen, daß die von Adenauer ins Werk gesetzte und von Schmidt heute fortgesetzte imperialistische Bündnispolitik der westdeutschen Imperialisten die Volksmassen in der BRD und Westberlin in wirklich jeder Beziehung teuer kommt. Um sich gegenseitig Unterstützung gegen inneren Widerstand gegen die Aufrüstung zu versichern, hatten die NATO-Mitglieder anläßlich des BRD-Beitritts erklärt, „daß sowohl die Ressourcen, welche die Mitgliedsstaaten ihrer Verteidigungsanstrengung zu widmen beabsichtigen als auch das Ausmaß, die Zusammensetzung und die Qualität ihrer Streitkräfte, welche sie der NATO zur Verfügung stellen, Gegenstand einer kollektiven Prüfung

... bilden“. Bis heute ergibt sich ein beträchtlicher und wachsender Teil des Rüstungshaushaltes direkt aus im Rahmen der NATO eingegangenen Verpflichtungen, so etwa des Langfristigen Verteidigungsprogrammes von 1978, dessen Kosten noch überhaupt nicht abzusehen sind – man sollte dabei nur nicht vergessen, daß die BRD neben den USA innerhalb der NATO fast immer als Haupttreiber der Aufrüstung auftritt.

Die politische Opposition gegen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung sollte aus den Erfahrungen der Auseinandersetzungen um den Haushalt 1981 ihre Lehren ziehen. Nachdem nämlich der Antrag mehrerer SPD-Abgeordneter, den Verteidigungshaushalt zu sen-

ken anstatt weiter zu erhöhen, zurückgezogen war, hatten Bundestagspräsidium, Regierung, SPD-Fraktionsvorstand und Opposition gemeinsam leichtes Spiel, den Kritikern erst satzungswidrig die Redezeit zu kürzen und sie dann regelrecht abzufertigen. Kein einziger SPD-Abgeordneter stimmte gegen das Haushaltsgesetz, nur drei gegen den Verteidigungshaushalt, drei enthielten sich hierbei. Man kann aber von jedem Abgeordneten, der auf Veranstaltungen, Kundgebungen oder wo immer gegen Aufrüstung eintritt, verlangen, daß er seine Zustimmung verweigert, wenn es um die Finanzierung geht, und zwar sowohl der Beschaffung wie der Verwendung der Mittel.



## Ab nach Kassel zu „Landschaftsarbeiten“

Das hessische Justizministerium erprobt ein fortgeschrittenes Modell des Strafvollzugs für Leute, die zu arm sind, um Geldstrafen zu zahlen: „Die Strafvollstreckungsbehörde kann einem Verurteilten auf Antrag gestatten, eine uneinbringliche Geldstrafe durch gemeinnützige Arbeit zu tilgen.“ Wenig sinnvoll sei, eine kurze Haftstrafe zu vollziehen, denn kaum sei der Gefangene „eingegliedert“, müsse er schon wieder entlassen werden. Dies sind Ergebnisse einer längeren Forschung über „Alternativen zur herkömmlichen Freiheitsstrafe“. Allein in Hessen werden jährlich etwa 2000 Ersatzfreiheitsstrafen vollstreckt. Schwerpunkt für die Durchführung des Projektes von Justizminister Günther sind die Landgerichtsbezirke Kassel und Hanau, wo Landschaftsarbeiten durchgeführt werden sollen. „Je nach Art der Arbeit“ soll „ein Tagessatz der Geldstrafe durch zwei bis sechs Stunden freie Arbeit getilgt werden.“ Bedenkt man, daß die Tagessätze umso niedriger ausfallen, je ärmer der Verurteilte ist, so ergeben sich ausdehnungsfähige Zeiten der Beschlagnahme der Arbeitskraft, z.B. zur Pflege der Besatzer-schießplätze in Hanau.

## Instinktloser Lohnsenkungsvorschlag

Die amerikanische Fluggesellschaft PanAM hat ihre 1500 deutschen Beschäftigten aufgefordert, auf 13. Monatsgehalt, Urlaubsgeld und Lohnerhöhung zu verzichten, und wies auf Kürzungen in anderen Ländern. „Eine Sache für den Papierkorb“, war die kühle Reaktion der ÖTV.

## Freiburger Schüler gegen Mayer-Vorfelder

Der „Freiburger Schülerzusammenschluß“, eine Gruppe von 30 bis 50 Schülern, wendet sich scharf gegen die vom baden-württembergischen Kultusminister Mayer-Vorfelder angekündigte „Trendwende in der Bildungspolitik“. Ziel sei, das Recht auf allseitige, umfassende Bildung und Ausbildung zu beseitigen. Stattdessen sollten die Schüler zu „Liebe zu Volk und Vaterland“ und „christlichen Werten“ erzogen werden. Insbesondere greift der „Freiburger Schülerzu-

sammenschluß“ Mayer-Vorfelders Ankündigung an, „Jugendoffiziere an die Schulen zu holen, die Schüler in die Kasernen und zu Truppenübungen zu schleppen und die Bundeswehrkunde als Teil der Lehrerausbildung festzuschreiben.“ (Presseerklärung 14.9.)

## Baustopp für Gorleben angeordnet

Auf Antrag von sechs Einwohnern aus Gorleben und dem Kreis Lüchow-Dannewitz hat das Verwaltungsgericht die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs gegen die Rodung und Umwallung des Geländes angeordnet. Damit ist ein Baustopp des Zwischenlagers für atomare Abfälle verfügt. Ein Gericht in Darmstadt hat die Lagerung von Brennelementen in Kraftwerken begrenzt. „Zeitdruck“ fühlt jetzt die Wirtschaftsministerin in Niedersachsen.

## Demonstrant von Polizei getötet

Westberlin. „Wenn schon, denn schon“, kommentierte Innensenator Lummer zynisch einen massiven Polizeieinsatz zur Räumung der acht besetzten Häuser, während er wie ein Gockel auf einer Pressekonferenz unmittelbar nach dem Räumungseinsatz in einem der Häuser herumstelte. Und: Man brauche in Berlin nur mit wenigen Hundert fertig zu werden, das übrige ergebe sich dann von selbst. 12000 hatten bereits am 20.9. gegen die Räumungsabsichten des Senats demonstriert. Gewerkschaftsgruppen, ASten, Künstler, der Verband deutscher Schriftsteller, Pfarrer, Professoren, Journalisten, politische Organisationen u.a. hatten Patenschaften mit besetzten Häusern übernommen und organisierten die Unterstützung. Trotzdem hatte der Vorstand der Neuen Heimat, der 6 der 8 geräumten Häuser gehören, grünes Licht für die Polizeiaktion gegeben. Über 600 wurden am Vormittag des 22.9. aus den Häusern getragen, geschleift und gestoßen, die Devise „passiver Widerstand“ war eingehalten worden. Doch die Polizei war aufgeputscht. Daß sie die gegen die provozierende Anwesenheit Lummers protestierenden Demonstranten bewußt auf eine große Kreuzung in den fließenden Verkehr hineingetrieben hat und damit den Tod von Klaus-



Rund 5000 beteiligten sich an einer Demonstration gegen eine öffentliche Rekrutenvereidigung am 15.9. im Bielefelder Rußheidestadion. Aufgerufen hatte eine Aktionseinheit, die sich gegen öffentliche Gelöbnisse und gegen den Inhalt der Gelöbnisformel richtete. Am Tag zuvor hatte bereits eine Kundgebung der Jusos und des DFG-VK stattgefunden, an der sich ca. 1000 beteiligten hatten. Obwohl die Polizei das Stadion mit NATO-Draht hermetisch abgeriegelt hatte, gelang es vielen Demonstrationsteilnehmern, in das Stadion zu kommen und das Bundeswehrspektakel empfindlich zu stören. In Essen beteiligten sich ca. 250 an Aktionen gegen ein Rekrutengelöbnis am 13.9. in der Ruhrlandkaserne, während eines „Tages der offenen Tür“.

Jürgen Rattay verursacht hat, ist unbestreitbar. Innerhalb kurzer Zeit sammelten sich am Abend 15000 zur Demonstration, die fast vollständig nach Abschluß der Kundgebung mehrere Kilometer weiter marschierte zu der Stelle hin, wo der 18jährige getötet worden war. Die daran anschließende Straßenschlacht dauerte bis in den frühen Morgen. Die sich noch etwas zögernd formierende Kampffront in den Gewerkschaften wird entscheidend dafür sein, ob das reaktionäre Programm des in Bedrängnis geratenen CDU-Senats zumindest an einigen Punkten zurückgeschlagen werden kann.

## Rüstungsmonopole: Mehr Waffenexporte!

Bis Herbst, hatte die Bundesregierung im April erklärt, werde sie die Überprüfung der „Grundsätze für den Waffenexport“ abschließen. Jetzt machen die Rüstungsmonopole Druck. Nicht nur der saudische Panzerauftrag sei gefährdet, weitere große Aufträge könnten verloren gehen. Mitte September teilte Thyssen-Hentschel mit, man stehe in Verhandlungen mit der malaysischen Regierung. Diese wolle Spähpanzer, den für Argentinien entwickelten Kampfpanzer „Tam“ sowie Flugabwehrwaffen. Wert des möglichen Auftrags: 1,3 Mrd. DM. Folgeaufträge von 2,7 bis 3,7 Mrd. DM seien drin. Bonn müsse endlich eine Entscheidung fällen. — Am 16.9. mußte Staatssekretär Grüner im Bundestag zugeben, die Regie-

rung habe die Lieferung von 10000 Magirus-Deutz-Lkw an Südafrika genehmigt. Schon seit 1978 liefert Magirus-Deutz jährlich 1000 Militärlastwagen vom Typ 130 M 7 FAL an Südafrika. Trotz des von der UNO verhängten Waffenembargos.

## CDU-Parteitag: Reaktion gegen die Jugend

Mehr Teilzeitarbeitsplätze, Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit ohne Lohnausgleich, insgesamt ein „flexiblerer Arbeitsmarkt“ und der „Abbau von Investitionshemmnissen“, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Das ist einer der vier Programmpunkte, mit denen sich der CDU-Parteitag vom 3. bis 5. November in Hamburg befassen soll. Motto des Parteitags: „Mit der Jugend — unser Land braucht einen neuen Anfang“. Zu diesem „neuen Anfang“ soll weiter gehören: eine neue „Friedensinitiative“ der Bundesregierung und der NATO zwecks Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses. Die Beibehaltung der gegliederten Schule, die Verringerung der Schulzeit bis zum Abitur von 13 auf 12 Jahre, die Förderung der „Elitenbildung“. Um dieses reaktionäre Gebräu in der Jugend zu verbreiten, sollen die Ursachen ihrer Probleme von der Herrschaft der Kapitalistenklasse und ihrer Profitwirtschaft in die Folgen einer „anonymen Massengesellschaft“ umgelenkt werden.

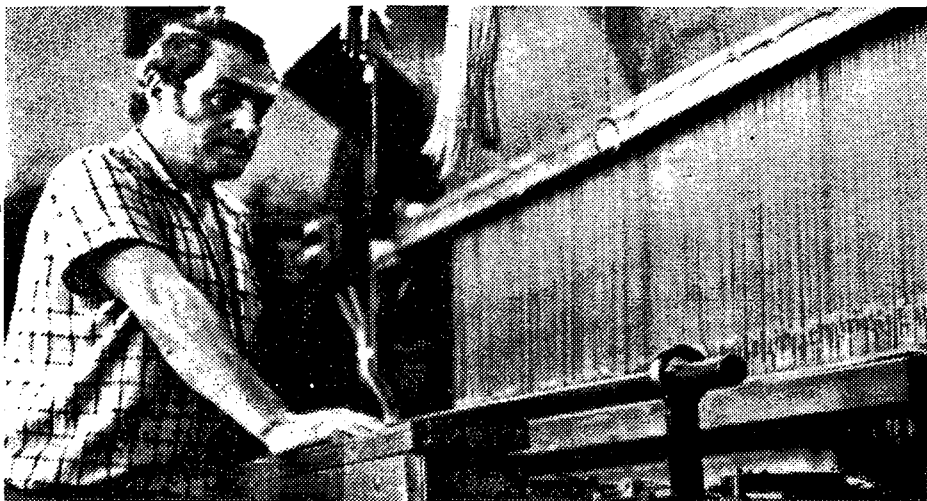
## Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung wehrt sich gegen Kapitalexport

Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) steht vor einer schweren Aufgabe. In den letzten zwölf Jahren konnten die Kapitalisten 350000 Beschäftigte in der Textil- und Bekleidungsindustrie „freisetzen“ und dabei, wie sie auch unumwunden zugeben, ihren Vorsprung in der Ausbeutung der verbliebenen 550000 gegenüber der imperialistischen Konkurrenz durch ungeheure Steigerung der Arbeitsintensität und durch weiteres Senken des Lohnstandards ausbauen. Dennoch haben die Kapitalisten, nach wie vor mit die größten Exporteure, bei positiver Handelsbilanz wachsende Anteile des westdeutschen Marktes verloren. Bei nahezu stagnierendem Verbrauch stieg der Anteil der Importe von 1970 knapp 25% auf über 40%, und zwar v.a. aufgrund wachsender Importe aus Ländern der Dritten Welt.

Auf den ersten Blick scheinen sich die Forderungen, die die Textil- und Bekleidungskapitalisten und die die GTB an das zweite Welttextilabkommen richten, ungefähr zu entsprechen. Das erste Abkommen läuft 1981 aus, und Gewerkschaft wie Kapitalistenverband Gesamttextil verlangen, daß die

Doch die Sympathie, mit der Gesamttextil noch den mehrstündigen Warnstreik der GTB am 2.12.80 (s. Pol. Ber. 5/80) verfolgte, kühlte merklich ab. Tatsächlich können die Kapitalisten und kann Lambsdorff, der für die BRD die Verhandlungen leitet, kaum noch hoffen, mit der Sorge und dem Zorn der Lohnabhängigen in der Textil- und Bekleidungsindustrie ein doppeltes Geschäft zu machen.

Sie verfolgen nämlich erklärtermaßen die Absicht, den Kapitalexport in die sog. Niedriglohnländer zu forcieren und einen entsprechenden Passus darüber in das Welttextilabkommen einzubringen. „Es ist unbestreitbar, daß für bestimmte Produktionen, Produktionsteile und Produktionsformen komparative Kostenvorteile in Entwicklungsländern bestehen, die nicht durch Erhöhung der Produktivität bei uns ausgeglichen werden können“, schrieb Lambsdorff an die GTB („Handelsblatt“ v.11.8.). Dies war als Kampfansage an die Textilarbeiter und ihre Gewerkschaft gemeint und im Ton auch so gehalten. Die GTB nahm den Kampf an: Sie sei nicht bereit, sich mit den Hungerlöhnen und unerträglichen Arbeitsbedingungen in den Niedrig-



Auch eine Auswirkung des Kapitalexports in Niedriglohnländer: Die Löhne in der Textil- und Bekleidungsindustrie liegen im unteren Bereich der Lohnskala.

Importe aus der Dritten Welt für die nächsten Jahre eingeschränkt werden auf eine Zuwachsrate von unter 6% (GTB: 1,5%), also unterhalb der Preissteigerungsrate. Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung hat für die nächsten Wochen – die Verhandlungen über das neue Abkommen begannen am 21.9. – zu Protestaktionen und Betriebsversammlungen aufgerufen, um ihre Forderungen zu bekräftigen.

lohnländern abzufinden und ebenso wenig mit der durch Kapitalexport geschürten Konkurrenz unter den Arbeitern, antwortete sie.

Es ist uns gegenwärtig nicht möglich herauszufinden, wie hoch der Anteil derjenigen Textilimporte ist, die in Entwicklungsländern unter direktem Kommando westdeutschen Kapitals produziert werden. Doch haben die Textilkapitalisten ihren Kapitalexport

in Niedriglohnländer erheblich ausgebaut. In den Jahren 1970 – 1978 haben 3,8% der Textil- und 4,9% der Bekleidungskapitalisten aus der BRD Direktinvestitionen in Entwicklungsländern getätigt, und 5,1% bzw. 7% planten dies für die nächsten Jahre. 1968 betrug der Kapitalexport westdeutscher Textilkapitalisten in Entwicklungsländer 10 Mio. \$, 1978 schon 138 Mio. \$. Die GTB schätzt, daß die Hälfte der Entlassungen in der BRD direkte Folge von Produktionsverlagerungen in Länder sind, in denen die Kapitalisten die Arbeiter zu einem Bruchteil des Lohns ausbeuten, den sie hier zahlen müssen. Selbst geben sie an, daß sie 1979 für einen Textilarbeiter in Hongkong 2,14 DM/Stunde zahlten, für einen Arbeiter in der BRD dagegen 15,85 DM. Durch weiteren Kapitalexport hoffen sie, die unabhängige Textilindustrie in den Ländern der Dritten Welt niederzukonkurrieren, den Druck auf die Lohnabhängigen hierzulande steigern und neue Weltmarktanteile erobern zu können. Ob diese Rechnung aufgeht? Die Aktionen der GTB verdienen die Unterstützung der ganzen Gewerkschaftsbewegung.

### Haus- und Putzarbeit Teilzeitarbeit bewirkt niedrige Tariflöhne

In Nordrhein-Westfalen ist ein neuer Tarifvertrag für Arbeiten in privaten Haushalten zwischen der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten und dem Deutschen Hausfrauenbund abgeschlossen worden. Der tarifliche Ecklohn der Hauswirtschaftlerinnen wurde von 6,68 DM auf 7,34 DM angehoben. Die Tarifloohnerhöhung, einschließlich Strukturveränderungen, beträgt 4,5% und der neue Monatslohn 1270 DM.

Der Tarifvertrag gilt auch für Gärtner, Chauffeure, Hausmeister und andere Berufe, die bei privaten Haushalten angestellt sind. Die Arbeit der Putzhilfen ist im Tarifvertrag ebenfalls geregelt. Für Putz- und Haushaltshilfen, die nur einmal in der Woche arbeiten, ist ein Tariflohn von 10,45 DM festgelegt. Sozialversichert werden müssen alle Beschäftigten mit über 390 DM monatlich.

Da in vielen Fällen die Beschäftigten nicht sozialversichert werden, kann man keine genauen Angaben darüber machen, wieviel Beschäftigte in privaten Haushalten arbeiten. Die tariflichen Bedingungen der Beschäftigten in den privaten Haushalten zu verbessern, ist sehr schwierig. Die Anforderungen an die Beschäftigten in den privaten Haushalten sind hoch. Nicht

nur, daß die Putzarbeiten besonders schwere Arbeiten sind, sondern z.B. Hauswirtschafterinnen müssen einen fertigen Abschluß vorweisen, um diesen Beruf überhaupt ausüben zu können. Dies ist auf jeden Fall mit einem Lehrberuf vergleichbar. So sucht z.B. ein Kapitalist für sein Landhaus in der Eifel eine Hauswirtschafterin mit folgenden Anforderungen: „unabhängige, sympathische Hausfrau – die auch feine Küche sicher beherrscht und einen kultivierten Haushalt auf Grund guter Ausbildung und langjähriger Erfahrung in allen Details selbständig führen kann“. Eine Putzhilfe wird unter den Bedingungen: „Saubere und zuverlässig, dreimal wöchentlich von 9.00 bis 13.00 Uhr gesucht.“ Ähnliche Anzeigen sind jede Woche immer wieder zu lesen.

Da die körperliche Verausgabung bei der Putz- und Hausarbeit besonders hoch ist, hat sich in den letzten Jahren immer mehr eine Art Teilzeitarbeit durchgesetzt. D.h., für wenige Stunden Hausarbeit werden zumeist Frauen angestellt, die nicht berufstätig sind. Auch wenn die Arbeit intensiv und hart ist, heißt dann diese Arbeit „Nebenerwerb“. Da die Frauen entweder selber oder über das Beschäftigungsverhältnis des Mannes versichert sind, wird zumeist davon abgesehen, auf die Sozialversicherung zu drängen.



Darauf würden sich die privaten Haushaltsvorstände aber auch gar nicht einlassen. Die besser Verdienenden, Leitenden Angestellten oder Kapitalisten streichen das Geld selber ein. Sie zahlen zur Zeit 10 DM bar für die Putzarbeit und sparen die Zahlungen an die Kranken- und Arbeitslosenversicherung sowie den Anteil Lohnsteuer. Der gering höhere Betrag, den die Beschäftigten erhalten, wiegt die Verausgabung der Arbeitskraft und die späteren gesundheitlichen Schäden bei weitem nicht auf.

## AEG-Sanierung

# 500 Mio. Zinsen an die Banken, pro Kopf 10% mehr Leistung

Der AEG-Konzern war im 2. Halbjahr 1980 mit 5507 Mio. DM verschuldet. An die Banken muß AEG zur Zeit fast 500 Mio. DM Zinsen zahlen. Siemens dagegen nimmt ungefähr den gleichen Betrag an Zinsen ein. Entstanden ist die hohe Verschuldung der AEG bei dem Versuch, Siemens den ersten Rang in Westdeutschland streitig zu machen. Von 1967 bis 1971 hat die AEG dazu 50 Unternehmen neu aufgekauft, bzw. Beteiligungen daran erworben. AEG wollte auf Teilmärkten als Monopolist auftreten. So brachte die AEG z.B. durch Beteiligung an Telefonbau und Normalzeit 80% der Produktion von Fernsprechvermittlungstechnik unter ihre Kontrolle. Während dieser Expansionszeit stiegen die Schulden von 872 Mio. DM 1966 auf 2111 Mio. DM 1971. Das Spekulationsunternehmen platzte beim nächsten Konjunkturerinbruch. Ab 1971 mußte AEG wieder Beteiligungen verkaufen, und ab 1974 kam AEG in die roten Zahlen. Verschärft wurde diese Entwicklung durch das Kernkraftgeschäft, bei dem durch fehlerhaft laufende Kernkraftwerke AEG Verluste in Höhe von etwa 1,7 Mrd. DM tragen mußte.

Um die Verschuldung von AEG zu senken, wurden Ende 1980 Draloric (2100 Beschäftigte; 100 Mio. DM Umsatz) und Hartmann & Braun (6100 Beschäftigte; 600 Mio. DM Umsatz) verkauft. Im Juni wurde der Anteil an Teldix (800 Beschäftigte; 80 – 100 Mio. DM Umsatz) an Bosch verkauft, im August ein Teil der AEG-Beteiligung an Telefonbau und Normalzeit (19000 Beschäftigte; 1,4 Mrd. DM Umsatz) ebenfalls an Bosch. Im Gespräch ist ein gemeinsames Unternehmen aus T+N und Teilen von AEG und Bosch. Am liebsten wäre AEG ein Großaktionär, der „Milliarden mitbringen müßte und sollte“ (Dürr). Die Banken verhandeln mit der ITT-Tochter SEL, wobei aber befürchtet wird, daß es SEL nur um AEG-Teile geht.

1980 organisierte AEG ihre Unternehmensbereiche neu. Nachrichten- und Verkehrstechnik und Energie- und Industrietechnik wurden im neugegründeten Unternehmensbereich Anlagentechnik zusammengefaßt. Im Unternehmensbereich Serienprodukte wurde zusätzlich der Geschäftsbereich Elektronische Bauelemente gegründet. Im neuen Unternehmensbereich Kommunikationstechnik wurden die Geschäftsbereiche Weitverkehr, Kabeltechnik und Informatik zusammengefaßt. Die Unternehmensbereiche

Hausgeräte, Unterhaltungselektronik und Bürotechnik blieben.

In die Sanierung des Hausgerätebereichs investierte AEG 100 Mio. DM. Von 17 Produktionsstätten in diesem Bereich wurden bis Mitte 81 zwei geschlossen und elf saniert. Zwischen sieben Produktionsorten wurde umgezogen. Große Teile der Belegschaft mußten mit anderen Arbeitsplätzen vorliebnehmen. Bei den Olympiawerken, wo von mechanischer Fertigung auf Elektronik umgestellt wird, werden zur Zeit mindestens 2400 Beschäftigte entlassen. Das Werk Kaufbeuren mit 500 Beschäftigten wurde bereits geschlossen. Im Januar legten in Wilhelmshaven deswegen 3500 Beschäftigte die Arbeit nieder, im Mai streikten die Beschäftigten in Leer und setzten zusammen mit anderen Metallarbeitern das Rathaus.

Im ersten Halbjahr 1981 wurde bei AEG-Inland mit 7% weniger Beschäftigten nominal 5% mehr produziert, preisbereinigt ein Zuwachs der Pro-Kopf-Leistung um etwa 10%. Um dies durchzusetzen, wurde z.B. bei AEG-Hamel eine Arbeitsgruppe eingerichtet zur Rationalisierung des Arbeitsablaufs und Verkürzung der Lieferzeiten. Bei AEG-Offenburg wird aufgrund zentraler Weisung die Zahl der Angestellten pro Bereich um fünf verringert, bei den Arbeitern in mehreren Abteilungen Prämienlohn eingeführt, in der NC-Fräserie und -Bohrerei wurde damit im Februar begonnen. Die Münchener AEG-Tochter Signabau Huber Designa (SHD) hat Anfang dieses Jahres die Abteilung K 3 gebildet, die mit Hilfe von Zeiterfassungsbögen, die in allen produktiven Bereichen ausgefüllt werden müssen, Nachkalkulationen durchführt und so Druck auf die Intensität der Arbeit ausübt. Dagegen wurde der Versuch abgewehrt, in Prüffeld und Schaltbau Prämienlohn einzuführen.

Zu Beginn der letzten Lohnrunde erklärte Dürr diese für „ganz entscheidend“ zur Konzern-Sanierung. Bei SHD wurde dazu im März ein Geschäftsführer installiert, der ausschließlich als Rechtsberater der Vereinigung Bayerischer Metallarbeitgeber tätig ist. Warnstreiks von AEG-Belegschaften für die Forderungen der IGM wurden z.B. in Ingolstadt, Regensburg, Ulm, Schwäbisch Hall, Neckarsulm, Westberlin, Celle durchgeführt. Bei den durch Tarif nicht geschützten AT-Angestellten wurden die Gehälter anstatt am 1.2. erst am 1.4. um 4,9%



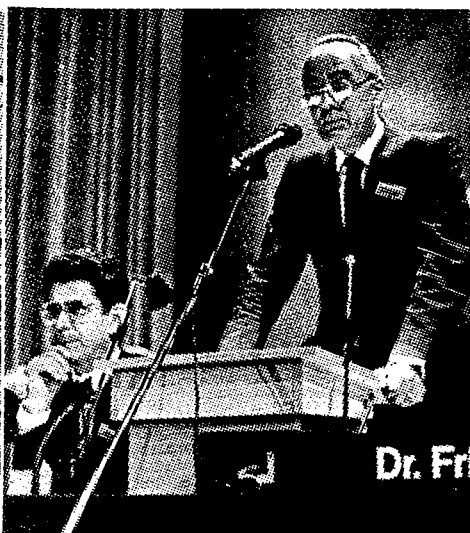
erhöht. Für die tariflich Beschäftigten hat die AEG-Zentrale Anweisung gegeben, keine Höhergruppierung und keine höhere Leistungsbeurteilung vorzunehmen. Sollte sich derartige im Einzelfall nicht vermeiden lassen, dann müßten zumindest die außertariflichen Zulagen entsprechend gesenkt werden. Anfang Mai setzte der AEG-Vorstand die Kürzung der Betriebsrenten um  $\frac{2}{3}$  durch.

1980 wurde die Beschäftigtenzahl von AEG im Inland um 7000 redu-

schaffen in den Ländern der Dritten Welt mit zinsgünstigen Krediten behilflich sein. Das Land Niedersachsen zahlt für die Sanierung der Olympiawerke mehr als 23 Mio. DM.

AEG führt verstärkt mit anderen Konzernen Kooperationen durch. So wird durch höhere Stückzahlen produktivere, aber auch teurere Maschinerie profitabel und zugleich die Zahl lästiger Konkurrenten, die die Preise verderben könnten, kleiner. Telefunkon-

an einem neuen militärischen Vorstoß gegen den Iran ist jedoch unverkennbar. Die USA wissen, warum sie mit einem Umsturz rechnen, in dem das Militär und nicht eine der Fraktionen der Opposition gegen Ajatollah Chomeini die Hauptrolle spielt. Befriedigt stellt die US-Presse fest, daß in den Sicherheitsapparat Feinde des Führers der islamischen Revolution eingeschleust sind, und sie erklärt, daß in der Armee die „wahrscheinlichsten Herausforderer der Macht der Mullahs“ gesammelt seien: „Viele Offiziere wurden im Westen erzogen, und einige, besonders die jungen Techniker und Kadetten der Luftwaffe, schlossen sich der Revolution mit modernen, demokratischen Idealen an und fühlten sich später verraten.“ Das Kalkül ist, daß sie den Weg freimachen für die „unzähligen Studenten und Intellektuellen“, denen die orthodoxe islamische Regierung feindlich gesonnen sei, aber auch für andere: „Die Liste schließt den Zentralbankdirektor Ali Reza Nobari ein, zusammen mit vielen aus den obersten Rängen der nationalen Ölgesellschaft.“ Als zu wenig aussichtsreich werden die Anhänger des Schah-Regimes aus der Liste der Nachfolger ausgeschieden. „Diese Figuren“ würden kaum auf große Begeisterung im Volk stoßen. (IHT v. 7.9.81)



Links: Warnstreik in Westberlin während der letzten Tarifrunde. Rechts: Dürr und Friderichs auf der AEG-Hauptversammlung am 23.6.81.

ziert, im Ausland um 100 vergrößert, vor allem in Niedriglohnländern. Im Farbbildröhrenwerk Ulm, an dem AEG beteiligt ist, wird kurzgearbeitet, weil u.a. AEG weniger große Röhren abnimmt. Dagegen wird die Produktion von Telefunkon-Farbfernsehern unter Leitung bzw. Beteiligung von AEG (bisher in Argentinien, Brasilien und Mexiko) um ein weiteres Werk in Argentinien, ein Werk in Uruguay und eins in der VR China erweitert. 1976 mußte AEG in Brasilien 33%, in Argentinien 30% und in Mexiko 9% des Lohnes in Westdeutschland zahlen. SHD will das neue Ampelsteuerexportgerät in Ägypten (Mindestmonatslohn 80 DM) fertigen lassen. In Ulm hat bei einer Kundgebung in der letzten Tarifrunde ein Betriebsrat von AEG die niedrigen Löhne angeprangert, die von den Konzernen in den Billiglohnländern gezahlt werden und die dort zu einem hundsmiserablen Lebensstandard führten.

Die Bundesregierung stützt AEG durch verschiedene Sanierungsgelder. Mit 80 Mio. DM will das Bundesministerium für Forschung 1981 Hersteller und Anwender der Mikroelektronik fördern, die Zuschüsse für Siemens, Philips und AEG haben diese bereits ausgehandelt. Die bundeseigene Deutsche Entwicklungsgesellschaft will AEG beim Ausbau ihrer Tochtergesell-

Brandt (Frankreich), Thorn-EMI (England) und Matsushita (Japan) kooperieren, bei Fernsehgeräten mit Zanussi Electronica (Italien) und bei Tonbandgeräten für professionellen Gebrauch mit Mitsubishi (Japan). Mit Mostek (USA) hat AEG einen Lizenzvertrag im Mikrocomputerbereich abgeschlossen. Die Olympia Werke verhandeln ebenfalls über eine Kooperation. Zwischen AEG und Bauknecht ist Zusammenarbeit bei Elektromotoren im Gespräch. Mit Bosch wird das Ausmaß der Kooperation noch ausgehandelt.

## Iran Presse erörtert Umsturzchancen

Am 8.9. kündigte die iranische Regierung alle vor der Revolution von 1979 abgeschlossenen Verträge mit Ölkonzernen, die ihren Sitz in Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden und den USA haben. Die USA seien nicht betroffen, behauptete die Tageszeitung „International Herald Tribune“, da Präsident Carter sowieso alle Importe gestoppt habe wegen der Geiselnahme. Das verstärkte Interesse

Die westdeutsche Bourgeoisie befindet sich nicht in einer ähnlich glücklichen Lage wie die französische, viele mögliche Nachfolger im eigenen Land betreuen zu können. Sie weist in ihrer Presse beharrlich darauf hin, daß der Sohn des letzten Schahs bereits zum Kaiser gekrönt sei, und verbreitet unauffällig blutrünstige Vergleiche, die das Schahregime als vergleichsweise milde gegenüber der Herrschaft der Mullahs erscheinen lassen sollen. Und sie treibt, daß der Zeitpunkt des Eingreifens nicht versäumt werden solle. *Noch* wankte Chomeini nicht, erklärt die FAZ in einem Kommentar vom 9.9. Aber die Köpfe, die noch fallen müßten, bevor Chomeini sturzreif wird, werden abgezählt. Darunter ist der aussichtsreichste Kandidat für das Präsidentenamt, der neue Vorsitzende der Islamisch-Republikanischen Partei (IRP) Chamenei. Nach dem Tod des vorigen Präsidenten Radschaj muß nach der iranischen Verfassung die Neuwahl binnen 50 Tagen durchgeführt werden. Sie ist auf den 2. Oktober festgesetzt. Gleichzeitig warnt die FAZ vor der Machtergreifung der revisionistischen Tudeh-Partei. Diese sei mit dem Zeitpunkt des Todes von Chomeini wahrscheinlich, denn die Tudeh sei vorbereitet und könne „nach afghanischem Muster“ die UdSSR zu Hilfe rufen. Und dann sei es reichlich spät für die USA und ihre Verbündeten.

## Türkei

### Junta ruft Verfassungsgebende Versammlung ein

Zum 23. Oktober hat die Militärjunta in der Türkei eine Verfassungsgebende Versammlung einberufen. Diese Versammlung soll eine neue Verfassung erarbeiten, ein neues Wahl- und ein neues Parteiengesetz ausarbeiten.

Die konstituierende Versammlung besteht aus dem Nationalen Sicherheitsrat (NSR), d.h. der fünfköpfigen Militärjunta, und der Beratenden Versammlung. Die Gesetzesvorlagen, die die konstituierende Versammlung ausarbeitet, werden dem NSR vorgelegt. Er kann sie entweder annehmen oder ablehnen. Nur die vom NSR genehmigten Vorlagen werden Gesetz, bzw. die vom NSR genehmigte Verfassung wird zur Volksabstimmung gestellt.

Anfang Juli wurden die genauen Bedingungen für die Konstituierende Versammlung von der Militärjunta bekanntgegeben. Vizepräsident der EG-Kommission Haferkamp begrüßte diesen Schritt, man sprach von einem Schritt voran auf die Wiedererrichtung der Demokratie in der Türkei. Vor einer Woche gab Außenminister Genscher bekannt, daß bei den Türkeihilfsverhandlungen der Türkei weitere 590 Mio. Dollar Kredite gewährt wurden.

Die Frage ist, was für eine Verfassung die Militärjunta dem türkischen Volk zur Abstimmung vorlegen will. Die Militärjunta hatte bei der Machtübernahme erklärt, daß sie ökonomisch und außenpolitisch den Kurs der konservativen Demirel-Regierung, die das Land dem IWF öffnete, fortsetzen wollte. Die Demirel-Regierung hatte schon 1969 versucht, durch eine Änderung der Gewerkschaftsgesetze die Liquidierung des Gewerkschaftsverbandes DISK herbeizuführen. Das Verbot dieser Gewerkschaft konnte selbst



Am Jahrestag des Militärputsches in der Türkei fand in Duisburg eine Demonstration mit ca. 15000 Teilnehmern statt.

durch den Militärputsch 1972 nicht durchgesetzt werden. Demirel hatte auch erklärt, daß das türkische Volk mit der bestehenden Verfassung (der Verfassung von 1961) nicht regiert werden könne.

1960 wurde die reaktionäre, von der USA gesteuerte Bayar/Menderes Regierung gestürzt, die das Außenhandelsdefizit der Türkei durch Auslandsverschuldung zu beheben versuchte, den Arbeitern das Streikrecht verweigerte und gegen die Demonstrationen der Studenten scharf eingriff. Die neue Verfassung, die 1961 erlassen wurde, sah vor, daß die Wirtschaft nach einem Plan organisiert werden sollte. Sie enthielt die Aufforderung an die Regierung, die Landwirtschaft und die Bauern zu schützen und eine Bodenreform durchzuführen, Streik- und Koalitionsrechte für die Volksmassen waren garantiert.

### Kostendämpfung

### Wer krank ist, soll selber zahlen – oder sehen, wo er bleibt.

Die Kosten für die Gesundheitsversorgung der in den AOKs und Ersatzkassen gesetzlich versicherten Arbeiter, Angestellten, Rentner und jeweiligen Familienangehörigen steigen unaufhaltsam weiter an, im Jahre 1980 um 8,7%. Die Einnahmen der Krankenkassen steigen weniger, im Jahr 1980 nur um 5,5%. Diese Einnahmen sinken real, weil der Anstieg unter der Inflationsrate bleibt, als Resultat der Lohnsenkungen und der steigenden Arbeitslosigkeit, was die Kapitalisten zu verantworten haben.

Die Kapitalisten verlangen Einschränkung bei der Gesundheitsversorgung, denn eine Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge stelle für sie eine unzumutbare Belastung dar. In den bürgerlichen Parteien finden sie radikale Fürsprecher. CDU/CSU mit Strauß an der Spitze und auch die FDP sind unzufrieden mit dem SPD-„Stückwerk“. Sie streben Kürzung bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, d.h. Wiedereinführung von sog. Karenztagen an, um den Kapitalisten ihre „Tendenzwende“ durch „verbesserte Rahmenbedingungen“ zu verschaffen.

Die Bundesregierung begründet ihren am 4.9. vorgelegten Entwurf des „Gesetzes zur Ergänzung und Verbesserung der Wirksamkeit kostendämpfender Maßnahmen in der Krankenversicherung (Kostendämpfungs-Ergänzungsgesetz, KVEG)“ auch mit der „derzeitigen gesamtwirtschaftlichen Situation“, die einen „Anstieg der Kostenbelastung der Unternehmen und der öffentlichen Hand“ verbietet.

Nach dem vom CIA gesteuerten Militärputsch von 1971 wurden zwar etliche Paragraphen der Verfassung von 1961 geändert, aber zum Beispiel hatten die Arbeiter weiterhin Streik- und Koalitionsrechte, sie konnten weiterhin Tarifverhandlungen durchführen. Die Wirtschaft wurde weiterhin nach Plan organisiert.

Die Militärjunta in der Türkei hat in dem einen Jahr, das seit dem Putsch vergangen ist, gezeigt, was für eine Sorte Verfassung sie dem Land geben will. Abschaffung des Streik- und Koalitionsrechtes, die vollständige Aufgabe des Aufbaus einer nationalen Wirtschaft und die Öffnung des Landes für die imperialistischen Konzerne geben die Richtung an. Ob die Führer der Grauen Wölfe tatsächlich zum Tode verurteilt werden oder nicht, wird den BASF-Konzern wahrscheinlich im Moment weniger interessieren.

„Die vorgesehenen Regelungen richten sich vor allem darauf ... die gesundheitliche Versorgung im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung wirtschaftlicher und bedarfsgerechter zu gestalten und das Kostenbewußtsein bei allen Beteiligten zu erhöhen ...“ (aus der allgemeinen Begründung der Bundesregierung). Dabei handelt es sich um das „Kostenbewußtsein“ der Kapitalisten, denen die gesundheitliche Versorgung der von ihnen verschlissenen Arbeitskraft zu teuer ist.

Die AOK Hamburg stellt in ihrem jetzt veröffentlichten Jahresbericht 80 die fünf „teuersten Krankheiten“ fest: Bei den Männern entfielen 4988 Arbeitsunfähigkeitstage je 1000 Mitglieder auf Unfälle, 2366 auf schmerzhaftes Wirbelkörper-Syndrome, 2009 auf akute Infekte der oberen Luftwege, 1194 sonstige, nicht die Gelenke betreffende Formen des Rheumatismus und 955 auf Schleimhautentzündungen des Magens und Zwölffingerdarms. Bei den Frauen standen an erster Stelle Unfälle, gefolgt von akuten Infektionen der oberen Luftwege, schmerzhaften Wirbelkörper-Syndromen, nervöser Erschöpfung und sonstigen, nicht die Gelenke betreffende Formen des Rheumatismus. Bis auf Unfälle sind alle Verschleißkrankheiten.

Mit den vom Grafen Lambsdorff so beschworenen „Innovationen“, d.h. der technischen Umwälzung des Produktionsapparates für die Verbesserung der Konkurrenzbedingungen der Kapitalisten, wird eine rasante Verschlechterung des Gesundheitszustandes der arbeitenden Bevölkerung un-

vermeidlich eintreten. Die Heidelberger „Forschungsgruppe Streß“ hat in einem langjährigen Untersuchungsprogramm im Rahmen der Forschung „Humanisierung des Arbeitslebens“ ermittelt und jetzt veröffentlicht, daß jegliche Einengung der Handlungsspielräume bei der Arbeit und der Zwang zu schnellem und genauem Arbeiten besonders gesundheitsschädlich ist.

Dies wurde durch ärztliche Untersuchung von unter anderen 383 Arbeiterinnen aus fünf Betrieben der Bekleidungsindustrie bestätigt. Die Arbeitsbedingungen sind nachweislich der Grund für erhöhte Fluktuation, erhöh-

und Sozialordnung Ehrenberg wird im Gesetz ermächtigt, per Rechtsverordnung die Verschreibung von sogenannten Bagatellmitteln zu verbieten. Seit 1977 bemüht sich Ehrenberg vergeblich um eine entsprechende Richtlinie. Jetzt wird erzwungen, daß z.B. Kopfschmerztabletten, Medikamente gegen Verdauungsstörungen, gegen Schnupfen, gegen andere sog. geringfügige Gesundheitsstörungen von den Versicherten zum Wert von über 200 Mio. DM im Jahre 1982 aus eigener Tasche bezahlt werden.

Gleichzeitig wird die Einhaltung des Arzneimittelhöchstbetrages, der zwischen den Krankenkassen und der Kas-

stendämpfungskontrolle kommen, und andererseits würde ein Katalog angekündigt über Standardprothesen. Wer besseren Zahnersatz haben will, weil bekanntlich gut gekaut halb verdaut ist, gerade bei älteren Menschen ungeheuer wichtig, muß selber zahlen können. Diese Verschlechterung der Qualität über Standardlisten ist auch bei den Hilfsmitteln zu befürchten. Der Rückweg zu den bekannten „Kassenbrillen“ ist eingeschlagen; zunächst müssen die Brillen drei statt wie bisher zwei Jahre halten.

Weitere Kürzungen sind z.B. bei den „Kuren für die Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Arbeitskraft“ vorgesehen. Bis 1983 werden die Ausgaben auf dem Stand von 1980 eingefroren und neue Anträge nur alle drei Jahre angenommen.

Dieses Kürzungsprogramm soll nach Meinung der Minister und aller bürgerlichen Parteien auch für die Versicherten Wunder wirken. Sie würden sich selber wie den Kapitalisten eine Erhöhung der Beitragssätze ersparen. Dies mag zutreffen für die besser Verdienenden, während auf den unteren Teilen der Lohnskala bitter draufgezahlt wird, entweder mit Geld oder mit Gesundheit.

Diese Spaltung wird sich auch in steigenden Mitgliedszahlen der privaten Krankenversicherungen niederschlagen. Schon jetzt werden Stimmen laut, die verlangen, die AOKs von den Ersatzkassen abzukoppeln wegen zu unterschiedlichem Gesundheitsrisiko. Dann würden sich die Kostendämpfungsmaßnahmen auf die AOKs konzentrieren, weil dort das Versicherungsrisiko am höchsten, die Beiträge durchschnittlich am niedrigsten und folglich die Versorgung am schlechtesten. Damit hätte die Reaktion die alte Forderung der Gewerkschaften nach einheitlicher Versicherung und Bezahlung durch die Kapitalisten in weite Ferne gerückt.

## Kreditwesengesetz Spekulantengeschäfte auf Gemeindekosten?

Seit dem 9. Juli liegt dem Bundesrat ein Antrag der Landesregierung von Baden-Württemberg auf „Änderung des Gesetzes über das Kreditwesen“ vor. Darin beantragt die Stuttgarter Landesregierung, das für das Kreditgeschäft der Sparkassen wichtige Eigenkapital durch die Einführung eines „Haftsummenzuschlags“ um bis zu 35% erhöhen.

Das Eigenkapital der Sparkassen bestimmt – wie bei allen übrigen Banken auch – ihr Kreditgeschäft in mehrfa-



Kampf der schleswig-holsteinischen Arbeiter für Lohnfortzahlung 1956/57

ten Krankenstand, häufigere Unfälle und erhöhte Zahl der sogenannten psychosomatischen Krankheiten, d.h. Funktionsstörungen im Körper noch ohne nachweisbare Schädigung von Organen. Besonders betroffen waren die Näherinnen, weil sie „unter Anspannung zu hoher Arbeitsgeschwindigkeit, Präzision und schematischer Nähtätigkeit“ gezwungen sind. Gerade solche Arbeitsplätze, die eine unerträgliche Belastung darstellen, werden die Kapitalisten jetzt vermehrt einrichten. Das ist dann im kapitalistischen Sinne „wirtschaftlich“, v.a. wenn durch das neue Kostendämpfungsgesetz noch mehr als bisher verhindert wird, daß der entstandene gesundheitliche Schaden behoben und von den Kapitalisten bezahlt wird.

Im Gesetzentwurf ist vorgesehen, daß statt wie bisher schon eine DM je Verordnung je Rezept 20% der Kosten, höchstens 4 DM, bezahlt werden müssen. Der Arzt darf aber in Zukunft höchstens drei Medikamente auf ein Rezept schreiben. Das bringt 1982 300 bis 400 Mio. DM Mehrkosten für die Versicherten. Der Minister für Arbeit

senärztlichen Vereinigung unter Vorsitz von Ehrenberg ausgehandelt wird, strenger kontrolliert. Bei Überschreitung werden die nicht „kostenbewußten“ Ärzte zur Kasse gebeten. Die Computerausrüstung der Abrechnungsstellen der Kassenärztlichen Vereinigung erlaubt Kontrolle jeder ärztlichen Behandlung. In diese Höchstsatzregelungen werden die Ausgaben für Hilfsmittel, wie Einlagen, Stützstrümpfe usw., und die physikalischen Behandlungen, wie Massagen und Bäder, einbezogen. Die Höchstbeträge dürfen im Jahre 82 die Aufwendungen für Heilmittel im Jahre 1980 nicht überschreiten, was Kürzung um über 10% bedeutet.

Beim Zahnersatz wurden bisher Zuschüsse bis zu 80% von der Krankenkasse bezahlt. In Zukunft übernimmt die Krankenkasse die Kosten für den Zahnarzt vollständig und zahlt bis zu 60% Zuschuss zu den zahntechnischen Leistungen. Die Behauptung, diese Umstellung sei kostenneutral, ist ganz sicher falsch. Die Begründung lautet nämlich, daß einerseits die Zahnärzte bei voller Übernahme der Kosten in die

cher Weise. So darf gesetzlich die Summe aller Kredite und Beteiligungen einer Sparkasse das 18fache ihres Eigenkapitals nicht überschreiten, alle Großkredite (Kredite über mehr als 1 Mio. DM) dürfen nicht mehr als den 8fachen Betrag des Eigenkapitals erreichen usw. Der von Lothar Späth geforderte „Haftsummenzuschlag“ für Sparkassen soll so aussehen, daß diese zukünftig für die Festlegung ihres Kreditvolumens nicht ihr Eigenkapital, sondern einen um bis zu 35% höheren Betrag in Rechnung stellen dürfen.

Die Landesregierung – ebenso wie der Sparkassenverband, der sogar 50% „Haftsummenzuschlag“ fordert – begründet ihren Gesetzentwurf mit „Wettbewerbsnachteilen“, die den Sparkassen entstanden seien. Tatsächlich hat die Bundesregierung Anfang des Jahres in ihrem „Subventionsabbaugesetz“ eine Reihe von Steuervorteilen der Sparkassen, Raiffeisenbanken, Kreditgenossenschaften und Bau-sparkassen – die diese bisher im Vergleich zu den Großbanken besaßen – abgeschafft. Dadurch entstanden diesen Kreditinstituten Steuererhöhungen von 538 Mio. DM (1981), die sie längst über höhere Zinsen an Bauern, Handwerker, Kommunen etc. „weitergegeben“ haben.

Die Begründung des Sparkassenverbandes für den „Haftsummenzuschlag“ ist unverfroren: „Wir stehen auf dem Standpunkt, unsere Gewährsträger, das sind ja die Städte und Gemeinden, nehmen wir mal die Stadt Köln für die Stadtparkasse Köln, die kann ja eigentlich nie Pleite gehen, ja? Die ist also gut für einen bestimmten Prozentsatz vom Eigenkapital.“

Auf deutsch: Da im Fall geplatzter Kreditgeschäfte der Sparkassen à la Helaba die Städte und Gemeinden als „Gewährsträger“ bzw. Eigentümer der Sparkassen Verluste durch zusätzliche Steuerplünderung der Volksmassen ausgleichen *müssen*, könne man den Sparkassen doch gleich mehr Kreditgeschäfte bei gleichbleibendem Eigenkapital erlauben. Welche Summen durch den Stuttgarter Gesetzentwurf zukünftig zusätzlich durch Städte und Gemeinden zu garantieren, also notfalls auch zu zahlen wären, hat der Bundesverband Deutscher Banken – besorgt über „Wettbewerbsverzerrungen“ zuungunsten der Großbanken – sogleich enthüllt: mehr als 70 Mrd. zusätzliche Kredite der Sparkassen pro Jahr.

Von irgendwelchen zusätzlichen Kontrollrechten der Kommunen gegenüber den Sparkassen ist in Lothar Späths Gesetzentwurf, der am 21. Oktober im Bundesrat behandelt wird, nirgendwo die Rede. Geschweige denn von höheren Steuern für die Großbanken. Das entspricht auch durchaus den

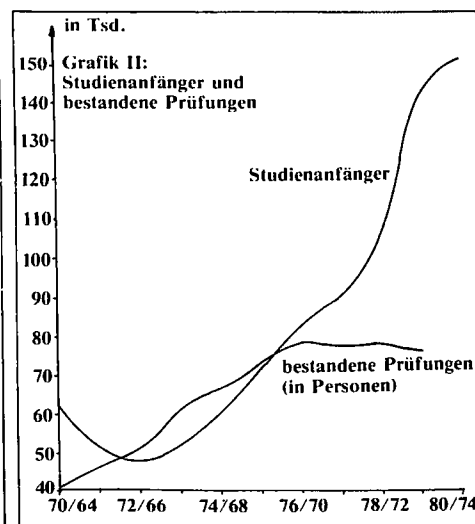
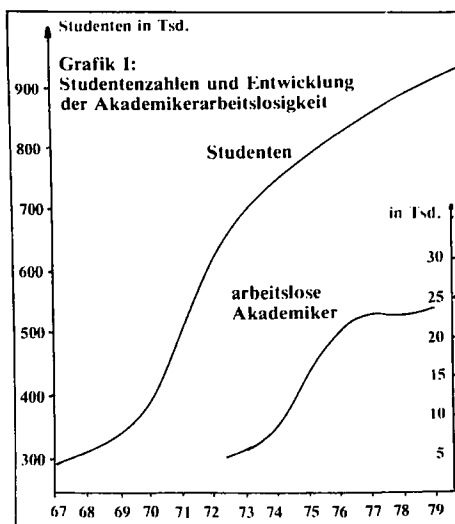
Absichten der Bundesregierung, die sich ansonsten zu dem Stuttgarter Antrag noch nicht geäußert hat. Schließlich hatte die Bundesregierung mit ihrem „Subventionsabbaugesetz“ bereits gezielt darauf hingewirkt, die Stellung der Großbanken und Privatbanken und damit der großen Industrie- und Bankmonopole weiter zu stärken. Lothar Späths angeblich „mittelstandsfördernder“ Gesetzentwurf bedeutet als Antwort: Die Gemeinden sollen bluten.

## Studienreform Stärkerer Praxisbezug gefordert

„Ich befürchte auch, daß es in den nächsten Jahren bereits zu einer erheblichen Unruhe bei Hochschulabsolventen kommt, wenn sich auf breiter Ebene unter ihnen die Erfahrung bemerkbar macht, daß überlieferte Erwartungen an Status und Einkommenshöhe revidiert werden müssen“, und „wir fürchten, daß echte Führungskräfte Mangelware werden, zumal die Ansprüche an solche Qualifikationen in den nächsten Jahren steigen werden.“ (Stingl, Oktober 1980 auf der Würzburger Tagung der Westdeutschen Rektorenkonferenz). Was die Erwartungen angeht, hat die Überfüllung der Hochschulen bereits für einige Abstriche gesorgt. Der starke Anstieg der Studentenzahlen im Zuge der Bildungsreform hat zu einem erheblichen Anstieg der Akademikerarbeitslosigkeit geführt, was auf den Lohn drückt und mit Vorstellungen aufräumt, daß fünf oder sechs Jahre Studium (finanziert aus der eigenen oder der Eltern Tasche) gesicherte Existenz und gutes

Einkommen bedeuten. Das Auseinanderklaffen der Zahl der Studienanfänger und der sechs Jahre später bestandenen Prüfungen gibt einen Eindruck davon, wieviel Studenten bereits während des Studiums ausgesiebt werden. In Agrarwissenschaften z.B. erreichten vom Jahrgang 68/69 noch 91,8% das 7.Semester, vom Jahrgang 73/74 waren es noch 48,4% (VDL-Nachrichten). Die von den Kapitalistenverbänden gewünschten „stabilen Persönlichkeiten“ mit „gesundem Selbstvertrauen und Zuversicht“ und „charakterlichen Eigenschaften“ (Stingl), die für Führungspositionen gebraucht werden, scheinen dabei nicht herauszukommen.

Ein wichtiger Punkt, der in der Ausbildung noch fehlt, ist die „Transferfähigkeit, ... erworbenes theoretisch-methodisches Wissen auf konkrete berufliche Probleme anwenden zu können.“ Mit dem stärkeren Praxisbezug, den viele Studenten wünschen, hat das nichts zu tun. Die Einführung des einjährigen Praktikums in der Betriebswirtschaft an der Uni Kiel bedeutet gleich eine Verlängerung des Studiums. So sieht auch der 83. Ärztetag 1980 vor, stärkeren Praxisbezug vor allem durch die Ausdehnung des Praktischen Jahres von einem auf zwei Jahre zu erreichen. Ob auch ein Krankenpflegepraktikum vor das Studium geschaltet werden soll, ist strittig. Die Agrarministerkonferenz fordert seit 1976 12 Monate Berufspraktikum vor dem Studium, abgeschlossen mit einer Praktikantenprüfung. Der Fakultätentag hat sich bislang nur darauf einigen können, daß das Praktikum verlängert werden soll und die berufspraktische Ausbildung mit einer Prüfung abschließen soll. Ähnliche Bestrebungen gibt es auch in anderen Fachbereichen. Man wird sich also noch auf einiges an „Reformen“ gefaßt machen können.



Studentenzahlen, Prüfungen: Stat. Bundesamt, Jg. 67–79, arbeitslose Akademiker nach Uni-aktuell 8/81.

Grafik II: Ausgegangen wird von einer sechsjährigen durchschnittlichen Studiendauer (64 Studienbeginn = 70 Examen).

## Die afrikanischen Volksmassen in Azania sammeln ihre Kräfte gegen das Kolonialregime

Kein Zweifel: In der südafrikanischen Kolonialfestung, letzte Bastion der Imperialisten auf dem afrikanischen Kontinent, spitzen sich die Widersprüche zwischen den ausgebeuteten und geknechteten afrikanischen Volksmassen auf der einen Seite und dem bis an die Zähne gerüsteten Kolonialregime auf der anderen Seite immer mehr zu.

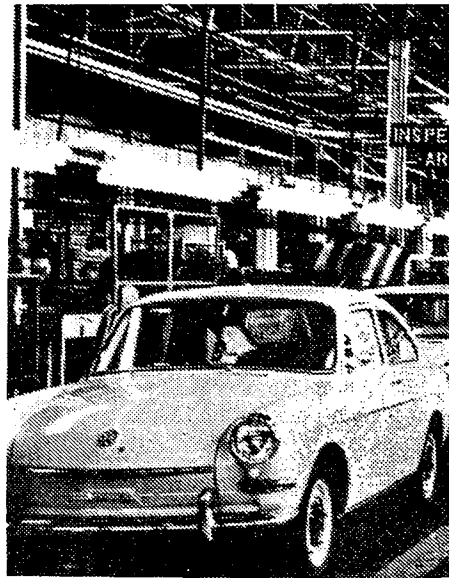
Die herausragende Erscheinung dafür ist der Aufschwung der Kämpfe der afrikanischen Arbeiter in den Industriezentren und Bergwerksgebieten der Imperialisten und der Aufbau neuer afrikanischer Gewerkschaften.

Seit den 60er Jahren hatten die Imperialisten, angelockt durch die Aussicht auf riesige Profite, die sich aus der Ausbeutung der reichlich vorhandenen und völlig entrechteten schwarzen Arbeiter zu Hungerlöhnen schlagen ließen, gewaltige Mengen an Kapital in Südafrika angelegt. Die südafrikanische Zeitung „The Star“ berichtete im April, daß die Kapitalanlagen der Imperialisten sich inzwischen auf 30 Mrd. Rand (ca. 75 Mrd. DM) belaufen. Allein 1200 britische, 375 US-amerikanische und 350 westdeutsche Kapitalisten sind heute in Südafrika mit Niederlassungen vertreten. Die westdeutschen Kapitalisten – ihre Kapitalanlagen werden von „inoffiziellen Quellen“ in Südafrika mit 2 Mrd. Rand angegeben, die Direktinvestitionen in Fabriken etc. belaufen sich auf über 700 Mio. DM – beuten in ihren Werken über 35000 afrikanische Arbeiter aus.

Mit diesem gewaltigen Kapitalexport ging eine systematische Verwandlung weiterer hunderttausender afrikanischer Bauern, die das Kolonialregime schon vorher von ihrem Land verjagt und in den Reservaten eingesperrt hatte, in Industriearbeiter einher. Sie wurden zu ständigen Lohnarbeitern, die nicht nur in der industriellen Produktion Erfahrung sammelten, sondern vor allem im Kampf gegen die Kapitalisten.

Noch 1970 waren nur 40000 schwarze Arbeiter in Gewerkschaften organisiert gewesen. 1978 mußte das Regime bereits melden, daß die Zahl organisierter schwarzer Arbeiter auf 100000 gestiegen sei, der größte Teil davon in seit 1973 neu gebildeten Gewerkschaften. Seit den Streiks der Automobilarbeiter im Sommer 1980 gegen die Monopole VW, Ford und General Motors, in denen die schwarzen Arbeiter den bis dahin „unerhörten“ Mindestlohn von 2 Rand die Stunde (ca. 5 DM)

durchsetzten, hat diese gewerkschaftliche Bewegung einen erneuten Aufschwung genommen. Insgesamt 175000 Streiktage gingen den Kapitalisten 1980 verloren, mindestens 50000 schwarze Arbeiter traten den neuen Gewerkschaften bei, deren Mitgliederzahl dadurch auf 162000 anstieg.



Links: VW-Montagewerk in Uitenhage. Rechts: Versammlung von mehreren tausend streikenden Gemeindearbeitern aus Johannesburg im Sommer 1980.

Auch in diesem Jahr haben die schwarzen Arbeiter ihre Kämpfe trotz wilder Unterdrückung durch das Kolonialregime fortgesetzt. So traten Mitte April 4000 Arbeiter der Sigma-Werke für eine Erhöhung ihres Stundenlohnes von 0,70 Pence auf 1,70 Rand (1 Rand = 2,49 DM) in den Streik. Die Kapitalisten wiesen die Forderung der Arbeiter zurück und entließen die gesamte Belegschaft. Bei darauffolgenden Demonstrationen der Arbeiter in den umliegenden Vierteln wurde ein schwarzer Arbeiter von einer weißen Siedlerin erschossen. Anfang Juni traten 3000 Automobilarbeiter in Port Elizabeth, dem Zentrum der Streiks im Sommer 1980, in den Streik, um die Wiedereinstellung von 160 Arbeitern zu erzwingen, die die US-Firma Firestone Anfang des Jahres wegen eines Streiks für Lohnerhöhungen entlassen hatte. Die Kapitalisten mußten nachgeben und die Wiedereinstellung von 21 Arbeitern zugestehen. Die übrigen sollen in den folgenden Monaten, soweit „Bedarf besteht“, wieder eingestellt werden. Anfang Juli griff die Streikbewegung auf die Bergwerke über. 10000 Arbeiter der Goldmine Steyn im Oranje-Freistaat traten gegen eine von den Kapita-

listen verfügte Lohnsenkung von 0,6% – zwecks Einrichtung einer „Sterbekasse“ – in den Streik.

Dieses Übergreifen der Streikbewegung auf die Bergwerke ist besonders bedeutend, da die Kapitalisten in den Bergwerken bis heute fast nur einjährige Kontraktarbeiter ausbeuten, die sie



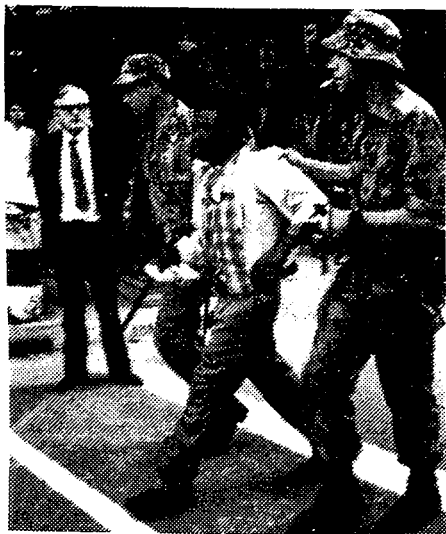
nach Ablauf ihres Kontrakts in die Reservate zurückjagen und gegen den nächsten „Jahrgang“ austauschen. So konnten sie jahrzehntelang einen ungeheuren Raubbau an der Arbeitskraft der Bauern in den Reservaten treiben und jeden Aufbau von schwarzen Gewerkschaften verhindern.

Gleichzeitig verstärkten die neugebildeten Gewerkschaften ihre Zusammenarbeit. Anfang Juni rief die Gewerkschaft der Medienarbeiter zu einer Konferenz zwecks Bildung eines einheitlichen Dachverbandes aller unabhängigen afrikanischen Gewerkschaften auf. Anfang August führten 29 Gewerkschaften, die zusammen mehr als 150000 schwarze Arbeiter organisieren, zum ersten Mal eine gemeinsame Konferenz durch. Diese richtete sich gegen ein neues Antistreikgesetz, das die Regierung vorgelegt hatte und das jede Unterstützung „illegaler“ Streiks – also praktisch aller Streiks der schwarzen Arbeiter – mit hohen Geld- oder Gefängnisstrafen bedrohte. Die Gewerkschaften beschlossen, im ganzen Land einheitliche Komitees zu bilden, um das Gesetz zu bekämpfen, sich bei Streiks, aber auch gegen Ver-



haftungen und Verbannungen besser unterstützen zu können.

Diese wachsende Zusammenarbeit der schwarzen Gewerkschaften ist auch die richtige Antwort auf die seit zwei Jahren von dem Regime vorgetragenen Versuche, die Gewerkschaften nicht nur durch blanken Terror zu zerschlagen, sondern gleichzeitig eine ganze Schicht von Industriearbeitern von den übrigen Arbeiten, vor allem aber von den Bergarbeitern und den Bauern und den Landlosen in den Reservaten, abzuspalten, indem es ihnen das dauernde Siedlungsrecht in den bisher ausschließlich Weißen vorbehaltenen Gebieten anbietet. Grundlage dieses Spaltungsversuches ist eine wachsende Kritik aus den Reihen der Imperialisten an dem Apartheidsystem. Die Kapitalisten kritisieren, daß das System der Anwerbung von Arbeitern mit befristeten Arbeitsverträgen aus den Reservaten und der anschließenden sofortigen Zurücksendung dieser Arbeiter die Rekrutierung einer ausreichenden Zahl



erfahrener schwarzer Arbeiter immer schwerer macht. Sie fordern deshalb eine Lockerung des bestehenden Aufenthaltsverbots für schwarze Arbeiter in den weißen Gebieten, das gegenwärtig sofort in Kraft tritt, wenn ein Arbeiter von seinem Ausbeuter entlassen wurde oder selbst gekündigt hat. Bereits 1979 legte das Regime deshalb einen ersten Plan vor, der vorsah, schwarzen Arbeitern nach einer bestimmten Ausbeutezeit bei Kapitalisten die Möglichkeit zu geben, sich dauernd in den „weißen“ Gebieten anzusiedeln.

So erbärmlich dieses Angebot bei der vollständigen Aufrechterhaltung der übrigen Entrechtung der Arbeiter ist: Angesichts der brutalen Zerreißung der schwarzen Familien durch das gegenwärtige Kontraktarbeitssystem, bei dem die meisten Arbeiter ihre Familie in den Homelands zurücklassen müs-

sen, bedeutet dieses Lockmittel des Regimes eine ständige Gefahr für die Einheit der afrikanischen Arbeiter. Trotzdem konnten die schwarzen Arbeiter diesen Spaltungsversuch bisher zurückweisen und ihre Einheit festigen.

Von der imperialistischen Presse fast vollständig totgeschwiegen, hat sich gleichzeitig mit diesem Aufschwung der Kämpfe der Arbeiter in den letzten Jahren auch die politische Bewegung unter den in den Homelands eingepferchten landlosen Bauernmassen weiterentwickelt.

Noch Anfang der 60er Jahre hatte das Regime, gleichzeitig mit der bruta-

len Niederwerfung von Aufständen in den Städten, eine großangelegte „Säuberung“ der „weißen“ Landgebiete von schwarzen Bauern durchführen können. Illegale „Squatter“, d.h. umherziehende Bauernhaufen, die sich auf den weißen Farmen als Saisonarbeiter verdingen mußten, wenn sie nicht verhungern wollten, sowie die über eine Million „Arbeiter-Pächter“, d.h. schwarze Bauern, die gegen die Verpachtung eines winzigen Landstückes das halbe Jahr über auf den weißen Farmen praktisch ohne Bezahlung ausgebeutet wurden, sollten in die Reservate getrieben werden. Zwar setz-

## Südafrika: Gesetze zur Sicherung der Ausbeutung der Afrikaner

Premierminister Vorster faßte in der Parlamentsdebatte, 24. April 1968, zusammen, was das Herrschaftsprogramm des Siedlerregimes in Südafrika ist: „Wir brauchen die Schwarzen, weil sie für uns arbeiten. Aber die Tatsache, daß sie für uns arbeiten, kann Nicht-Weiße niemals berechtigen, politisches Recht zu beanspruchen. Weder jetzt noch in der Zukunft.“

Mit dem Raub des afrikanischen Landes, angefangen schon zu Beginn der Kolonisation, hatte das Siedlerregime die afrikanischen Bauern gezwungen, ihre Arbeitskraft an die weißen Farmer und Kapitalisten zu verkaufen. Die Ergebnisse dieser Landvertreibung legalisierte das Siedlerregime durch das „Gesetz über schwarzes Land“ von 1913, das 1936 ergänzt wurde. Das Regime ließ nur 13% des gesamten Landes den Schwarzen, die 4/5 der Bevölkerung ausmachten, erklärte überwiegend unfruchtbare Gegenden zu „Schwarzen Gebieten“ und deklarierte den Rest als „weißes“ Land. Die Siedler bestimmten durch das „Gesetz über Schwarzes Land“: „Land außerhalb der angegebenen Bantugebiete soll den folgenden Bestimmungen unterworfen werden ... Außer mit Zustimmung des Ministers ... soll ein Schwarzer keine Übereinkunft oder Abmachung treffen über einen Kauf, die Miete oder einen anderen Erwerb von einer anderen Person als einem Schwarzen.“ Den auf 13% des Landes zusammengetriebenen Afrikanern wurde jeder Erwerb, Miete oder Pacht von „weißem“ Land für alle Zukunft untersagt.

Die auf diese Weise zum Verkauf ihrer Arbeitskraft gezwungenen schwarzen Arbeiter wurden einer scharfen Kontrolle unterworfen. Nur

wer eine Arbeitsbescheinigung für die städtischen „weißen“ Gebiete vorweisen kann, darf sich längere Zeit außerhalb der so geschaffenen Reservate, seit 1959 Homelands genannt, aufhalten. Den übrigen Schwarzen verwehrt die Siedler, sich in diesen Gebieten überhaupt für längere Zeit aufzuhalten, geschweige denn, dort zu leben.

Ohne Bescheinigung über einen bestehenden Arbeitsvertrag kann die Polizei Festnahmen vornehmen und die Arbeiter in die Reservate abschieben.

Als Mittel, die Kontrolle durchzuführen, haben die Siedler Paßgesetze erlassen. 1979 z.B. ließen sie über 203 000 Schwarze verhaften wegen Verstoßes gegen das Paßgesetz. Jeder Schwarze ist verpflichtet, sein Paßbuch jederzeit bei sich zu haben und es auf Verlangen der Polizei vorzuzeigen. Dieser Paß wird als „Arbeitsbuch“ bezeichnet und muß die Arbeitsbescheinigung enthalten. Nach Abschnitt 8 des Paßgesetzes von 1952: „1) Jede Person, die mit einem Schwarzen einen Arbeitsvertrag abschließt, soll ... im Arbeitsbuch des betreffenden Schwarzen vorgeschriebene Einzelheiten über die Anstellung eintragen ... und beim Arbeitsbüro hinterlegen ... 2) ... und im Falle der Beendigung des Arbeitsverhältnisses ... auch das Datum im Arbeitsbuch des Schwarzen eintragen.“

In dem Paß müssen enthalten sein auf dem neuesten Stand:

- Paßfoto, Rassenzugehörigkeit, Registriernummer, Fingerabdrücke
- Hauptwohnsitz und die Zuzugsbestätigung
- Name und Adresse des Arbeitgebers, Datum des Arbeitsbeginns bzw. der Entlassung, monatliche Unterschrift des Arbeitgebers, durch die das Fortbestehen des Arbeitsverhältnisses bestätigt wird

ten sich viele Bauern gegen diese endgültige Einsperrung in Reservate verbissen zur Wehr. Aber dem Regime gelang es nach und nach, mehr als 2,5 Mio. dieser landlosen Bauern in die Reservate zwangsweise „umzusiedeln“. Diese Einpferchung ehemaliger Bauern in die Reservate hält auch heute noch an: Allein in den zwölf Monaten vor dem 1.3.81 siedelte das Regime weitere 70000 dieser Bauern in Reservate um. In den Reservaten hat sich dadurch die ohnehin elende Lage dieser Bauern unerträglich angespannt. Die winzigen Landflecken, die sowieso nur noch jeder zweite Bewohner dieser

„Homelands“ sein eigen nennen darf, sind völlig ausgelugt, wenn sie überhaupt je fruchtbar waren, und reichen vorne und hinten nicht zur Ernährung. Ohne irgendeine Aussicht, jemals wieder ihr Land zurückzubekommen, wenn das Siedlerregime nicht gestürzt wird, wachsendem Hunger ausgesetzt, unendlich gequält durch eine grausame Rate der Kindersterblichkeit, wächst unter den schwarzen Bauernmassen die Empörung gegen das Siedlerregime.

Die Arbeiter, die von den Kapitalisten wegen Beteiligung an Streiks oder Protestaktionen in diese Reservate zu-

rückgejagt werden, tragen das Ihre zur Mobilisierung der Bauern bei.

Die große Unterstützung, die die Streiks und Protestaktionen gegen das Regime inzwischen im ganzen Land erfahren, ist ein Zeichen dieser Entwicklung. Ende letzten Jahres mußte die Regierung der Transkei, eines der von Pretoria „unabhängig“ erklärten Reservate, 34 politische Organisationen auf Druck Pretorias verbieten, die sich gegen das Kolonialregime gebildet hatten bzw. aus den städtischen Gebieten ihre Arbeit in das Reservat ausgedehnt hatten. Häuptling Buthelezi, Führer der 200000 Mitglieder starken „Inka-

– die Genehmigung, sich in dem betreffenden Gebiet aufzuhalten, und die Genehmigung des zuständigen Arbeitsbüros, sich Arbeit zu suchen oder angestellt zu werden

– Bestätigung der Bezahlung der verschiedenen Steuern.

Wer keine Arbeit hat, darf sich in den städtischen „weißen“ Gebieten nur 72 Stunden aufhalten und das auch nur, wenn er eine Arbeit sucht. Ohne einen bestehenden Arbeitsvertrag unterliegt jeder Afrikaner in diesen Gebieten dem „Bantu (Städtische Gebiete) Konsolidierungsgesetz“ von 1945, das in Abschnitt 10 bestimmt: „Kein Bantu (damit ist jeder Afrikaner gemeint) soll mehr als 72 Stunden in einem bestimmten Gebiet bleiben“ – jedes Gebiet außerhalb der festgelegten Reservate – „wenn er nicht sicher in der vorgeschriebenen Weise belegen kann, daß er ohne Unterbrechung seit der Geburt in einem solchen Gebiet gewohnt hat oder daß er ohne Unterbrechung in einem solchen Gebiet für einen Arbeitgeber nicht weniger als zehn Jahre gearbeitet hat oder er rechtsgültig in einem solchen Gebiet nicht weni-

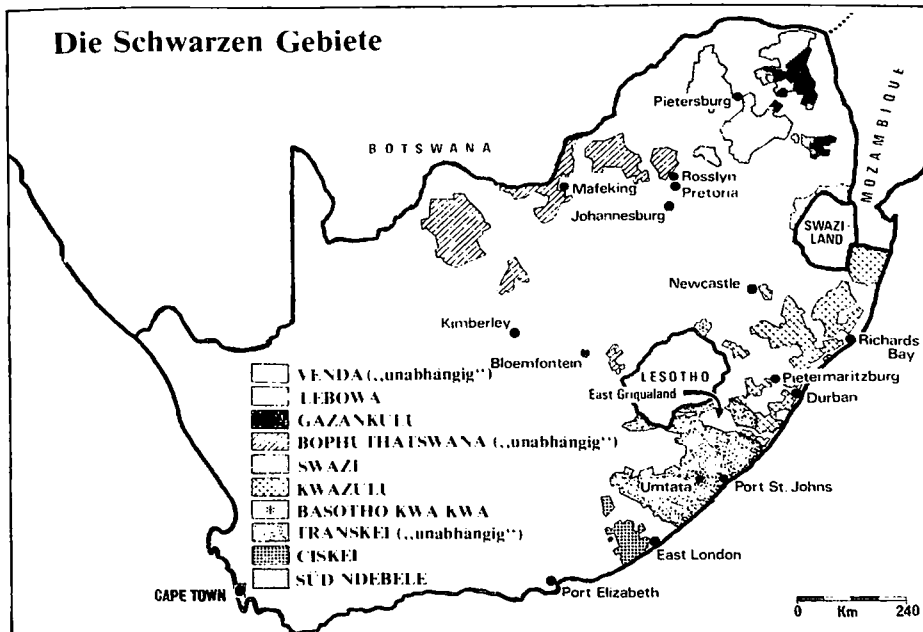
ger als 15 Jahre gewohnt hat und danach weiter in solchem Gebiet gewohnt hat und nicht außerhalb solchen Gebiets beschäftigt ist und nicht während dieser jeweiligen Periode oder danach zu einer Strafe über 500 Rand oder zu Gefängnis über 6 Monate verurteilt worden ist.“ Wer gegen dieses Gesetz verstößt, darf sich nur noch in den Reservaten aufhalten. Wenn ein Richter einen Schwarzen für „faul“ oder „unerwünscht“ erklärt, verliert dieser das Recht nach Abschnitt 10 und wird in die Reservate gebracht.

Das Siedlerregime unterdrückt die Gewerkschaften der afrikanischen Arbeiter und unterwirft sie der staatlichen Kontrolle. Das Gewerkschaftsgesetz von 1979 (Industrial Conciliation Act) verlangt für die Anerkennung als Gewerkschaft die offizielle „Registrierung“. Die afrikanischen Gewerkschaften sollen nur dann offiziell anerkannt werden, wenn sich keine der weißen Siedlergewerkschaften in dem jeweiligen Bereich dagegen ausspricht, wenn die afrikanischen Gewerkschaften keine politischen Ziele gegen das Siedlerregime und die Imperialisten vertreten, wenn die Mitgliederlisten

und die Finanzen den Staatsorganen offengelegt werden. Streiks sind auf dem Papier zugelassen. Der Minister hat aber das Recht, im öffentlichen Bereich und in dem Bereich, den er für wichtig hält, einen „Industrierat“ einzusetzen, der aus Vertretern der Kapitalisten und der Gewerkschaften besteht und Tarifverträge aushandelt. Schwarze Gewerkschaften sind dort nur zugelassen, wenn sie „registriert“ sind. Während der Verhandlungen ist ein Streik verboten. Hat der Industrierat nach 30 Tagen keine Einigung erzielt, verlangt das Gesetz für diese Bereiche eine Zwangsschlichtung, deren Beschluß alle bindet und Streiks verbietet. Das Gesetz bestimmt als Streik schon langsamere Arbeit, „retardation“ (Abschnitt 1).

Um die Ausbeutungsherrschaft für die Zukunft zu sichern, spart das Siedlerregime nicht am Blut und am Leben des afrikanischen Volkes. In diesem Jahr richtete es bis Mitte Juli 69 Afrikaner hin. 1980 vollstreckte es 114 Todesstrafen, die Hälfte der in der Welt bekannten Hinrichtungen durch die Justiz. Es verfolgt jede Bestrebung gegen das Siedlerregime als Verbrechen und hat 4 zentrale Gesetze zur Sicherheit des Staates erlassen: Gesetz zur Unterdrückung des Kommunismus 1950, Gesetz gegen ungesetzliche Organisationen 1960, Sabotagegesetz 1962, Terrorismusgesetz 1967. Als Terror verfolgt das Regime z.B., wenn ein Demonstrant den Verkehr stoppt. Nach den Demonstrationen in Soweto faßte es diese Gesetze 1976 in dem Gesetz „über die innere Sicherheit“ zusammen. Wer „die Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung“ „verletzt“ und deshalb wegen „Sabotage“ vor Gericht gestellt wird, muß, um einer Verurteilung zu entgehen, „beweisen, daß die Begehung des angeklagten Verbrechens, objektiv betrachtet, nicht beabsichtigt war ...“ (Abschnitt 2 des Sabotagegesetzes)

## Die Schwarzen Gebiete



# Lage der schwarzen Volksmassen in Südafrika

## Bevölkerung Südafrikas in 1000

	insg.	Schw.	Farb.	Weiße
1970	21 448	15 058	2 638	3 751
1974	24 915	17 772	2 990	4 153
1976	26 099	18 648	3 131	4 320
1978	27 622	19 920	3 331	4 420
1980	27 722	19 920	3 349	4 453

Zahlen incl. der „unabhängigen“ Homelands Transkei, Bophuthatswana.

Quellen: Bulletins of Statistics, aus BfA, 1978 und 1979; Südafrika im Überblick, Informationsstelle Südliches Afrika – ISSA, Bonn 1981

## Bevölkerung in „weißen“ Gebieten und Homelands (in %) )

	Bevöl- kerung	in %	in „wei- ßen“ G.	in Home- lands
1970	21 448	100	67,4	32,6
1978	27 622	100	64,8	35,2
1980	27 722	100	62,0	38,0

Quelle: E. Runge, Südafrika, Rassendiktatur zwischen Elend und Widerstand, Reinbek 1974, S. 79; Südafrika im Überblick, a.a.O.

Hatte die Regierung 1970 32,6% der Afrikaner in die Homelands oder Bantustans eingepfercht, so gestand sie ihnen doch nur 13% der Bodenfläche zu. Die restlichen 87% hat sie zum „weißen“ Gebiet erklärt. Die Tabelle zeigt das Ergebnis der Zwangsumsiedlung, die die Regierung vorgenommen hat.

## Jahresdurchschnittslöhne versch. Branchen in Rand

	1965	1970	1975	1977
<b>Bergbau</b>				
Weiße	2909	4253	7793	8927
Afrikaner	176	216	957	1093
R-St. A			182%	160%
<b>Industrie</b>				
Weiße	2695	3817	5881	7088
Afrikaner	508	660	1219	1638
R-St. A			18%	28%
<b>Bau</b>				
Weiße	2982	4063	5863	7036
Afrikaner	541	639	1168	1380
R-St. A			16%	11%
<b>Zentralreg.</b>				
Weiße	1978	3337	5238	5278
Afrikaner	453	566	1328	1679
R-St. A			49%	53%

Quelle: Bulletin of Statistics, aus: Afrikan Workers and Apartheid

Die Reallohnsteigerungsrate für die Afrikaner (R-St. A) zeigt, daß die Löhne um die Preissteigerungsrate bereinigt durchaus nicht so gestiegen sind, wie es aus der Nominallohnsteigerung erscheint. Zu berücksichtigen ist auch, daß die Lebenshaltungskosten für Afrikaner höher sind als für Weiße.

(Die Berechnung folgt dem amtlichen Verbraucherpreisindex zit. n. BfA) Wenn die Weißen z.T. Reallohnsenkungen erfahren haben, so lagen ihre Löhne doch 1970 auch acht bis 16mal so hoch wie die der Afrikaner.

tha-Bewegung“, einer Organisation, die vor allem unter den Zulus in den Reservaten großen Einfluß hat, verurteilt zwar weiterhin z.B. die gewaltsamen Aktionen gegen das Kolonialregime. Die Streiks der schwarzen Arbeiter und der Aufbau der Gewerkschaften aber werden von der Inkatha-Bewegung offiziell seit mehreren Jahren unterstützt. In der Ciskei, einem weiteren „Homeland“, das das Kolonialregime

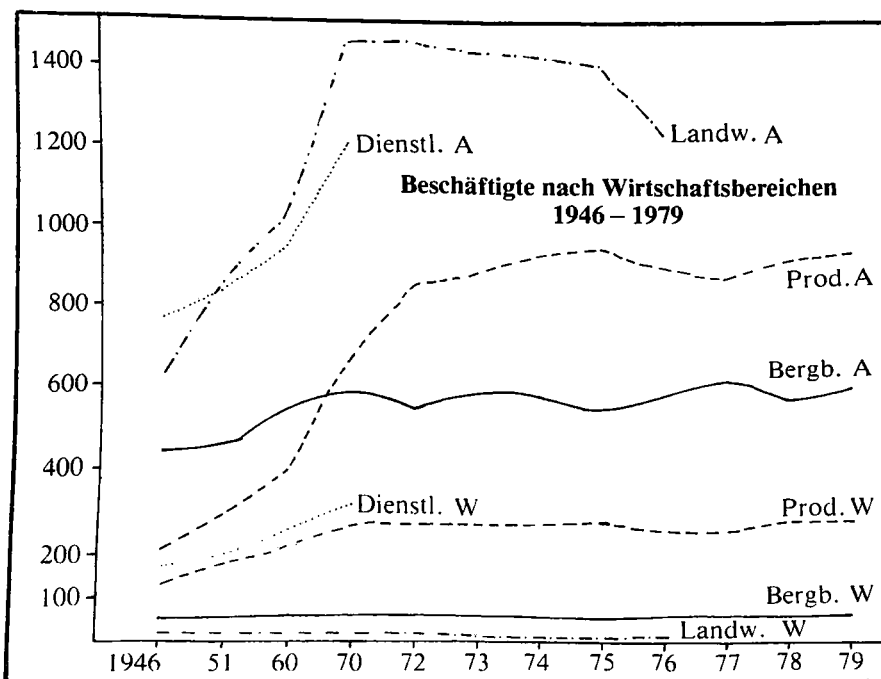


Kinderarbeit ist auf den weißen Farmen in Südafrika auch heute noch weitverbreitet.

am 4.12.81 „unabhängig“ erklären will, entwickelt sich dagegen ein entschiedener Widerstand. Am 4.6. verhaftete das Regime elf Gewerkschafter, weil sie in der Ciskei Freiheitslieder gegen das Kolonialregime gesungen und die Schaffung der Bantustans verurteilt hatten. Wenige Tage später reichten zwei Hauptlinge aus der Ciskei vor einem südafrikanischen Gericht Anklage gegen Premierminister Botha und sämtliche Parlamentsmitglieder ein, um so die Bildung der „unabhängigen“ Ciskei zu verhindern, da sie das Volk der Xhosa – mit 5 Mio. Angehörigen die zweitgrößte Gruppe unter den Afrikanern – mitten durch seine Wohngebiete spalte.

Auch wenn diese Widerstandsaktionen geringfügig erscheinen, so zeigt sich darin doch ein Aufschwung des Kampfes der afrikanischen Bauern. Für die weitere Entwicklung des Befreiungskampfes in Südafrika ist die Entwicklung in den weiten ländlichen Gebieten, die Mobilisierung der immer noch die große Mehrheit der afrikanischen Volksmassen bildenden Bauern – ob sie nun in den Reservaten leben oder, wie 1,5 Mio. von ihnen, als „Wanderarbeiter“ auf weißen Farmen ausgebeutet werden – entscheidend.

Beide Entwicklungen, der Aufschwung der Kämpfe der Industriearbeiter wie auch der wachsende Widerstand unter den landlosen Bauern, hat den Befreiungsorganisationen in Südafrika in den letzten Jahren neue Kräfte zugeführt.



A = Afrikaner (Schwarze und Farbige). W = Weiße. Beschäftigte in 1000. Bergb. = Bergbau, Prod. = Produzierendes Gewerbe, Dienstl. = Dienstleistungen, Landw. = Landwirtschaft. Die Gesamtbeschäftigtenzahl ist von 1946 bis 1979 von 4,22 Mio. auf 9,54 Mio. gestiegen.

Quelle: Bulletin of Statistics, zit. n. BfA (Bundesstelle für Außenhandelsinformation), Köln 1978 und 1979. Landwirtschaft 1946-70 aus: Der Kampf des Volkes von Azania gegen die Kolonialherrschaft, Frankfurt 1978.

Der „African National Congress“ (ANC), der noch in den fünfziger und sechziger Jahren der Mobilisierung der Bauern wenig Aufmerksamkeit geschenkt hatte und auch heute noch diesen Fehler mitschleppt, der „Pan African Congress“ (PAC), der sich vor allem deswegen 1959 vom ANC abgespalten hatte (beide Organisationen sind seit 1960 verboten und waren jahrelang durch brutale Verfolgungen des Kolonialregimes schwer geschwächt), aber auch neue Organisationen wie der ANC-AN, haben neue Kräfte hinzugewonnen. Ein deutliches Zeichen dafür sind die bewaffneten Anschläge gegen das Siedlerregime.

So führte der ANC Mitte April einen Bombenanschlag auf eine Stromverteilungsstation 15 km vom Stadtzentrum Durbens an der Südküste des Landes durch. Hunderte von Fabriken und Häusern konnten einen Tag lang nicht mit Strom versorgt werden. Am 25.5. griffen Guerillas des ANC eine Polizeistation nahe East London im östlichen Teil der Kapprovinz an. Zur gleichen Zeit wurden die Eisenbahnlinien Soweto – Johannesburg und Umlazi – Durban durch Bombenanschläge mehrere Stunden unterbrochen, am folgenden Tag mehrere Stromleitungen im Oranje-Freistaat zerstört. Drei Tage später folgte ein Bombenanschlag auf ein Rekrutierungsbüro der Armee in Durban. Am 21. Juli explodierten in drei Kraftwerken nahe der Hauptstadt Pretoria Sprengladungen und richteten schweren Sachschaden an. Am 13.8. griffen Guerillas des ANC die Militärbasis Voortrekkerhoogte nahe Pretoria an, feuerten vier Geschosse auf das Fort und entkamen unerkannt.

Das Regime hatte sich zwar auf diesen Aufschwung des bewaffneten Befreiungskampfes frühzeitig vorzubereiten begonnen. Bereits 1974 bis 1978 steigerte es seine Armeestärke von 316 500 auf 674 000 Mann (einschließlich Reservisten). Umso hektischer reagierte es nun auf die dennoch wachsende Zahl von Anschlägen. Bereits im letzten Jahr, nach dem Bombenanschlag auf das Kohlehydratwerk Sasol I, hatte das Parlament eiligst ein neues Sicherheitsgesetz verabschiedet, das besondere Sicherungsmaßnahmen für „strategische Anlagen“ wie Kraftwerke etc. vorsah. Zusätzlich forderte die Regierung die Imperialisten auf, ihre Fabriken und Bergwerke durch weiße Milizen selbst zu sichern. Mitte Juni verkündete nun die Regierung, daß zukünftig alle weißen Bahnbeamten mit modernsten Waffen ausgerüstet würden, um die Eisenbahnen gegen Anschläge schützen zu können. Am 12. August kündigte der Finanzminister im Parlament an, der Rüstungsetat werde im kommenden Jahr erneut um 30% auf 2,5 Mrd. Rand (ca. 6,3 Mrd. DM) erhöht werden.

## Aus Dokumenten azanischer Organisationen

*African National Congress* (Afrikanischer Nationalkongreß)

„Südafrika gehört allen, die darin leben, schwarz und weiß, und keine Regierung kann gerechterweise ihre Autorität behaupten, wenn sie nicht auf dem Willen des ganzen Volkes beruht.“ „Jeder Mann und jede Frau soll das Recht haben, alle gesetzgebenden Körperschaften zu wählen und für sie zu kandidieren.“ „Alle Apartheid-Gesetze und Praktiken müssen abgeschafft werden.“ „Beschränkungen des Landbesitzes auf der Grundlage der Rasse müssen beendet werden, das gesamte Land soll unter die verteilt werden, die es bebauen, um Hungersnot und Landhungers zu beenden.“ „Die mineralischen Reichtümer in unserem Boden, die Banken und die Monopolindustrien sollen in den Besitz des ganzen Volkes übergehen.“ „Alle Arbeitenden müssen das Recht haben, Gewerkschaften zu bilden, Funktionäre zu wählen und Lohnabkommen mit ihren Arbeitgebern zu schließen.“ (Aus der „Freiheitscharta“, angenommen 1955)

*Pan Africanist Congress* (Panafrikanischer Kongreß)

„(Die Afrikaner) lehnen die weiße Herrschaft in jeder Gestalt und Form ab. Sie sind unbeugsam entschlossen, die Kontrolle über ihr Land aus ausländischen Händen zu entreißen.“ (Manifest des PAC, 1959)

„Unsere primäre Aufgabe ist es deshalb, die Nation zu vereinen ... Der nationale und nicht der Klassenkampf ist der Hauptwiderspruch in allen kolonialen Situationen. Und alle Menschen, die gegen den Kolonialismus kämpfen, kämpfen gegen den Imperialismus, ob sie es wissen oder nicht.“ (Azania News, 1978)

„Unsere Pflicht ist es, a) einen Kampf für Demokratie zu beginnen, der auf die Abschaffung der Macht und des Einflusses der weißen Minderheitsherrschaft gerichtet ist, b) eine Agrarrevolution durchzuführen ... und c) eine Regierungsform auf der Basis des Orts aufzubauen, die die politische Macht des Volkes ausdrückt. Der Gebrauch militärischer Mittel zur Entwicklung eines Aufstands ist das Mittel, diese hohen Ziele zu erreichen.“ „Unsere politische Pflicht ist es, alle diejenigen zu einigen, die den Kampf gegen den gemeinsamen Feind auf allen Ebenen der Gesellschaft führen.“ (Prinzipien einer Einheitsfront im Volkskrieg)

*African National Congress* (Afrikanischer Nationalkongreß – Afrikanische Nationalisten)

„In Bezug auf die Herstellung einer schwarzen revolutionären Front sind wir der Ansicht, daß die breite Einheit der revolutionären Kräfte eine entscheidende politische Frage für den Triumph unseres nationalen Befreiungskampfes ist ... Die Aufgaben, die die revolutionäre Perspektive für die Entwicklung einer breitbasierenden Einheit der unterdrückten und ausgebeuteten Massen in Südafrika herstellen, sind a) die Zerstörung des kolonialistischen Staates und seiner reaktionären rassistischen Politik und faschistischen Ideologie, b) die Rückgabe des Landes an das Volk. Dem afrikanischen Bauern muß das Land gegeben werden, das ihm über Jahrhunderte weg gestohlen wurde ... Die falsche Doktrin, es gebe keine afrikanischen Bauern in Südafrika ... muß entlarvt und bekämpft werden. Sie zielt darauf ab, den afrikanischen Bauern und allen einheimischen Schwarzen das unveräußerliche Recht auf Land zu nehmen.“ „Wir müssen eine revolutionäre Zusammenarbeit zwischen den Arbeitern und Bauern als den Haupt-



Verbrennung der verhaßten Paßbücher des Kolonialregimes 1959.

kräften der nationalen demokratischen Revolution herstellen.“ „Der bewaffnete Kampf ist die Hauptform des Kampfes, den die Massenbewegung entwickeln und stärken muß, wenn der kolonialistische Apartheid-Staat zerstört werden soll.“

(Bericht der Nationalen Exekutive, angenommen auf der Konferenz 1978)

## Streik gegen Umgehung des Betriebsrats

Bei DIAG/Fritz Werner in Westberlin legten am Freitag, dem 11.9.1981, 250 Arbeiter für eine halbe Stunde die Arbeit nieder und versammelten sich im Mittelgang der Werkhalle. Anlaß war ein Schreiben der Geschäftsleitung in einem Arbeitsgerichtsprozeß, in dem es um die Freistellung eines dritten Betriebsrates geht, die die Geschäftsleitung verweigert. Darin kündigt sie auch die Entlassung von 23 Arbeitern an. Der Betriebsrat war darüber nicht informiert gewesen. Die Streikversammlung forderte die Rücknahme der Entlassungsankündigung. Die Arbeiter sollen jetzt umgesetzt werden.

## IGM gegen Leistungskürzungen

Auf der Funktionärsversammlung der IGM-Verwaltungsstelle in Heilbronn/Neckarsulm wurde der DGB-Bundesvorstand in einer Entschließung aufgefordert, bundesweite Aktionen vorzubereiten, um gegen die beabsichtigten Leistungskürzungen im Sozialbereich zu demonstrieren. Der 1. Bevollmächtigte Klaus Zwickel erklärte, alle Vorschläge seien

Zum 12./13.9. hatte die Stuttgarter Berber-Initiative zum ersten Berber-Kongreß nach Stuttgart aufgerufen. Ca. 50 Wohnsitzlose aus verschiedenen Städten nahmen daran teil. Wie auf dem Kongreß berichtet wurde, hatten verschiedenenorts Sozialämter für den Fall der Teilnahme Repressalien angedroht, so in Stuttgart Kürzungen bei der Sozialhilfe. In Arbeitsgruppen wurden Erfahrungen ausgetauscht. Probleme, ein Dach über dem Kopf zu finden, und Kriminalisierung durch Polizei und Justiz standen dabei im Mittelpunkt.

so ausgelegt, daß damit hauptsächlich die kleinen Leute zusätzlich belastet würden. Die geplanten Maßnahmen zur Sanierung der öffentlichen Haushalte bedeuteten für die Arbeitnehmer und ihre Familien einen Anschlag auf ihren Lebensstandard. „Durch zusätzliche Kostenbeteiligung im Gesundheitswesen werden die Kosten nicht gesenkt, sondern nur auf die Versicherten verlagert. Durch Reduzierung des Arbeitslosengeldes werden Arbeitslose nicht beseitigt, sondern die Betroffenen werden mit ihrem Problem zusätzlich bestraft.“



## Demonstration gegen Brokdorf-Prozesse

Mit dem Prozeß gegen R. Uchtmann am 29.9. wegen schwerem Landfriedensbruch, versuchter Gefangenenbefreiung bei der Demonstration am 28.2.81 eröffnet die Staatsanwaltschaft Itzehoe die Prozesse gegen Gegner des KKW Brokdorf. Am 1.10. beginnt der Prozeß gegen Michael Duffke und Markus Mohr vor dem Landgericht Itzehoe wegen schwerer Körperverletzung und schwerem Landfriedensbruch, am 5.10. der Prozeß gegen vier Jugendliche, denen Brandanschläge auf Amtsgericht und Stadtwerke in Glückstadt vorgeworfen werden. M. Duffke und M. Mohr wirft die Staatsanwaltschaft vor, einen Beamten des Sondereinsatzkommandos (SEK), der als Teil eines Greiftrupps hinter Demonstrationsteilnehmern herjagte, kampfunfähig gemacht zu haben. Zuerst lautete die Anklage „Mordversuch an einem Polizisten“. Am 26.9. findet in Itzehoe eine Demonstration statt.

## GHK beginnt mit Lohntariffbewegung

Mit der Kündigung der Tarifverträge für die Handwerksbereiche Tischler, Raumausstatler sowie Fahrzeug- und Karosseriebauer hat die Gewerkschaft Holz und Kunststoff als erste DGB-Gewerkschaft in Bremen mit der Lohntariffbewegung begonnen. Die Forderungen der Tariffkommission belaufen sich auf 8 bis 8,5%. Der Bremer GHK-Geschäftsführer erklärte, Ziel der diesjährigen Lohnbewegung sei, die Reallöhne zu sichern und auszubauen. „Vor Streiks, mit denen wahrscheinlich wieder im Karosseriebau zu rechnen

ist, werden wir nicht zurückschrecken.“ Mit Nachdruck hat die GHK Bremen die Bonner Sparbeschlüsse abgelehnt. Sie lehnt auch die Produktion und Stationierung der Neutronenbombe sowie neuer atomarer Mittelstreckenraketen auf europäischem Territorium ab. Auf dem 11. ordentlichen Gewerkschaftstag will sie für ein Verbot des unkontrollierten Kapitalexports eintreten, für die Festsetzung der flexiblen Altersgrenze auf 60 Jahre sowie die Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 80%. Außerdem hat der Bezirkstag sich für die Anhebung der Kilometerpauschale von 36 auf 72 Pfennig, für ein steuerfreies Urlaubsgeld und für einen höheren Weihnachtsfreibetrag ausgesprochen.

## Gelöbnis im Betrieb stößt auf Widerstand

Die DGB-Jugend Speyer hat sich auf einer Veranstaltung zum NATO-Nachrüstungsbeschuß gegen die geplante Rekrutenvereidigung auf dem Werksparkplatz der Firma Keiper (siehe Politische Berichte 19/81) im November ausgesprochen. Neben dem Verteidigungsminister Apel sollten für 100 Rekruten weitere 800 Militärs dabei anwesend sein. Verschiedene SPD-Funktionäre und auch die Jusos haben sich dagegen ausgesprochen. Leider tritt der Betriebsratsvorsitzende des Betriebs bisher dafür ein. Das Friedenskomitee Kirchheimbolanden organisiert eine Unterschriftensammlung gegen die Vereidigung. Diese Initiative spricht sich weiter gegen die Erweiterung des Atombunkers bei Kriegsfeld und den Bau eines militärischen Notlandeplatzes aus.



München, 18.9.81. Einweihung der Gedenksäule für die Opfer des faschistischen Bombenanschlags vom 26. September 1980. Ca. 1000 Menschen verfolgten die Feier. Als öffentliche Vertreter waren u.a. anwesend: OB Kiesel, Innenminister Tandler, Generalbundesanwalt Rebmann, Kardinal Ratzinger, Strauß nicht. Während Kiesel die Nazi-Urheber des Anschlags in seiner Rede nicht erwähnte, zog er zugleich gegen berechnete Volksbewegungen als Urheber von Terror vom Leder: „... daß Gewalt ‚im Kleinen‘, Gewalt gegen Sachen nicht begrenzt ist, ... den Keim zu immer neueren, schrecklicheren Verbrechen in sich trägt“. Knapp eine Viertelstunde dauerte die Pflichtübung, dann eilten Kiesel und Tandler schleunigst davon.



## Lehrer-Streik

# GEW schließt Tarifvertrag mit Privatschule ab

**Hamburg.** Am 2. September hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ihren ersten Tarifvertrag abgeschlossen. Damit hat sie einen wichtigen Schritt getan in Richtung auf eine Tariffähigkeit, die alle Bereiche des Erziehungs- und Wissenschaftsbereichs erfaßt und die direkte Beteiligung vor allem der Lehrer an den Tarifausschüssen im öffentlichen Dienst einen guten Schritt voranbringt.

Abgeschlossen wurde ein Haustarifvertrag mit der Hamburger Fremdsprachenschule (HFS), die Teil einer Kette von 24 Privatschulen in Westdeutschland ist, dem Euro-Sprachenschulsystem. 80% der vollzeitbeschäftigten Lehrer sind an der HFS gewerkschaftlich organisiert. Das ist für den Bereich der Privatschulen außergewöhnlich hoch. 96% der Gewerkschaftsmitglieder (24 von 25) hatten in einer Urabstimmung für Streik gestimmt. Die Unterstützung durch die Hamburger GEW war – ganz im Bewußtsein der weit über die Probleme der Kollegen an der HFS hinausgehenden Bedeutung – sehr groß. An jedem Morgen des viertägigen Streiks war der Eingang der Schule von mindestens 20 Streikposten besetzt, Transparente waren aufgestellt und verschiedene Flugblätter wurden in der ganzen Straße verteilt. Streikbrecher – zwei bis fünf Abteilungsleiter – kamen erst in die Schule, nachdem sie den schmalen Gang zwischen den aufgestellten Streikposten durchquert hatten. Die Geschäftsleitung rief von Anfang an die Polizei. Unterricht fand nicht statt.

Die Geschäftsführung hatte, wie schon im Laufe des ganzen Jahres, jede Verhandlung mit der GEW abgelehnt. In einem Schreiben an die Schüler sprach sie von einem „ungesetzlichen Streik“. Die meist ausländischen Lehrer an der HFS hatten ein Soll von 34 Unterrichtsstunden, das mit mindestens 1600 DM bezahlt wurde. Zuschläge für den Stundenlohn von brutto 13,50 DM gab es bei mehr als acht Schülern pro Kurs (15 DM) und bei Abend-Unterricht (17 DM). Sozialleistungen gab es bis auf 100 DM Weihnachtsgeld keine. Diese elendig niedrige Bezahlung war durchgesetzt auf Grundlage der hohen Lehrerarbeitslosigkeit in Hamburg und der Tatsache, daß der Großteil der Lehrer ausländische Akademiker sind: gelockt mit dem Versprechen eines Gehalts von 2000 DM und in Unkenntnis über die hohen Steuer- und Sozialabzüge, die

hohen Mieten, und weil sie häufig aus persönlichen Gründen nach Hamburg gekommen waren. Kein Lehrer blieb länger als zwei Jahre.

Die GEW hatte vorneweg die Forderung aufgestellt, daß endlich ein Tarifvertrag abgeschlossen wird, der dann die Senkung der Pflichtstunden auf 30, einen Zuschlag für Überstunden, Garantie eines Monatsgehalts, Gehaltsangleichung an den BAT, Erhöhung des Weihnachtsgeldes, Zahlung von vermögenswirksamen Leistungen und die Möglichkeit zur beruflichen Fortbildung beinhalten sollte. Der Tarifab-



schluß ist der Forderung der Angleichung an den BAT noch nicht sehr nahegekommen. Festgelegt ist aber: Abschluß eines Arbeitsvertrags in jedem Fall; Monatsgehalt abgestuft nach Beschäftigungsdauer und Erhöhung sofort um durchschnittlich 3%, ab 1.1.1982 um weitere 5%; vermögenswirksame Leistungen von 26 DM; Weihnachtsgeld zwischen 200 und 500 DM; Senkung der Pflichtstundenzahl auf 30; Geltungsdauer des Vertrages: zwei Jahre.

Die Geschlossenheit der streikenden Kollegen und die Unterstützung durch den ganzen Landesverband der GEW war groß; völlig im Gegensatz dazu steht die Auseinandersetzung um das Ergebnis und den Abschluß des Streiks, wie er jetzt den Landesverband zu lähmen droht: Neben dem Tarifvertrag gibt es eine Klausel, die die GEW darauf festlegt, auf Streikmaßnahmen an allen Euro-Sprachenschulen zu verzichten, die gleiche oder bessere Arbeits- und Lohnbedingungen haben. Dieser Klausel ist gegen das Votum der Tarifkommission vom Hauptvorstand zugestimmt worden. Darüberhinaus hat der Hauptvorstand den Streik ohne Urabstimmung abgebrochen, was ebenso die Geschlossenheit und Kampfkraft der GEW schwächt. Auf dieser Grundlage entwickeln sich wiederum Kräfte im Landesverband, die nichts anderes als innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen betreiben wollen und jetzt zum Beispiel gar den neuen Landesvorsitzenden zum Rücktritt auffordern. Das kann die positive Entwicklung der GEW nur aufhalten.

## Siemens-Betriebsrat Klage gegen Lohnkürzungen wegen Krankheit

**München.** Der niedrige Tarifabschluß in der Metallindustrie diesen Sommer hat die Siemens-Kapitalisten gleich zu weiteren Frechheiten gereizt. Kurz darauf nämlich erhielten ca. 70 Beschäftigte des Münchner Werkes Hofmannstraße einen Brief mit folgendem Wortlaut: „Sehr geehrte/r Frau/Herr ... Wir mußten leider feststellen, daß Ihre Ausfallzeiten im letzten Kalenderjahr über dem Durchschnitt lagen. Diese häufige Abwesenheit belastet Ihre Arbeitskollegen, die die Arbeit miterledigen müssen, hemmt den betrieblichen Ablauf und verursacht erhebliche Kosten. Es erscheint uns daher nicht mehr gerechtfertigt, Ihnen eine freiwillige Sonderzulage zu gewähren. Wir werden vom nächsten Abrechnungszeitraum an diese Sonderzulage streichen. Ihr Einkommen setzt sich dann zusammen wie folgt: ... (In allen Fällen wurde die Sonderzulage, eine außertarifliche Zahlung, vollständig gestrichen, d.V.) Weitere Schritte müssen wir uns vorbehalten. Wir hoffen, daß es Ihnen gelingt, die Höhe Ihrer Ausfallzeiten in Zukunft wieder zu vermindern. Mit freundlichem Gruß, Siemens Aktiengesellschaft.“

Der Betriebsrat hat auf der darauffolgenden Betriebsversammlung enthüllt, daß es sich bei den Ausfallzeiten allesamt um Krankheit handelt, die Krankmeldungen ordnungsgemäß ab-

gegeben wurden und mehr als die Hälfte der betroffenen Kollegen Überstunden oder Schichtarbeit leisten müssen, was gerade die Ursache von häufiger Krankheit sei. Ebenfalls ein großer Teil der Betroffenen komme aus Bereichen, in denen in den letzten Monaten Überstunden und Kurzarbeit in ständigem Wechsel stattgefunden haben. Eine Kollegin war länger wegen einer Wirbelsäulenverrenkung krankgeschrieben, die sie sich beim Heben von schweren Kisten am Arbeitsplatz zugezogen hatte.

Nachdem die Geschäftsleitung auf die Forderung des Betriebsrates nach Rücknahme der Lohnkürzungen nicht reagierte, hat der Betriebsrat jetzt Klage

vor dem Arbeitsgericht erhoben. Ziel der Klage ist zunächst, ein Mitbestimmungsrecht in dieser Frage zu erreichen, was von der Geschäftsleitung bisher hartnäckig bestritten wird. Es gehe um außertarifliche Zulagen, bei denen der Betriebsrat nichts mitzureden habe. Der Betriebsrat hält dem in seiner Argumentation zu Recht entgegen, daß es sich um eine Disziplinierung handelt, bei der laut Betriebsverfassungsgesetz ein Mitbestimmungsrecht besteht. Als weiteren Kampfschritt verweigert der Betriebsrat gegenwärtig allen Überstundenanträgen für die Abteilungen, in denen die Lohnkürzungen vorgenommen wurden, die Zustimmung.

Osteuropa kamen ab 1945 nach Baden-Württemberg, ihr Anteil an der sonstigen Wohnbevölkerung beträgt damit über 20%.

Seit 1977 führt die Landesregierung einwöchige „Heimattage“ durch, dieses Jahr in Heilbronn. 480 Tsd. DM zahlt das Land, 70 Tsd. DM die Stadt für das Propagandaspektakel. Als zusätzlicher Finanzier trat der Zigarettenkonzern „Kurmark“ auf: „Das Unternehmen ist bekannt dafür, daß es sich mit dem Land und seinen Regionen verbindet und auch Brauchtum fördert“. (CDU-MdL Dorn, Vorsitzender des Arbeitskreises Heimattage).

Das Programm umfaßte 80 Veranstaltungen, darunter Trachtenumzug, Aufmärsche und „Großer Zapfenstreich“ von Bürgerwehren mit anschließendem Deutschlandlied, großer Heimatabend: „Von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer“.

Bei der Eröffnung der Ausstellung: „Leistung und Schicksal der Deutschen im Osten“ gab der Landesbeauftragte für Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler und Kriegsgeschädigte im Staatsministerium Baden-Württemberg, Helmut Haun, die Zielrichtung der Heimattage an: Sie seien „eine dringende Notwendigkeit, da das Schicksal der Vertriebenen aus dem Bewußtsein der Bevölkerung zu schwinden droht.“ Besonders Jugendliche hätten „ein erschreckendes Informationsdefizit, was die unmittelbare Vergangenheit der Deutschen angeht“.

Ganz in diesem Sinne fand während der Heimattage auch ein Lehrerseminar zur „Deutschen Frage im Unterricht“ mit anschließender Diskussion statt. CDU-Vertreter und Schulleiter Weik erklärte, man müsse „im Unterricht darauf bestehen, daß die Schüler einen Bezug zu den verlorenen Ostgebieten erhalten“ und „daß die Grenzen des 31. Dezember 1937 im Kartenmaterial auftauchen müßten“.

Dagegen trat als SPD-Vertreter und GEW-Kreisvorsitzender Rainer Dahlem auf: „Für mich existieren die Staaten DDR und Polen“, und verlangte die Anerkennung der Realitäten. Kultusminister Mayer-Vorfelder gab als Redner des Heimattage-Festakts in Heilbronn einen Vorgeschmack seiner „Lernzielreformen“: „Was nützt es uns, wenn wir im Erdkundeunterricht über Indien und Asien hören, aber über unsere Heimat nicht Bescheid wissen“.

Die Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke trat dem Abschlußredner Lothar Späth entgegen mit Transparentschildern: „Ihr Heuchler von Hei-

## Heimattage Baden-Württemberg „Von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer“

Heilbronn. Mit dem jährlich bundesweit durchgeführten „Tag der Heimat“ nehmen Vertriebenenverbandsführer und andere Politiker der Reaktion die Gelegenheit wahr, die Gebietsansprüche auf die „deutschen Ostgebiete“, staatlich gefördert, zu propagieren.

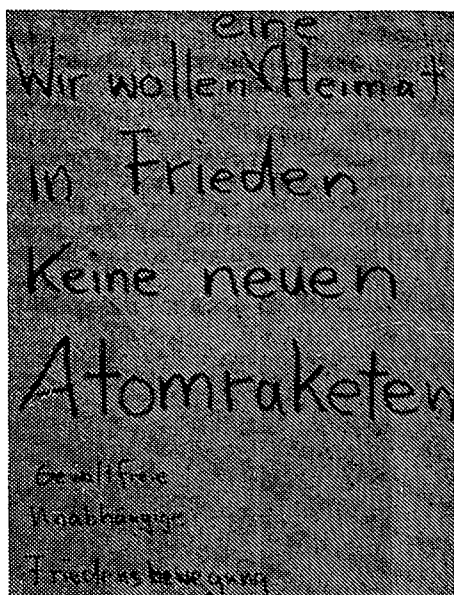
Grundlage hierfür ist – neben dem Grundgesetz selbst – das Bundesvertriebenengesetz (BGBl. I S. 1566, 1971), (§96): „Bund und Länder haben entsprechend ihrer durch das Grundgesetz gegebenen Zuständigkeit das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewußtsein der Vertriebenen und

Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten ...“.

Die baden-württembergischen Landesregierungen nahmen diese Aufgabe von Anfang an ernst: als einzige Landesverfassung enthält die baden-württembergische ein „Menschenrecht auf Heimat“. Aus der Absicht, massenhaft qualifizierte Arbeitskraft billig zugeführt zu bekommen und diese gleichzeitig als ideologische Reserve für großdeutsche Gebietsansprüche zu nutzen, wurde Baden-Württemberg neben NRW zum Hauptaufnahmeland: Über 1,5 Mio. Umsiedler aus



Leuchttafel auf der Ausstellung: „Leistung und Schicksal der Deutschen im Osten“ in Heilbronn.



Plakat gegen Heimtatte in Heilbronn

mat" und prangerte den Atomkraftwerksbau und die Daimler-Benz-Teststrecke in Boxberg an.

## Politisches Urteil Gegen Solidarität mit Volk von El Salvador

Am 13. Juli 1981 wurden 4 Personen in Stuttgart zu einer Freiheitsstrafe von 4 Monaten auf 3 Jahre Bewährung verurteilt. Den 4 Verurteilten wird vorgeworfen, gemeinschaftlich Parolen gesprüht zu haben, welche u.a. zur Solidarität mit dem Kampf des Volkes von El Salvador aufrufen und die Zusammenarbeit der USA und BRD mit der korrupten Junta in El Salvador anprangern.

Die Justiz nahm diese „Sachbeschädigung“ zum Anlaß, ein „Exempel zu statuieren“. Im Verlauf des Prozesses wurde klar, worum es der Justiz wirklich ging. Hier stand die politische Gesinnung, die hinter den Parolen vermutet wird, zur Debatte.

– Der einzige angebliche Tatzeuge war für die Gerichtsverhandlung nicht mehr auffindbar, unter der angegebenen Adresse unbekannt. Gemäß seiner Aussage bei der Polizei erhielt er eine Woche nach der Festnahme der vier Angeklagten eine Drohpostkarte mit der Anschrift „An den Herrn mit dem braunen Cockerspaniel“. Die Karte habe er leider sofort vernichtet. Fraglich bleibt, wie die Angeklagten an die Adresse dieses Zeugen gelangen konnten, der ihnen bis kurz vor der Verhandlung unbekannt war. Zudem wollte er nicht im Beisein der Angeklagten aussagen.

– Den vier wurden sämtliche nach ihrer Festnahme in der Stuttgarter Innenstadt auftauchenden Parolen angelastet (z.B. „Ficken ist schön“).

– Insgesamt kamen 28 Parolen zur Anklage, obwohl „nur“ 14 Strafanzeigen vorlagen.

– Dabei wurde die Mehrzahl der Parolen erst 4–5 Tage nach der Festnahme von der Polizei festgestellt. Die Polizei machte Geschädigte ausfindig und händigte ihnen die Vordrucke für die Strafanzeigen aus oder schickte sie ihnen zu.

– Ein beauftragter Schriftsachverständiger kam zu dem Schluß, daß sein Gutachten für eine Verurteilung nicht herangezogen werden könne.

Dem Staatsanwalt reichten diese unerschütterlichen „Beweise“ aus, ein halbes Jahr Knast ohne Bewährung zu



fordern. In der Urteilsbegründung heißt es dann: Vier Monate Knast seien für die Verteidigung der Rechtsordnung hier erforderlich, da politisch motivierte Handlungen vorlägen. Staatsanwaltschaft und Verteidigung legten Berufung ein. Der Staatsanwalt fordert eine empfindliche Freiheitsstrafe: Die Annahme des Gerichts, die vier Angeklagten würden sich künftig strafrei führen, sei in Anbetracht des ideologischen Hintergrunds der Tat als geradezu naiv zu bezeichnen. Der Berufungstermin ist Ende Oktober.

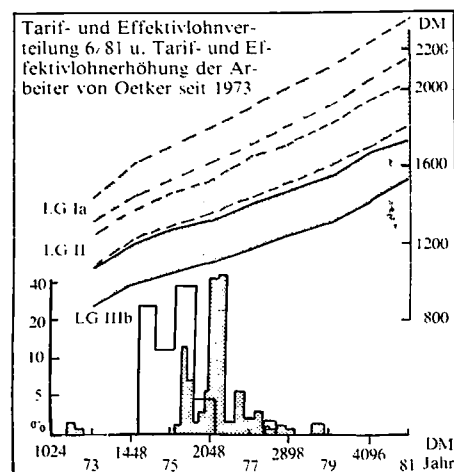
*Nieder mit der Militärjunta in El Salvador!*

*Freispruch für die vier Verurteilten!*  
Marlies Rothweiler, Stuttgart.

## Oetker Lohnentwicklung der Arbeiter seit 1973

**Bielefeld.** Die aus Anlaß der „Pension“ des Konzernchefs R.A. Oetker so hochgejubelte soziale Ader, „bescheiden in persönlichen Dingen aber großzügig zur Allgemeinheit“, läßt sich offenbar nur in große Worte kleiden. Bewertet man die Löhne im Stammwerk des Oetker-Konzerns nicht als eine persönliche Sache des Konzernchefs, so gerät diese These ins Wanken.

Die im Tarif für die Back- und Pudingpulverindustrie erkämpften Lohnerhöhungen seit 1973 sind 9,5% für 1973, 12% für 1974, 6,9% für 1975, 5,5% für 1976, 6,5% für 1977, 5,5% für 1978, 5% für 1979, 6,8% für alle, 6,9% für die Lohngruppe II und 8,1% für die Lohngruppen IIIa und b für 1980 und 5,2% für alle sowie 5,7% für die Lohngruppe IIIb 1981. Wir haben im Schaubild neben der Tarif- und Effektivlohnverteilung (gerastert) die Tarif- und Effektivlohnerhöhung (gerastert) für die Lohngruppe IIIb, unterste Frauenlohngruppe, für die Lohngruppe II, unterste Männerlohngruppe, und für die Lohngruppe Ia, die höchste Arbeiterlohngruppe, (ohne Vorarbeiter- und Meisterlöhne, die in der Lohnverteilung enthalten sind) der Fa. Dr.A.Oetker aufgetragen. Die Effektivlöhne sind in dieser Zeit prozentual weniger angehoben worden als die Tariflöhne, mit unterschiedlichen Auswirkungen auf die einzelnen Lohngruppen.



So sind nach dem relativen gewerkschaftlichen Erfolg für die Lohngruppe IIIb 1981 die Effektivlöhne um 0,4% weniger angehoben worden als der Tariflohn. Bei der Lohngruppe IIIa, der höchsten Frauenlohngruppe, ist bei einer tariflichen Erhöhung von 5,2% eine effektive Erhöhung von 4% übriggeblieben. Allerdings mußte Oetker den Arbeiterinnen in dieser Lohngruppe im Vorjahr noch Zugeständnisse wegen gewerkschaftlicher Aktivitäten im Betrieb machen.

Bei den Effektivlöhnen machen die Gruppen- und Betriebszugehörigkeitszulagen den größten Anteil aus. Sie werden im wesentlichen von der Betriebsleitung in Verhandlungen mit dem Betriebsrat bestimmt. In der Entwicklung der Auszahlung der Effektivlöhne seit 1973 läßt sich dabei feststellen, daß die Betriebsleitung nur bei gewerkschaftlichen Aktivitäten im Betrieb vor einer Kürzung zurückschreckt.

## Stillebung

### Aktionen gegen VW, VDM, Triumph-Adler

Frankfurt. Nach den 1700 VDM-Arbeitern wurde jetzt den 2700 Beschäftigten der Frankfurter Triumph-Adler Schreibmaschinenfabrik (TA) die Schließung ihres Betriebes und damit faktisch Arbeitslosigkeit mitgeteilt.

Noch vor 2½ Jahren glaubte der BRD-Superkonzern VW, sich mit dem TA-Riesen einen Goldfisch der Wachstumsbranche Elektronik geangelt zu haben. Er hoffte auf satte Gewinne und den Anschluß an die Elektroniktechnik der Profitkonkurrenten. Inzwischen sollen sich die VW-Manager beim zwei Jahre zurückliegenden Kauf vom US-Multi Litton übers Ohr gehauen fühlen. Die Maschinerie erwies sich für die moderne Elektronikproduktion als überaltert. Zuviel an konstantem Kapital wäre notwendig, um an profitablere Marktanteile zu kommen. Für die VW-Führung zwei Gründe mehr, gegenüber allen anderen BRD-Kapitalinvestitionen gerade hier die blutigsten Schnitte vorzunehmen, womit allerdings noch lange nicht über die Durchsetzung des Planes entschieden ist.

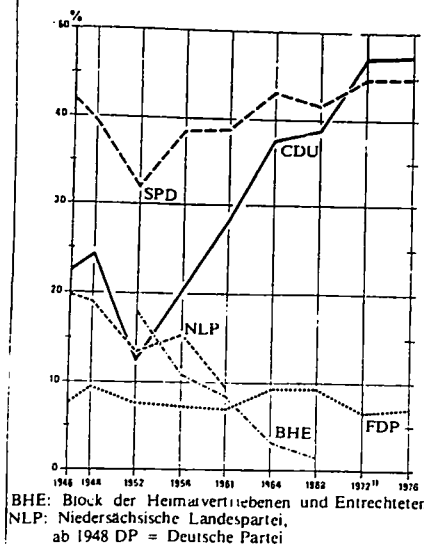
Die Arbeitslosigkeit in Frankfurt steigt nicht mehr relativ in bestimmten Bereichen (1. Quart. 80–81: Maschinenbau – 6,4, Papier – 9,0, Leder – 19,7, Glas – 11,7%), sondern erfaßt mit der Rationalisierung im Büro auch die Datenverarbeitung und Banken. Jetzt steigt sie absolut.

Die Sternmarschdemonstration der Sanierungsbetroffenen vor das Rathaus zeigte neben vielfältigen Plakatlosungen eine überraschende Geschlossenheit aller hier Arbeitenden. OB Wallmann (CDU) fürchtet nun, zu weit gegangen zu sein, als er der VW-Spitze grünes Licht zur Werksschließung signalisierte. Täglich laufende Aktionen der TA-Arbeiter, inzwischen von der IGM mit den VDM-Beschäftigten koordiniert, veranlaßten Wallmann, die Zusage für reibungslosen Ablauf zurückzunehmen. Seinen Vorschlag, den Facharbeiteranteil durch Produktionsverlagerungen weiter in Frankfurt zu beschäftigen, unterstützt die CDU im Stadtteil Gallus, wo ca. 15000 Menschen an TA gebunden sind, mit dem Ruf „Rettet die deutschen Arbeitsplätze“. VW scheint für einen Handel Arbeitsplätze gegen „Hilfen“ der Stadt bereit zu sein. Schließlich läßt das ja auch die Kassen klingeln.

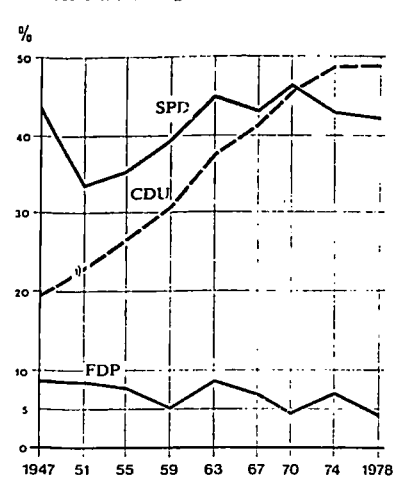
Viel geholfen hat dieser Versuchsluftballon beim Auffinden der gangbaren Spaltungslinien nicht.

Die Front gegen die Kapitalinteressen ist noch geschlossen.

Stimmenanteile der Parteien SPD, CDU, F.D.P. bei den Kommunalwahlen 1946 bis 1976



Stimmenanteile der Parteien SPD, CDU und F.D.P. bei den Landtagswahlen 1947 bis 1974



NLVwA Stat. 40/78

## Kommunalwahlen in Niedersachsen

### Mit Oertzens Kursänderung kann die SPD nur an die CDU verlieren

Hannover. Am 27. September finden in Niedersachsen Kommunalwahlen statt. Folgende Ausgangslage besteht: Bei den letzten Kommunalwahlen im Jahre 1976 erreichte die CDU 47,3%, die SPD 44,9%, die FDP 7,0% und die DKP 0,3% der Stimmen. Herausragendes Ergebnis dieser Wahlen war, daß der CDU erstmals ein Durchbruch in einigen der 10 kreisfreien Städte Niedersachsens gelang. In der VW-Arbei-

ter-Stadt Wolfsburg errang die CDU mit 49,2% der Stimmen die relative Mehrheit, in 6 weiteren kreisfreien Städten erzielte die CDU Stimmengewinne und nur in Hannover, Braunschweig und Delmenhorst mußte sie Verluste hinnehmen. Die SPD hingegen verlor in drei kreisfreien Städten ihre absolute Mehrheit und verfügt gegenwärtig nur noch in 4 kreisfreien Städten über die absolute Mehrheit. In

## Wirtschaftspolitische Forderungen

**CDU** Die CDU fordert eine langfristig angelegte und ständig fortzuschreibende Standortvorsorge. Denn: Heimische, insbesondere mittelständische Betriebe müssen in Hannover bleiben. Und sie müssen sich erweitern können. Sie dürfen nicht aus Not an geeigneten Betriebsgrundstücken in andere Gemeinden abwandern. Fremden Unternehmen, die sich für Hannover interessieren, müssen jederzeit Standortangebote gemacht werden können. Die CDU ist für eine maßvolle Steuer- und Abgabepolitik.

**SPD** – Weitere Erhöhung der Attraktivität Hannovers als Standort für Betriebe durch verstärkten Ausbau der wirtschaftsfördernden Infrastruktur. – Stärkung der Bedeutung Hannovers als internationaler Messeplatz. – Erhaltung des Flughafens als Standortfaktor für den Wirtschaftsraum Hannover ... Ausbau der städtischen Häfen

zur Verbesserung der Versorgung Hannovers mit Energie und Rohstoffen unter Abwägung der Interessen der Bürger und der ökologischen Problematik. – Entwicklung neuer Gewerbestandorte zur Sicherung der Entwicklungsmöglichkeiten der einheimischen Betriebe und zur Ansiedlung neuer Betriebe durch ein Sonderprogramm für die Erschließung von Gewerbe- und Industrie Flächen.

**FDP** Ein weit größeres Engagement der Stadt beim Ankauf von Flächen für die Ansiedlung von Gewerbe- und Industriebetrieben, um Einnahmeverbesserungen in der Gewerbesteuer und einen höheren Anteil an der Einkommenssteuer zu erreichen und neue Arbeitsplätze zu schaffen; keine Erhöhung der Gewerbesteuer, da Hannover ohnehin in der bundesdeutschen Spitzengruppe liegt und eine finanzielle Schwächung der Wirtschaft auf die Steuereinnahmen zurückschlägt.

**DKP** Die DKP tritt dafür ein, die Konzerne stärker zur Finanzierung der öffentlichen Ausgaben

28 der 48 Landkreise stellt die CDU die Mehrheit, in 20 Landkreisen wird die Mehrheit von der SPD gestellt.

In den diesjährigen Kommunalwahlen preist sich die CDU in der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover erneut als die Partei an, die Ordnung in das durch „sozialistische Experimente“ und „Vetternwirtschaft“ durcheinandergebrachte Staatswesen bringen will.

Die CDU formuliert als Kernthese: „Deshalb muß der Staat auf die Übernahme von Aufgaben verzichten, die der einzelne oder jeweils kleinere Gemeinschaften erfüllen können“ (Subsidiaritätsprinzip).

Daraus folgt für die CDU in ihrem Kommunalwahlprogramm die stärkere Förderung privater Krankenhäuser und privater Schulen, damit die Reichen nicht darunter leiden müssen, wenn die CDU das öffentliche Gesundheits- und Schulwesen verkommen läßt; daraus folgt mehr Eigentumsförderung im Wohnungsbau und weniger Staatseingriffe, die den Mieter vor dem Hausbesitzer schützen könnten. „Nulltarife“ in Museen und Stadtbibliotheken will die CDU überprüfen und die Zuschüsse für Schwimmbäder begrenzen. Zuschüsse an „förderungsunwürdige bzw. verzichtbare Einrichtungen“ sollen gestrichen werden. Unter die Streichungen sollen das UJZ Kornstraße, das UJZ Glocksee, das Kommunikationszentrum Raschplatzpavillon und das Kommunale Kino fallen. Gefördert werden soll nur noch ei-

ne *wertorientierte* verbandliche Jugendarbeit.

Die Personalkosten im öffentlichen Dienst sollen mittelfristig begrenzt werden durch Privatisierung wirtschaftlicher Aufgaben (Gebäudereinigung, Grünflächenpflege, Grabbpflege) und durch Übertragung von Aufgaben auf freie Träger und private Einrichtungen. Von den Einsparungen profitieren soll die Kapitalistenklasse: „Fremden Unternehmen ... müssen jederzeit Standortangebote gemacht werden können. Die CDU ist für eine maßvolle Steuer- und Abgabepolitik.“

Umfassende Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zwecks Befriedigung des Profit- und Konsumbedürfnisses der besitzenden Klassen ist der Inhalt des CDU-Programms.

Warum aber kann sich die CDU dennoch Hoffnungen auf Stimmengewinne zulasten der SPD machen? Entscheidend dafür ist der Kurs, den die SPD-Parteispitze in Niedersachsen verfolgen will, der von Professor Peter von Oertzen ausgearbeitet wurde und den der niedersächsische SPD-Parteitag im kommenden März als Landtagswahlprogramm beschließen soll. Kurz gesagt beinhaltet Oertzens Programm-entwurf den Abschied vom „Sozialstaats“prinzip und die Hinwendung zum christlichen Subsidiaritätsprinzip. Oertzen behauptet in seinem Thesenpapier, daß der herkömmliche sozialdemokratische Weg, soziale und politi-

sche Probleme auf dem Wege der Umverteilung zu lösen, wegen der Finanznöte des Staates nicht mehr begangen werden könne. Als Alternative verlangt Oertzen, der Staat solle die Eigeninitiative der Kräfte dieser Gesellschaft stärken. Hilfe zur Selbsthilfe sei in vielen Fällen wirkungsvoller als der unmittelbare staatliche Eingriff. Der CDU-Generalsekretär Haafengier kontierte auch sofort, nachdem der SPD eine personelle Alternative zu Ministerpräsident Albrecht fehle, biete nun auch ihr Programm keine Alternative zur Arbeit der Landesregierung.

Die grün-alternativen Wahlbündnisse und die DKP werden kaum verhindern können, daß die Stimmverluste, die die SPD aufgrund der Oertzenschen Kursänderung erleiden muß, der CDU zugute kommen, denn die SPD wird Stimmen in der Arbeiterklasse verlieren, aber gerade zur Arbeiterbewegung sind die Verbindungen der grün-alternativen Wahlbündnisse äußerst brüchig. An vielen Orten hat es der Auseinandersetzung bedurft, daß die grün-alternativen Wahlbündnisse überhaupt Forderungen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zu ihren Programmpunkten erhoben haben. Ohne Zweifel ist es gelungen, daß sich die grün-alternativen Wahlbündnisse auf viele nützliche Forderungen geeinigt haben und es hat sich auch die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen politischen Organisationen und Initiativen vielerorts verbessert.

Zum Charakter ihres Programms schreibt die Hannoveraner Grüne Alternative Bürger Liste (GABL) aber selber: „Im GABL-Programm sind ... nur die Bereiche behandelt, aus denen Leute zur GABL gekommen sind und am Programm mitgearbeitet haben“. Der Angriff der bürgerlichen Parteien konzentriert sich auf die am schlechtesten bezahlten Lohnabhängigen. Die alternativen Wahlbündnisse aber tun sich schwer, das Zurückschlagen dieses Angriffes zum Konzentrationsspunkt ihrer Politik zu machen.

heranzuziehen. Wir fordern folgende Maßnahmen, die im Entscheidungsreich der Stadt selbst liegen: 1) Die Gewerbesteuer, deren Aufkommen seit 10 Jahren stagniert, muß erhöht werden. Klein- und Mittelbetriebe sind von dieser Erhöhung auszunehmen. 2) Großkapitalistische Unternehmen sind – in Übereinstimmung mit der Niedersächsischen Gemeindeordnung – durch kommunale Abgaben an den Kosten

des öffentlichen Nahverkehrs, zur Finanzierung des Umweltschutzes, für den Bau von Kindergärten u.a. zu beteiligen.

Staatliche und kommunale Förderungsmaßnahmen für Unternehmen sind an strenge Auflagen zu binden. Sie dürfen nur gewährt werden, wenn sie nicht zur Vernichtung von Arbeitsplätzen, zur Verlagerung der Produktion oder zur Verschärfung der Arbeitshetze führen.

**GABL** Die GABL fordert eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 460 Punkte, was in etwa den Wegfall der Lohnsummensteuer bis 1984 ausgleichen würde. Mehreinnahme ca. 50 Mio. DM.

Die GABL fordert eine Erhöhung des Anteils der Gemeinden an der Einkommenssteuer auf 20%. Das bringt 100 Mio. DM jährlich für Hannover. Die GABL fordert Anteil an der Mineralölsteuer. Würde der so hoch angesetzt wie die Ausgabenbeteiligung der Stadt für die U-Bahn/Stadtbahn, so brächte das 15–20 Mio. DM jährlich.



Auf der Kundgebung mit H. Schmidt werden die Kriegsvorbereitungen der BRD-Regierung angegriffen.

## Wyhl-Prozeß Befangenheitsanträge abgelehnt

**Mannheim.** An der 3. Verhandlungsrunde im Mannheimer KKW-Wyhl-Prozeß nahmen ca. 350 Kaiserstühler Bauern teil. Vorweg wurden von den Anwälten der Klägerseite, de Witt, Beeretz und Bender, Befangenheitsanträge gegen Richter Sommer und den Vorsitzenden Richter Weidemann gestellt. Sommer, Berichterstatter im Prozeß, war im Juli 80 mit Kenntnis



seines Vorgesetzten zur Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) gefahren, um sich mit deren Gutachter Handge über den vom Gericht zu konzipierenden Beweisbeschuß zu beraten. Hierauf wurde Handge von Richter Sommer als Gutachter vorgeschlagen. Das Gericht verkündete daraufhin in einer dienstlichen Erklärung, es sei unparteiisch, schließlich habe es das Recht, sich zu informieren, auch ohne die Klägerseite wie sonst üblich über derartige Beratungen zu informieren. – Schon in der 1. Verhandlung hatte das Gericht einen Befangenheitsantrag abgelehnt, nachdem herausgekommen war, daß Richter Sommer sich mit dem Hauptgutachter Smidt in San Francisco, USA, über Fragen der Berstsicherheit abgesprochen hatte. Die anwesenden Kaiserstühler kommentierten den Prozeß mit Plakaten wie: „S'gibt Richter mit Vergangenheit, die richten mit Befangenheit“; die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen stellten in einer Presseerklärung fest, ihr Vertrauen in das Gericht sei nun endgültig zerstört. – In der Verhandlung über die Radioökologie-Gutachten wies der BGutachter Prof. Bleck-Neuhaus (Uni Bremen) nach, daß die radioaktiven Abgaben in Extremfällen erheblich über der zulässigen Dosis liegen. Handge bestritt diese Werte u.a. mit dem Argument, bei Salat konzentrierten sich die Abgaben auf die äußeren, die Pflanze umschließenden Blätter, und die „entfernen die Hausfrauen ja sowieso“. Dabei öffnen sich die meisten Salatsorten beim Reifungsprozeß auf – die Radioaktivität wird auf die gesamte Pflanzenoberfläche abgegeben. Die Betreiber-Anwälte hierzu: „Die Grundlagen der Ausführungen von Wutschig und Handge (ihrer Gutachter) sind die Summe des Sachverständnisses in der BRD.“ – Das Verfahren wird am 27./28.10. fortgesetzt. Es ist noch nicht klar, ob die erneut gestellten Beweisangebote der Kläger zur Verhandlung kommen, oder ob wie vorgesehen die Plädoyers stattfinden.

### „Starnberger Appell“ Paneuropa-Jugend wirbt für Aufrüstung

Im Juli dieses Jahres initiiert, führte der „Starnberger Appell“ der „Paneuropa-Jugend-Starnberg“ ein Schattendasein. Erst nachdem der DGB zum Antikriegstag seine Unterschriftensammlung vorgelegt hatte, verhalf die christliche Reaktion dem Manifest zur Öffentlichkeit. Strauß, der ehemalige bayerische Ministerpräsident Goppel,



„Christliche Werte verteidigen“:  
Oberstleutnant v. Ungern-Sternberg,  
Standortkommandant von München /  
Der Abt des Klosters Scheyern.

der Vorsitzende der Paneuropa-Union, v. Habsburg und Graf Stauffenberg unterschrieben; Anfang September berichtete der Bayerische Rundfunk erstmals über den Aufruf, der „Bayernkurier“ widmete ihm eine kurze Notiz.

„Im Bewußtsein der Verantwortung aller demokratischen Kräfte der Bundesrepublik Deutschland sowie Europas für unsere freiheitlichen Verfassungen und pluralistischen Gesellschaftssysteme tritt die Paneuropa-Jugend für die Verwirklichung beider Teile des NATO-Nachrüstungsbeschlusses ein. Nachrüsten – Verhandeln – ausgewogene Rüstungsreduzierung, das ist der Dreiklang, der zum Leitmotiv verantwortungsvoller europäischer Politik werden muß!“ So beginnt der Aufruf im Sinn von Strauß' „Verantwortungspazifismus“, nur übernimmt die Paneuropa-Jugend bereits die Verantwortung für ganz Europa. Im folgenden bauen die Autoren die Gefahr der „Selbstaufgabe der europäischen Demokratien“ auf und behaupten, daß, wenn es so weit komme, die Bewegung gegen die Kriegsvorbereitungen dafür verantwortlich sei. Der Aufruf endet: „Erkennen wir, daß wir für unsere Demokratie und christlichen Werte eintreten und sie verteidigen müssen, gegen die Pressionen aus dem Osten!“

Originell ist diese Art von Feindbild-Propaganda nicht, und zu bezweifeln bleibt, ob eine große Anzahl von Unterschriften zusammenkommt, was das Manifest zu einem Gegengewicht gegen den DGB- und Krefelder Appell machen könnte. Strauß scheint es auch so zu sehen. In einer Antwort an die Autoren schreibt er: „Es ist unsere Aufgabe als Verantwortungspazifisten, in der Auseinandersetzung mit allen Formen des Pazifismus geistig zu führen. Der Appell der Paneuropa-Jugend beweist, daß sie sich dieser Aufgabe bewußt ist und sich ihr stellt ...“ Im Klartext: Der gute Wille ist ja schon zu erkennen.

### Nds. Polizeigesetz Große Koalition für Todesschuß

Innenminister Möcklinghoff hat in der 1. Beratung des „Entwurfs eines Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Nds. SOG)“ am 25.10.1979 verschiedentlich auf mögliche zukünftige „polizeiliche Lagen“ hingewiesen. In diesem Zusammenhang hat er – insbesondere im Hinblick auf den „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit tödlich wirkenden Schuß“ (Todesschuß) – an die sozialdemokratische Landtagsopposition ein Koalitionsangebot zwecks Verabschiedung dieses Polizeigesetzes gemacht. Verwunderlich ist das nicht: die CDU-Landesregierung bereitet sich auf Klassenkampfsituationen vor, in denen z.B. Betriebsbelegschaften zum Mittel der vorübergehenden Festsetzung von Geschäftsleitungen oder Kapitalisten greifen müssen. Für dererlei „Geiselnahmen“ ist der Todesschuß letztlich gedacht, und es ist ganz klar, daß die christlich-soziale Reaktion den sozialdemokratischen Flügel der Arbeiter- bzw. Gewerkschaftsbewegung parlamentarisch einzubinden versuchen muß: „Ich wäre deshalb außerordentlich dankbar“, so Möcklinghoff in der Beratung, „wenn wir alles vermeiden könnten, was die Diskutanten in zwei Lager teilte, nämlich hier die Falken und dort die Tauben ... Der Rechtsstaatlichkeit ... sind wir alle zusammen verpflichtet.“

Die SPD-Sprecher (v.Oertzen, Penningdorf, Ravens) haben sich in ihren Redebeiträgen bemüht, dieses Koalitionsangebot für die demnächst anstehende Verabschiedung dieses Polizeigesetzes aufzugreifen: Selbstverständlich müsse der Rechtsstaat die notwendigen Mittel erhalten – nur, soll mans gleich so offen machen wie die niedersächsische Landesregierung, und in § 9 das „grundgesetzlich verbrieftete Recht auf Leben“ einschränken? Die Kirche sei dagegen, daß sowas im Gesetz steht und außerdem habe die CDU doch beim § 218 genau die umgekehrte Position bezogen. Und könne man sich hinsichtlich des Todesschusses (§ 53, Abs. 2) nicht darauf einigen, daß die Tötung „nur in ganz außergewöhnlichen Fällen in Kauf genommen werden muß“ – ansonsten aber dieser Paragraph das „Kampfunfähigmachen“ und „Fluchtfähigmachen“ zum Gegenstand haben solle? Man muß sich tatsächlich darauf gefaßt machen, daß diese „Einwände“ der SPD sie an der letzten Zustimmung nicht hindern werden.

## „Es wird genau registriert, welche Abschlußquote ein Vorsitzender bringt.“

„Stellen Sie sich vor, Sie arbeiten in einem Kindergarten und haben auch eine Pistole bei sich. Wie würden Sie reagieren, wenn jemand mit einem Flammenwerfer hereinkommt?“ Den Einwand des Kriegsdienstverweigerers, er würde bei der Arbeit im Kindergarten keine Pistole bei sich führen, bückte der Ausschußvorsitzende nieder: „Ich bestehe auf dieser Annahme, andernfalls ist die erste Instanz für Sie ohnehin gelaufen.“

Ein wahrer Ablehnungsgeiz ist in den bundesdeutschen Prüfungsausschüssen und -kammern für Kriegsdienstverweigerer eingezogen. Höchst-richterlich hat der Karlsruher Achter nach der Verfassungsklage der CDU 1978 den „Gewissens-TÜV“ wieder verordnet. „Einrichtung und Funktionsweise der Bundeswehr haben verfassungsrechtlichen Rang.“ Und: „Je bedeutsamer für die Allgemeinheit ... diese Gemeinschaftspflicht ist ...“, und besonders dann, wenn diese „notwendige und zunehmende Verpflichtung gegenüber der staatlichen Gemeinschaft allgemein nicht anerkannt wird“, kann auf die „Glaubhaftmachung der Gewissensnot“ nicht verzichtet werden. Ein trockener Satz hätte es auch getan: 1986 fehlen uns junge Männer; das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ist der militärischen Bedarfslage anzupassen!

Entsprechendes tut sich auch an der personellen Front; bevorzugt besetzt die Hardthöhe die Vorsitzenden der Ausschüsse mit Altbewährten und Altgedienten – in der Regel Ruhestandjuristen. Sie passen ins „wehrdienstbewußte Milieu“, heißt es. Pensionsaufstockung ca. 1500 DM. Nachdem sie einen Kursus für Gewissensprüfung an der Bundesakademie für Wehrverwaltung und Wehrtechnik absolviert haben, werden sie in aller Unabhängigkeit an die Front geschickt, bei der Bundeswehrverwaltung per jüngster interner „Vorgangsverfügung“ zum Rapport verpflichtet. Ein Dortmunder Pfarrer, Beauftragter für KDV-Seelsorge: „Es wird genau registriert, welche Abschlußquote ein Vorsitzender bringt.“

Den richtigen Blick für die Drückeberger zeichnet auch Göttingens neuen Abschlußvorsitzenden Lahme aus. Die BVG-Direktive ist dem Jugendrichter a.D. bereits nach einem ¾ Jahr Amtsgeschäft in Fleisch und Blut übergegangen. Einleitend pflegt er zu sagen: „Wir gehen grundsätzlich davon aus,

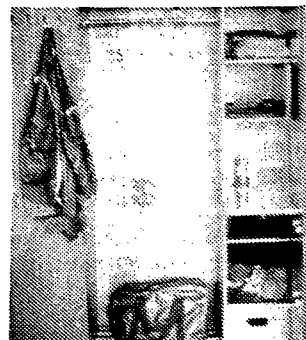
daß jeder junge Mann den Wehrdienst zu leisten hat.“ Und er fügte noch hinzu: „Wenn alle so denken wie Sie, und das wollen Sie doch, dann ist morgen die Volksarmee hier.“

Die Regeln dieser Prozedur sind geschult. Die militärische Verteidigungspflicht ist unumstößliches Verfassungsgebot; einmal auf diese Fährte genötigt, wird der Versuch des „Angeklagten“, demgegenüber den Angriffscharakter von Bundeswehr und NATO zu „beweisen“, schließlich ablehnend quittiert: „Abgesehen davon,

daß sich den von ihm zum Ausdruck gekommenen Vorstellungen niemand anschließt, ... bietet seine Gesinnung allein noch nicht die Qualifikation einer Gewissensbildung und Gewissensbindung.“ (Lahme-„Urteil“) Höchst milieuverbunden kann Lahme eine stolze Bilanz vorweisen: Die Trefferquote in der ersten Instanz stieg unter seiner Regie von ca. 20 auf 50%.

Legionen von Juristen ergehen sich in umständlichen rhetorischen Quälereien, um gegenüber dem Anspruch vieler tausend Kriegsdienstverweigerer,

### Arbeitsdienstvorstöße – hin zur „lästigen Alternative“



In der alten Segelfliegerschule „Ith“ von Hermann Göring wurde 1971 die erste von mittlerweile 7 Zivildienstschulen einquartiert. „Die Lehrgänge seien der ideale Ansatzpunkt, um den ZDLs klarzumachen, daß sie in einem Militär-Ersatz dienen.“

Am 4. Dezember 1969 forderten die Leiter der staatlichen Ersatzdienstgruppen in einer Erklärung die Einführung von zentralen Sammel- und Straflagern.

Oktober 69 bis Februar 70 – Strafkaserne Schwarmstedt bei Hannover. Geplantes Sammelager für 150 Ersatzdienstleistende (EDL), mit zwei Meter hohem Maschendrahtzaun und drei Reihen Stacheldraht umgeben. Auf Befehl, das Gelände mit vier Wachposten rund um die Uhr abzusichern, traten die EDL in einen unbefristeten Streik. Trotz Strafandrohungen, Versetzungen und Essensentzug gelang es nicht, den Streik zu zerschlagen: Schwarmstedt mußte schließen.

Am 28. Juli 70 legt Hans Iven, Bundesbeauftragter für den Zivildienst, seine Konzeption zur Neugestaltung des zivilen Ersatzdienstes vor. Erstmals tauchte die Überlegung auf, Kriegsdienstverweigerer bei

Bahn, Post und Feuerwehr einzusetzen.

Anfang 71 erfolgte dann die erste Einberufung zur Feuerwehr in Düren. Dienstverweigerung, ein bundesweiter Streik am 1.4.71 veranlaßten Iven, das Düren-Projekt fallenzulassen.

Am 15.9.71 wurde das sogenannte Gummersbacher Modell gestartet – Einsatz im „Umweltschutz“. Die EDL hatten die Privat-Waldwege eines Grafen einzuebnen und ähnliches. Nach scharfen Auseinandersetzungen wurde der „Modellversuch“ abgebrochen.

Anfang 77 wurde nun in einem Vorort von Castrop-Rauxel ein kaserneähnliches Gelände mit mehreren Gebäuden angemietet. Im Oktober 78 bewohnen offiziell 200 ZDL die „Vinckehof“-Kaserne. Der „Vinckehof“ wurde zum Modellversuch deklariert. Zehn weitere sind z.Z. in Planung.

## Bundesdelegiertenkonferenzen der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SodZDL)

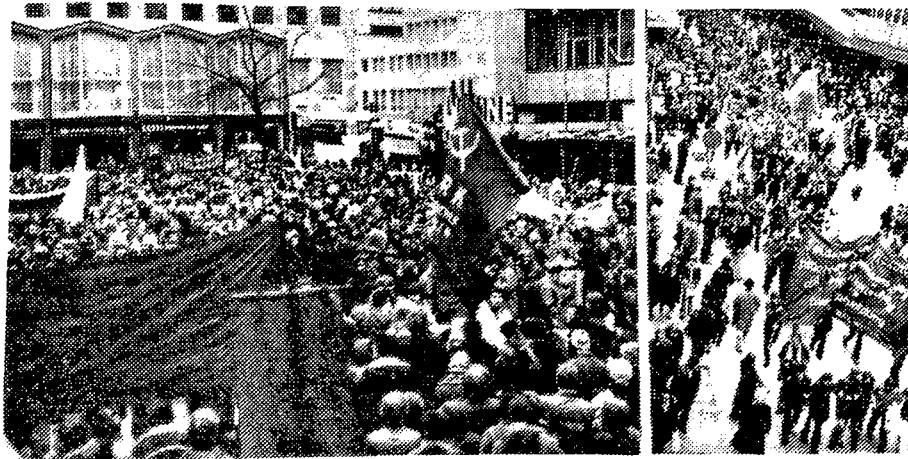
7./8. Mai 77 Bundesdelegiertenkonferenz (BuDeKo)-Resolution: Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr! „Wir erleben heute ein bisher unbekanntes Tempo des Wettrüstens der Großmächte ... Die BRD, die erst vor einigen Jahren das Parkett der Großmächte wieder bestiegen hat, besitzt bereits die stärkste europäische Armee ... Atomare Zusammenarbeit findet vor allem mit den reaktionären und faschistischen Staaten Brasilien, Südafrika und Iran statt, ... Die NATO weitet ihre ‚Zuständigkeit‘ bis nach Südafrika aus ... Die Aufgabe der antimilitaristischen und Friedenskräfte kann nur darin bestehen, die hinter einer Schwindelfassade versteckten Kriegsvorbereitungen schonungslos an die Öffentlichkeit zu bringen.“

25./26. Nov. 78 BuDeKo-Resolution. 4./III/78: Keine Wehrpflicht für Frauen! „... Mehr und mehr versucht schon wieder der westdeutsche Staat bei den weltpolitischen Konflikten sein Wörtchen mitzureden und kann sich dabei bereits heute auf die drittstärkste Armee der Welt stützen. Mehrfach schon reagierte die demokratische Öffentlichkeit im Ausland mit Sorge auf zunehmend aggressive Töne in der BRD ... Wir sind außerdem der Ansicht, daß die Wehrpflicht und die Gemeinschaftsdienstpflicht Zwangsdienste schafft, so daß ihre Ausweitung nicht etwa ‚gleiches Recht‘ sondern ‚gleiches Unrecht für alle‘ bedeutet. Dazu kommt die repressive Struktur der Bundeswehr und zunehmend auch des Zivildienstes, ... so daß wir uns fragen, wie dies der Emanzipation

der Frauen nützen soll? ... Keine Ausweitung der Wehrpflicht für Frauen! Keine Gemeinschaftsdienstpflicht! Nie wieder Arbeitsdienst! Nie wieder Krieg!“

2./III/78: „Wir lehnen die mit der Novellierung der Wehrpflichtnovelle geplanten Einführungslehrgänge wegen der Gefahr einer Militarisierung und Strukturierung des Zivildienstes entschieden und prinzipiell ab. Wir sehen in der geplanten Durchführungsweise der Einführungslehrgänge ein mögliches Instrument des Staates ... zur Vorbereitung einer generellen Verfügbarkeit der ZDL in Blickrichtung auf einen allgemeinen Arbeitsdienst.“ 5./III/78: – Ersatzlose Streichung der §§88 und 90a! Einstellung aller Verfahren gegen fortschrittliche Berichterstattung!

17./18. Mai 80 BuDeKo-Resolution: II. (Antragsmaterial) Keine Kasernierung! Freie Wahl des Einsatzplatzes! Keine Versetzung gegen den Willen der Betroffenen! Recht auf eigene Wohnung und Zahlung der vollen Miete! – Rechtliche Gleichstellung mit den Arbeitern und Angestellten! Recht auf freie gewerkschaftliche und politische Betätigung! Kein Planstellenabbau durch Einsatz von ZDL! Völlige Abschaffung der Gewissensprüfung! Jederzeitiges Verweigerungsrecht durch einfache Willenserklärung! – „Wir fordern: Einen demokratischen Friedensvertrag! BRD raus aus der NATO! Auflösung der Militärblöcke! Abzug aller fremden Truppen aus Europa!“ (mehrheitlich beschlossen).



Über 10000 Kriegsdienstgegner und Zivildienstleistende beteiligten sich an der bundesweiten Demonstration am 28.1.1978 in Dortmund. Die Demonstration war Zusammenfassung und Höhepunkt einer Aktionswoche gegen die geplante Wiedereinführung der Gewissensschikane, gegen Kasernierung und Arbeitsdienst.

ihren Antrag politisch durchzusetzen, das Nadelöhr der „echten Gewissensnot“ zu zelebrieren. „Es ist aber möglich, daß das als richtig und vernünftig Erkannte zu einem *inneren Widerhall* führt ... Dann fließt das, was ihm als richtig erscheint, aus seinen *inneren Erkenntnisquellen* ...“ (BVerwG 1968). Zu erkennen, ob sich nun dieser Flaschengeist zu Wort meldet mit seinem „unmittelbaren evidenten Gebot unbedingten Sollens“ (BVerwG-Urteil), muß purste Willkür sein. Aber ausbaufähig!

„Stellen Sie sich vor, Sie seien im Jahre 1944 polnischer Jude im Warschauer Ghetto. Hätten Sie die Beteiligung an dem Ghetto-Aufstand mit Ihrem Gewissen vereinbaren können?“ Aus Tübingen wurde bekannt, daß sich ein Schüler 3½ Stunden mit gut 25 solcher Fangfragen auseinanderzusetzen hatte. „Die Ausübung des Kampfsports Judo lasse seine Wissensnöte unglaublich erscheinen.“ In Würzburg verlegt sich der Ausschußvorsitzende Bendrien darauf, Geschichtskenntnisse abzufragen, um den „Grad der gedanklichen Auseinandersetzung ...“ zu erforschen. Bremen (siehe auch „Führerschein-Urteil“, S. 27): Ein junger Mann hatte sich auf das Tötungsverbot in der Bibel berufen und erhielt zu Antwort: „Er verkenne offenbar, daß hiermit ein unerlaubtes und somit schuldhaftes Töten gemeint ist. Das Töten im Krieg sei aber nicht in jedem Fall unerlaubt.“ Andere Beispiele gehen soweit, daß der Antragsteller nicht ‚glaubhaft‘ machen konnte, an den Folgen einer fahrlässigen Tötung „körperlich und seelisch zugrunde zu gehen.“

Ein Verfassungsrechtler namens Denninger, von der Bundesregierung 1978 als Sachverständiger geladen, erkannte das Dilemma auf seine Art: „Die ersten Christen hatten die Gewissensfreiheit, sich den Löwen vorwerfen zu lassen – aber an solchen Lösungen sind wir durch Art. 1 GG gehindert.“ Da die „Versuche, Gewissen durch Verbrennen und Galeerenstrafen zu beugen, mißglückten“ (Prof. Kriele, Bundestagshearing 78), vertraut man auf die Kombination lästiger Zivildienst und harte Bandagen bei der Gewissensprüfung. Die Prüfungskammer als zweite kostenlose Instanz soll abgeschafft werden; die Vorsitzenden sollen Stimmrecht erhalten.

Von den Kriegsdienstverweigerern und ihren Organisationen wird die Abschaffung des „Gewissens-TÜV“ gefordert. In Göttingen wurde ein Rechtshilfefonds für Kriegsdienstverweigerer eingerichtet. Die Kommunalwahlliste „AGIL“ und zahlreiche ehrenamtliche KDV-Berater verlangen die Absetzung des Justizpensionärs Lahme.

**Grundgesetz Art. 4 Abs. 3**

1949: Es gab noch keine Bundeswehr und Adenauer wollte sich im Falle der Wiederbewaffnung noch den Arm abhacken, aber das Recht auf Kriegsdienstverweigerung wurde bereits ins Grundgesetz aufgenommen: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.“

**Parlamentarischer Rat 49**

*Unter der Fahne „Vergangenheitsbewältigung“ wird zuerst die Ausnahme kreiert, ...* „Ich glaube, wir haben hinter uns einen Massenschlaf des Gewissens. In diesem Massenschlaf haben die Deutschen zu Millionen gesagt: Befehl ist Befehl und haben getötet. Dieser Absatz (Art. 4 (3) GG) kann eine große pädagogische Wirkung haben, und wir hoffen, er wird sie haben.“ (Eberhardt, SPD)

... um die Regel salonfähig zu machen. „Wir wollen, daß der Verweigerer seine nationale Verteidigungspflicht auch durch den zivilen Ersatzdienst voll und ganz erfüllt.“ (Erich Mende, FDP, zur Remilitarisierung 1956)

**Wehrstrukturkommission 1970**

„Die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht würde 1. ein höheres Maß von Wehr- und Dienstgerechtigkeit schaffen, 2. Ersatzpläne für Kriegsdienstverweigerer größeren Umfangs bereitstellen, 3. die Bildung einer dem Heimatschutz dienenden Territorialarmee erleichtern, 4. im Verteidigungs- und Spannungsfall einsatzfähige Kräfte ... bereitstellen.“

**Wehrpflichtnovelle 1977**

„Denn mit dieser Neuregelung (Aussetzung der Gewissensprüfung) wird die Zahl der Dienstleistenden im ganzen nicht kleiner, sondern größer. Wenn wir Wehrdienst und Zivildienst addieren, werden wir deshalb ... im ganzen viel mehr Dienst für den Staat bekommen als bisher.“ (Leber, 27.5.77)

§ 25a Abs. 2: „Wenn und solange die Zahl der verfügbaren Wehrpflichtigen nicht ausreicht, die Erfüllung des Verteidigungsauftrags der Streitkräfte sicherzustellen, wird durch Rechtsverordnung der

Bundesregierung die Überprüfung (des Gewissens) angeordnet.“

**Dienstpflichtgesetzentwurf CDU 1976**

„Auf das Prüfungsverfahren kann immer dann verzichtet werden, wenn nach der Bedarfslage eine Einberufung zum Dienst in der Bundeswehr oder im Bundesgrenzschutz nicht möglich ist.“ (aus der Begründung)

**Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetz (1980)**

§ 6: Die Prüfungskammer als kostenlose Revisionsinstanz gegenüber dem Prüfungsausschuß soll gestrichen werden. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses (vom Verteidigungsministerium eingesetzt) erhält Stimmrecht; statt drei soll es dann nur noch zwei Beisitzer geben.

§ 19a, bedarfsgerechte Einberufung: „Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung stellt durch die Einberufungsordnung sicher, daß in jedem Bundesland so viele Dienstpflichtige einberufen werden, wie dem Verhältnis von Einwohnern und Dienstpflichtigen im Bundesgebiet entspricht. (überregionaler Ausgleich)“ Das bedeutet den weiteren Ausbau der heimatfernen Einberufung.

§ 31: „Der Dienstleistende ist verpflichtet, in einer dienstlichen Unterkunft zu wohnen und an einer Gemeinschaftsverpflegung teilzunehmen.“

**Apel: 20 Monate Zivildienst**

Dafür dann Streichung der Gewissensprüfung. Denn: „Man kann dann sehr wohl sagen, die Entscheidung für den Zivildienst ist eine Entscheidung des Gewissens, weil man dann eine echte Erschwerung auf sich nimmt.“ (Juli 80)

**... Immer vaterländisch**

Das Verwaltungsgericht Bremen verlangt jetzt die Abgabe des Führerscheins als Vorbedingung für die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer. Aus dem Urteil: „... hätte er sich für die einzig naheliegende Konsequenz entschieden, nämlich zukünftig auf das Autofahren zu verzichten. Seine mangelnde Bereitschaft hierzu macht seine verbalen Bekenntnisse jedoch unglaublich.“ (März 1981)

Im März 1977 fand der Gesetzentwurf der SPD/FDP-Regierung, der eine zeitweilige Aussetzung des Prüfungsverfahrens vorsah, eine parlamentarische Mehrheit. Die CDU/CSU klagte beim Bundesverfassungsgericht. Das BVG erklärte für Recht:

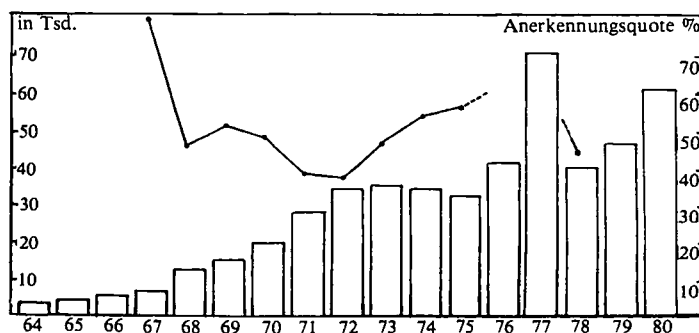
„Je bedeutsamer für die Allgemeinheit und belastender für den Einzelnen jedoch die Gemeinschaftspflicht ist, mit der die vorgelegene individuelle Gewissensentscheidung in Konflikt gerät, umso weniger kann der die Erfüllung einer Pflicht für die Gemeinschaft fordernde Staat darauf verzichten, im Rahmen des Möglichen die in Anspruch genommene Gewissensposition festzustellen. (...) Dies wird besonders deutlich, wenn die Leistung des Wehrdienstes mit der Waffe – aus welchen Gründen auch immer – nicht als notwendige oder hinzunehmende Verpflichtung gegenüber der staatlichen Gemeinschaft allgemein anerkannt wird.“ Damit ist die Wiedereinführung der Gewissensprüfung aus der Aktualität der Kriegsvorbereitung (sprich: Verteidigungspflicht) heraus begründet.

Während formal lediglich mit dem Urteil der „alte Zustand“ wiederhergestellt wurde, sind in der Begründung inhaltlich entscheidende Weichen gestellt, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung weiter einzuschränken:

„Der Verfassungsgeber hat zugleich eine verfassungsrechtliche Grundentscheidung für die militärische Landesverteidigung getroffen. Einrichtung und Funktionsfähigkeit der Bundeswehr haben verfassungsrechtlichen Rang.“

Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung wird dabei auf einen „Kerngehalt“ reduziert, der lediglich erlaubt, daß der „Kriegsdienstverweigerer vor dem Zwang zu bewahren sei, in einer Kriegshandlung einen anderen töten zu müssen, wenn ihm sein Gewissen eine Tötung grundsätzlich und ausnahmslos verbiete.“ Die Ableistung von Wehrdienst in Friedenszeiten falle nicht schlechthin in den Kernbereich des Grundgesetzes.

Stattdessen empfehlen die Richter den paramilitärischen Ausbau des Zivildienstes zu einer „lästigen“ Ersatzpflicht, die gegebenenfalls bei einer entsprechenden Ausgestaltung auch ein Prüfungsverfahren ersetzen könnte: „Hierzu gehören insbesondere die vom quantitativen Ausbau des Dienstes abhängige Gewißheit, die Art der zu erfüllenden Aufgaben und die tatsächliche und rechtliche Ausgestaltung der Dienstverhältnisse... Außer der Pflicht, Waffendienst zu leisten, kann er (der Gesetzgeber) alle Pflichten und Belastungen, welche die Wehrdienstleistenden treffen, in gleichem Maße auch den Zivildienstleistenden auferlegen. So kommt etwa in Betracht, den Zivildienst bis auf 24 Monate zu verlängern.“

**Anträge auf Kriegsdienstverweigerung**

1977 kam es aufgrund der vorübergehenden Aussetzung der Gewissensprüfung zu einem starken Anstieg der KDV-Anträge.

**KDV-Anteil am Musterungsjahrgang**

1965 – 1967	= 1,3 – 1,5 %
1968 – 1970	= 2,1 – 3,0 %
1971 – 1973	= 3,5 – 3,9 %
1974	= 8,7 %
1975	= 8,0 %
1976	= 9,6 %
1977	= 18,0 %
1978	= 13,0 %

**Regionale Unterschiede bei der Anerkennung (1978)**

Wehrbereiche:	
I (HH, Schleswig H.)	79,4 %
II (HB, Nieders.)	65,0 %
III (NRW)	70,2 %
IV (Saarl., Rheinl. Pfalz, Hessen)	69,7 %
V (Baden-Württemb)	78,3 %
VI (Bayern)	67,3 %

## UNO-Konferenz über die 31 ärmsten Länder

Die Ergebnisse der ersten UNO-Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder, die in der ersten Septemberhälfte in Paris tagte, bleiben weit hinter den Forderungen der Dritten Welt zurück. 31 Länder (21 afrikanische, acht asiatische, Haiti und Samoa) gehören zu dieser Gruppe. Die Länder der Dritten Welt hatten eine Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe der Imperialisten an diese Ländergruppe von jetzt 0,06% des Bruttosozialprodukts auf 0,15% bis 1985 und 0,20% bis 1990 gefordert. Während die US-Imperialisten und Japan quantitative Festlegungen überhaupt ablehnten, ließen sich die EG-Imperialisten – auf Betreiben der BRD und Englands – auf keinen konkreten Zeitplan verpflichten. Die schließlich beschlossenen Maßnahmen sind so unverbindlich, daß sie – so das Schlußdokument – „bis 1985 wahrscheinlich“ nur zu einer Verdoppelung der (nominalen) Entwicklungshilfe führen. Das kann bestenfalls die weitere Verelendung dieser 31 Länder verlangsamen. Die Halsstarrig-

## Norwegen: Konservative Regierung

Zum erstenmal seit 53 Jahren bildet in Norwegen die Konservative Partei die Regierung. In den Parlamentswahlen verlor die Norwegische Arbeiterpartei sieben Sitze. Die meisten Stimmen, 7% mehr als vor vier Jahren, erhielt die Konservative Partei; zusammen mit der Christlichen Volkspartei und der Zentrums- (Bauern-)partei hat sie die Parlamentsmehrheit. Koalitionsverhandlungen, die ihr Vorsitzender Kaare Willoch (Bild) mit beiden führte, scheiterten, weil die Christliche Volkspartei, die lutherische Grundsätze in die



Politik einführen will, auf der Abschaffung der offiziellen Möglichkeit zur Abtreibung bestand. Willoch ist sich jedoch der Unterstützung dieser Parteien in wirtschafts- und

keit der Imperialisten läßt für den Nord-Süd-Gipfel nichts Gutes erwarten.

## US-Militär „hilfe“ – Pakistans Schulden

Pakistan und die US-Regierung haben eine Vereinbarung getroffen, daß die USA für einen 3,2 Mrd. Dollar-Kredit innerhalb der nächsten fünf Jahre Waffen und wirtschaftliche Hilfe liefern. (Pakistans Aus-

landsschulden betrugen schon Ende 1979 insgesamt 7,9 Mrd. \$.) Vereinbart wurde weiter, daß 40 Flugzeuge vom Typ F16 geliefert werden, davon sechs ab sofort innerhalb eines Jahres. Nachdem Pakistan 1979 aus dem CENTO-Pakt ausgetreten war und sich der Blockfreienbewegung angeschlossen hatte, sperrten die USA jegliche Hilfe und griffen Pakistan wegen des Baus von Atomkraftwerken an. Pakistan

außenpolitischen Fragen sicher. Er wird die seit der Erschließung bedeutender Öllquellen betriebene Umstrukturierung und Rationalisierung in der norwegischen Industrie forcieren. Teil seines Regierungsprogramms ist, den Ruf Norwegens als eines schwierigen NATO-Partners zu beseitigen. Unter der sozialdemokratischen Regierung war dank der Stärke der Gewerkschaften die Stationierung von Atomwaffen auf norwegischem Gebiet verhindert worden. Lager für andere NATO-Waffen waren nicht, wie von den USA gewünscht, an der Grenze zur UdSSR, sondern im Landesinneren eingerichtet worden.

lehnt die Stationierung von US-Truppen und eine formelle Sicherheitsbindung an die USA ab.

## Nicaragua: Notstand ausgerufen

Am 9. September hat die nicaraguanische Regierungsjunta den „wirtschaftlichen und sozialen Notstand“ ausgerufen. Veröffentlichung falscher Wirtschaftsnachrichten und Preiserhöhungen ohne Regierungsgenehmigung sind künftig ebenso mit drei Jahren Gefängnis bedroht wie Streiks, Land- und Fabrikbesetzungen. Aber wie soll die konterrevolutionäre Wirtschaftssabotage der Imperialisten gestoppt und eine unabhängige Wirtschaft aufgebaut werden, wenn nicht durch freie Entfaltung des Klassenkampfes der Arbeiter und Bauern?

## Costa Rica: Banken sperren Kredit

Die Regierung von Costa Rica, Nachbarland von Nicaragua und Panama, kann die Auslandsschulden nicht mehr tilgen. Mit 300 Mio. \$ ist sie im Rückstand. Fallende Kaffee- und steigende Ölpreise haben die Schulden auf 2,4 Mrd. \$ getrieben (Gesamtexport 79: 923 Mio. \$). Am 24.9. sind erste Umschuldungsverhandlungen. Aber die US-Banken, von denen eine offiziell das Finanzministerium beaufsichtigt, haben vorerst jeden Kredit gesperrt bis zu den Wahlen 82. Schon im Sommer hatte die Regierung für einen IWF-Kredit ihre Wirtschaftspolitik ändern müssen.

## Ägypten: Forderungen der Nationalen Koalition gegen das Sadat-Regime

Die jüngsten Massenverhaftungen (Zahlenangaben schwanken zwischen 1400 und 5000) richten sich nicht, wie Sadat behauptet, gegen religiösen Zwist, sondern gegen die politische Einigung der Volkskräfte. Die israelischen Bombenangriffe auf Bagdad und Beirut hatten bis in die Parla-

mentsfraktion der Regierungspartei hinein den Ruf nach Abbruch der Beziehungen mit Israel laut werden lassen. Erstmals fand sich die bisher zerklüftete Opposition zu gemeinsamem Vorgehen zusammen. Rund 100 Persönlichkeiten verschiedener politischer Richtung – Nasseristen, Liberale,

ehemalige Mitarbeiter Sadats, Moslembrüder u.a. – begannen unter dem Namen „Nationale Koalition“ eine Unterschriftensammlung für die Forderungen: „1. Erklärung des Scheiterns der Camp-David-Vereinbarungen, Einfrierung des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags und Abbruch aller Beziehungen mit Israel; 2. Bildung einer Regierung der nationalen Einheit, die alle Parteien und politischen Strömungen Ägyptens umfaßt, in Erwägung der Tatsache, daß das Land mit einer nationalen Krise konfrontiert ist; 3. die neue Regierung nimmt den Dialog mit der arabischen Welt auf, um eine neue Strategie gegen Israel und seine feindlichen Aktionen festzulegen; 4. Versuch, die nationale Wirtschaft vor dem Zusammenbruch zu retten, der sich in ungeheurer Teuerung und Verschärfung der Lebensbedingungen des Volkes äußert, durch Maßnahmen zur Aktivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den arabischen Staaten.“



Kairo: Polizei geht gegen Demonstranten vor



## Erste Ergebnisse des Landeskongresses der Gewerkschaft „Solidarität“

Zu Beginn des ersten Teiles ihres landesweiten Kongresses befaßten sich die 900 Delegierten der Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaft Solidarität mit Fragen ihrer eigenen Verfassung sowie mit der Wirtschaftsreform und der Selbstverwaltung der Betriebe. Bezüglich des Statuts sind schon Entscheidungen gefallen. Die zentrale Körperschaft soll weiterhin beschlußfassende und ausführende Kompetenzen haben. Die Vorsitzenden der Regionalverbände können gleichzeitig in die zentrale Vertretung gewählt werden.

Zur selben Zeit arbeiteten zwei Sejmausschüsse, zu deren Beratungen die Gewerkschaft Zutritt hatte, neue Entwürfe zu Gesetzen über die Stellung der Betriebe und die Selbstverwaltung aus. Das Zentralkomitee der PVAP tagte ebenfalls zu diesen beiden Fragen.

Der Kongreß verabschiedete eine Resolution, die den Charakter eines Appells an den Sejm, das polnische Parlament hat, eine Volksabstimmung über die Bildung von Arbeiterräten zur Selbstverwaltung der Betriebe durchzuführen. Sollte der Sejm keine ausreichenden Änderungen der Gesetzentwürfe vorlegen, will die Gewerkschaft die Gesetze boykottieren und selber eine Abstimmung in den Betrieben durchführen. Erreicht hat die Gewerkschaft, daß dem Sejm mehrere Alternativen vorliegen werden, die alle zeigen, daß die Führung der PVAP von ihrem Plan, die Direktoren wie bisher einzusetzen, abzugehen gezwungen ist

und in jedem Fall die Zustimmung des Belegschaftsrates erforderlich sein soll. In dieser Frage erschöpft sich jedoch nicht das Konzept der Gewerkschaft. Sie will, daß die Betriebe kollektives Eigentum der Belegschaft sind. Damit tritt sie der Version der PVAP-Führung entgegen, das staatliche Eigentum sei gesellschaftliches Eigentum, wogegen eine Belegschaft nur eine Gruppe sei. Mit der Fortsetzung ihres Kongresses am 26.9., in derselben Woche, in der der Sejm beschließen soll, hat sich die Gewerkschaft die Möglichkeit offengehalten, weiteren Einfluß auf die Verhandlung des Sejms zu nehmen und mit der Autorität des Kongresses sich abschließend dazu zu äußern.

Neben der allgemeinen Feststellung, daß die Wirtschaftsreform mitsamt der Preisreform so schnell wie möglich durchgeführt werden müsse, hat die Gewerkschaft Beschlüsse im einzelnen gefaßt, die zeigen, daß sie mit einer eigenen Forschungsarbeit zur Beseitigung der Widersprüche zwischen Stadt und Land begonnen hat. Der Landesverständigungsausschuß billigte die Ergebnisse einer Tagung von Experten und schlug dem Kongreß sieben ausgearbeitete Punkte zur Beschlußfassung vor.

In der Frage der Produktionsmittel wurde beschlossen, daß eine beharrliche Umstellung der Arbeit in der Industrie zum Nutzen der Landwirtschaft unumgänglich ist. Der Teil der Produktion des Maschinenbaus, der für die Landwirtschaft bestimmt ist, soll von zur Zeit drei Prozent auf zwölf

Prozent gehoben werden. Zum Verhältnis der Einkommen in der Stadt und auf dem Land stellten die Delegierten fest, daß in Erwägung der längeren Arbeitszeit und der schwereren Lebensbedingungen auf dem Land die Einkommen dort höher sein müßten als in der Stadt. Die Aufkaufpreise, die einmal im Quartal durch Verhandlungen festgelegt werden sollen, sollen schrittweise angehoben werden und so höhere Einkommen garantieren als auch die Rentabilität sichern. Weiter sprachen sich die Delegierten dafür aus, daß im Falle der Hebung der Fleischproduktion die Aufkaufpreise auf 120 Zloty pro Kilogramm erhöht werden sollen. Der Preis für Milch soll dagegen das ganze Jahr über auf dem Niveau von 14 Zloty pro Liter gehalten werden. Die Landesverständigungskommission sprach sich gegen direkten Austausch aus, da dies die Form der Pflichtabgaben sei und nicht dazu führe, daß die Bauern über Bargeld verfügen. Maximalpreise für landwirtschaftliche Produkte sollen ebenfalls durch Verhandlungen zustandekommen.

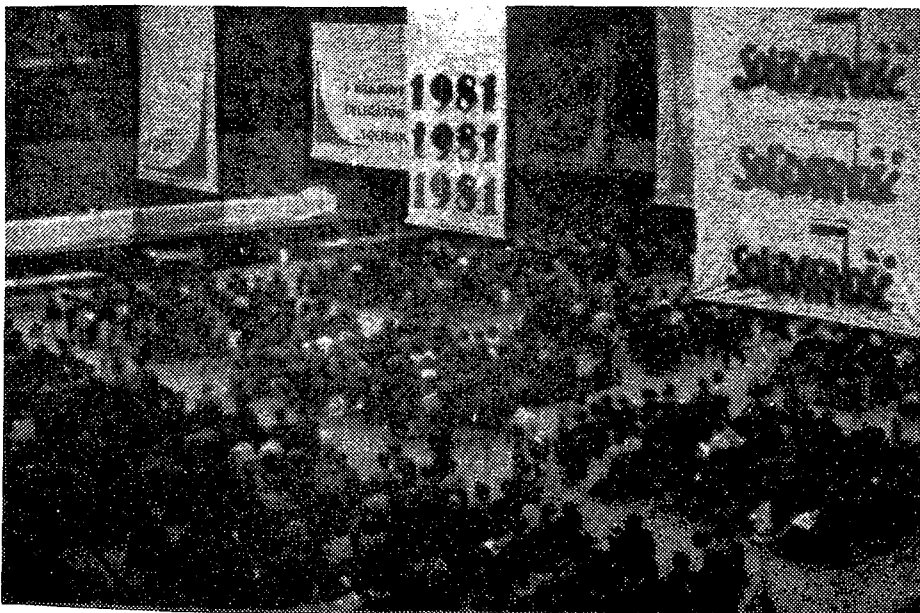
Zur Verabschiedung von Resolutionen und Verlängerung des Kongresses um zwei Tage hatte sich die Gewerkschaft angesichts der zunehmenden Angriffe von Regierungsseite entschlossen.

### DDR

## Ausdehnung der Schichtarbeit

In der Direktive zum neuen Fünfjahresplan, die auf dem X. Parteitag der SED im April beschlossen wurde, ist unter anderen Plandaten festgehalten, die zeitliche Auslastung wichtiger Produktionsausrüstungen bis 1985 auf 16 bis 17 Stunden pro Kalendertag zu erhöhen. Jetzt berichtet „Neues Deutschland“ über die praktische Umsetzung. Eine Leseprobe: „Für das Fahrzeug- und Jagdwaffenwerk ‚Ernst Thälmann‘ sieht die staatliche Auflage 12,5 Stunden pro Kalendertag vor, wir blieben in den ersten sechs Monaten in dieser Position in den roten Zahlen. Unser Kollektiv der Automattendreherei hat sich wiederholt damit befaßt und war vor Monaten zur Arbeit in drei Schichten übergegangen. Dann aber gab es wieder eine Flaute. Die Maschinen ruhten erneut etwa ein Drittel des Tages. Maschinen, schlaf‘ aber ist verschenkte Produktivität! Nach ernsthaften Debatten ist nun seit zwei Wochen die dritte Schicht wieder besetzt, so daß wir jetzt bei 18,3 Stunden Ausnutzung liegen.“

1965 lag die zeitliche Ausnutzung hochproduktiver Maschinen in der Industrie bei 11,2h, 1976 bei 14,7h und



Eröffnung des 1. Landeskongresses der Gewerkschaft „Solidarität“

im ersten Halbjahr 1981 bei 15,1h. Damit einher geht die Ausdehnung der Schichtarbeit. 1972 arbeiteten 59% der Industriearbeiter einschichtig, 15% zwei- und 26% dreischichtig. Nach den jüngsten Daten für 1979 arbeiten 57,8% ein-, 13,6% zwei- und 28,6% dreischichtig. Nun gibt es sicher technische Gründe, daß für die Versorgung der Bevölkerung mit Elektrizität oder Wasser Schicht- und Nacharbeit notwendig sind. Für den Abbau von Braunkohle aber oder die Textilproduktion – auch Frauen arbeiten dort in drei Schichten – gibt es diese Gründe nicht.

Wie rechtfertigt die revisionistische Theorie und Propaganda die angebliche Notwendigkeit der Schichtarbeit? Einige Titel in wissenschaftlichen Zeitschriften geben eine erste Auskunft: „Schichtarbeit – Gebot wirtschaftlicher Vernunft“, „Elf-Stunden-Tag ist für Maschinen viel zu kurz“, „Altern Schichtarbeiter schneller? Gedanken zu einem vorrangig ideologischen Problem“. Das Strickmuster heißt, was der Gesellschaft nützt, nützt jedem einzelnen. „Die Ausnutzung des Gesetzes der Ökonomie der Zeit durch die Anwendung der Mehrschichtarbeit erhöht das Nationaleinkommen der gesamten Gesellschaft und vergrößert auf diese Weise den Reichtum aller Gesellschaftsmitglieder.“ (Schichtarbeit in soziologischer Sicht, 1974). Den Widerständen der Arbeiter gegen Mehrschichtarbeit sucht der Staatsapparat mit allerlei Maßnahmen zu begegnen. Für Schichtarbeiter in der DDR gibt es mehr Urlaub, verkürzte Arbeitszeit, bevorzugte Zuweisung von Wohnraum und verbilligte Ferienplätze, höhere Prämien.

## USA-Mexiko Mexiko-Öl für US-Rohstoffreserve?

Ab 1.7. stoppte der US-Konzern Exxon, größter Kunde für mexikanisches Erdöl, den Bezug von 175000 Barrel Öl pro Tag, um Mexiko zu einer Senkung des Ölpreises zu zwingen. Der Ölexport des Landes fiel in dem Monat auf 700000 gegenüber 1,3 Mio. Barrel täglich im Mai. Als Mexiko darauf den japanischen Imperialisten größere Öllieferungen anbot, winkten die kühl ab. Nur durch die Drohung des mexikanischen Staatschefs Portillo, künftig die Handelsbeziehungen zu reduzieren, konnte der französische Staatskonzern CFP gezwungen werden, weiter Öl zu alten Preisen abzunehmen.

Die US-Imperialisten, an die fast 80% der Ölexporte (1980) und 70% aller mexikanischen Exporte gehen und

die damit faktisch Mexikos Außenhandel monopolisieren, hatten die Erpressung eingeleitet, um nicht nur billiger an das Öl zu kommen, sondern den Zugriff auf Mexikos Ölförderung und seine Volkswirtschaft noch zu verstärken.

Bislang hatte die mexikanische Regierung daran festgehalten, Ölförderung und -export auf dem gegenwärtigen Niveau einzufrieren, die Lieferungen von Öl und Gas in die USA nicht zu steigern, insgesamt die wirtschaftli-



Ölarbeiter auf dem Ölfeld von Tabasco. Kehrseite des Ölbooms ist die Vernichtung der Subsistenzwirtschaft.

che Abhängigkeit von den USA zu lockern, die anderen Wirtschaftszweige forciert zu entwickeln und so die Abhängigkeit vom Öl abzubauen, das 70% der Exporteinnahmen liefert. Deshalb zeigte Mexiko bisher auch Reagans Werben für eine „Nordamerikanische Gemeinschaft“, in der die US-Monopole freie Bahn in Mexiko und Kanada hätten, die kalte Schulter. Gefährdet war dieser Kurs jedoch durch Mexikos Auslandsverschuldung, die für Ende 81 mit 58 Mrd. \$ prognostiziert war und aufgrund fallender Ölpreise und sinkender Öleinnahmen noch mehr explodieren dürfte.

Nach einer Mitteilung des US-Energieministeriums, veröffentlicht in der „Financial Times“ vom 22.8., hat Mexiko inzwischen in einem 5-Jahres-Vertrag Öllieferungen für die strategische Rohstoffreserve zustimmen müssen. Der Lieferpreis wird alle drei Monate verhandelt; der aktuelle Preis soll 3 \$ unter OPEC-Preis liegen. Verschiedene OPEC-Länder haben gegen den Vertrag protestiert.

Damit scheint die US-Erpressung aufgegangen. Reagan hatte mit dem Vertrag das Angebot verbunden, 50000 Mexikanern eine zweijährige Arbeitserlaubnis in den USA zu erteilen – eine Demütigung Mexikos und der US-Arbeiterbewegung angesichts der Tatsache, daß ca. 4–6 Mio. Mexikaner nach US-Gesetzen als Illegale arbeiten müssen.

## Portugal Kapitalisten liefern Regierungsprogramm

Am 4. September vereidigte der portugiesische Staatspräsident Eanes zum zweitenmal seit 1979 eine von Balsemao geführte bürgerliche Koalitionsregierung, nachdem dieser im August zurückgetreten war. Dieselben Parteien wie bisher sind an der Regierung beteiligt. Die Soziale Demokratische Partei Portugals (früher Demokratische Volkspartei) stellt acht Minister, das Demokratisch-Soziale Zentrum fünf, und je ein Ministerposten entfällt auf die Volksmonarchisten und einen Unabhängigen, der Außenminister bleibt. Die Regierungsneubildung ist dennoch zu Veränderungen benutzt worden, die die Erfüllung der Anforderungen, die die EG-Imperialisten an die wirtschaftlichen Verhältnisse in Portugal stellen, beschleunigen sollen. An der Spitze der Regierung sind Funktionen geschaffen worden, die die Abstimmung der bürgerlichen Parteien untereinander und ihre gemeinsame Durchsetzung des Regierungsprogramms gegen die besitzlosen Klassen erleichtern sollen. Neben den Ministerpräsidenten treten ein ihm beigeordneter Staatssekretär, ein Vize-ministerpräsident und drei weitere Staatssekretäre mit eigenen Stäben. Einer von ihnen kontrolliert alle Ministerien im Wirtschaftsbereich und leitet gleichzeitig das Ministerium für Finanzen, Planung und europäische Integration.

Der Kapitalistenverband hat die Vorlage für das Regierungsprogramm geliefert, indem er seine Forderungen in einem Zehn-Punkte-Programm zusammengefaßt hat. Er setzt die Regierung in Marsch durch die Erklärung, er könne den EG-Beitritt, der 1984 stattfinden soll, nicht vollziehen, wenn nicht im Inneren die Bedingungen dafür, daß sich die portugiesischen Kapitalisten gegen die Konkurrenz in der EG halten können, geschaffen werden. Verlangt wird die „Befreiung der Verfassung von programmatischen Vorschriften kollektivistischer und bürokratischer Ausrichtung“. Stattdessen soll darin die „Anpassung der wirtschaftlichen und sozialen Grundordnung an das Marktprinzip“ abgesichert werden. Das bedeutet, daß in der Revolution erkämpfte Rechte wie Bildung von Räten, das insbesondere für die Streitkräfte gilt, beseitigt werden sollen.

Der andere Hauptpunkt ist die Revidierung der Landreform, deren Ziele die Masse der Bauern und Landarbeiter mit der Revolution von 1974 verfolgt hatte. Die Kapitalisten verlangen für 600000 Personen höhere Entschä-

digungen für Enteignung und Verstaatlichung. Schon 1977 war eine Entschädigungsregelung durchgesetzt worden, jetzt will die Bourgeoisie durch Neubewertung nachfassen und Geld in ihren Händen sammeln, das sie entweder zum erneuten Zusammenbringen von Latifundien nach Vertreibung der Bauern verwenden kann oder für Investitionen, etwa in den Bereichen, die sie wieder für den privaten Betrieb erobern will. Eine ihrer Forderungen ist die Rückgängigmachung der Verstaatlichungen im Bereich von Banken, Versicherungen und Transportwesen.

Balsemao kommt den Kapitalisten auch durch die Reform der Arbeitsgesetzgebung und Sparpläne entgegen, durch die die Staatsverschuldung reduziert und die Inflation, derzeit 20%, gedämpft werden soll. Mit diesem Programm hofft er auch in den anstehenden Verhandlungen mit dem IWF neue Kredite zu erhalten.

## USA

### AFL/CIO-Demonstration gegen Regierung

Washington, 19. September: 400 000 demonstrieren gegen das Wirtschafts- und Sozialprogramm der Reaganregierung. Aufgerufen zum Sternmarsch nach Washington hat der AFL/CIO, der große amerikanische Gewerkschaftsbund mit über 15 Millionen Mitgliedern. Die Organisationen der Afroamerikaner und der anderen Minderheiten, Organisationen der Rentner, der Frauenrechtsbewegung und Bürgerrechtsvereinigungen beteiligen sich. Auf der Kundgebung erklärt der Vorsitzende der Automobilarbeitergewerkschaft: „Wir lehnen die Regierung ab: eine Regierung der Reichen für die Reichen.“ Ohne Beispiel ist diese Demonstration in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung, was die Größe anbetrifft und die Breite der

Interessenvertretungen, die hier zusammen mit der Kraft der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung ihren Protest organisieren. Bisher hat der AFL/CIO nie öffentliche Protestdemonstrationen auf der Straße gegen irgendwelche Regierungen begünstigt oder gar selbst organisiert. Die Demonstration stärkt die Gewerkschaftsbewegung und straft Reagan Lügen, der noch im Februar sich erdreistete: Der AFL/CIO wäre eine Handvoll von Generälen ohne Armee. Die organisierte Arbeiterbewegung ist auf dem Weg, sich zum Zentrum der verschiedenen fortschrittlichen Bewegungen im amerikanischen Volk herauszubilden. Auf zahlreichen Schildern ist der Vorschlag zu lesen, diese gewerkschaftliche Kraft in eine politische Kraft umzuwandeln, in eine politische Partei.

AFL/CIO-Vorsitzender Kirkland: „Wir stehen jetzt in vorderster Linie, und wir werden nicht mehr weichen und uns verstecken, und wir haben nicht vor, auf besseres Wetter zu warten.“

Präsident Reagan hat sich übers Wochenende aus Washington zurückgezogen. Er läßt mitteilen, „daß der wahre Feind der arbeitenden Männer und Frauen eine kranke Wirtschaft ist. Er wisse, daß die Medizin kaum süß ist.“ Ein Schild der Demonstranten: „Ein weekend Reagans kostet soviel wie 65 000 der Schulmahlzeiten, die der Präsident gestrichen hat.“ Der Präsident der Farbigenvereinigung NAACP stellt fest: „Wir sagen denen, die 1 000-Dollar-Schuhe tragen, während unsere Kinder keine Schuhe haben: Nein, wir werden das nicht hinnehmen!“

Worauf zielen die Maßnahmen der Reagan-Regierung? Der AFL/CIO-Vorsitzende faßt zusammen, Reagan wolle jedes Gesetz und jedes Programm, das die Gewerkschaften in den letzten 40 Jahren durchgesetzt hätten, beseitigen: „Das ist ökonomischer Darwinismus – das Überleben der Reichsten.“ 33 Mrd. \$ will die Reagan-Regierung bei den sozialen Program-

men im Haushaltsjahr 1981–82, das am 1. Oktober beginnt, kürzen.

Eine weitere Kürzung um 16 Mrd. Dollar für 1981–82 bei den Sozialprogrammen plant die US-Regierung.

Auf Transparenten und Plakaten fordern die Demonstranten: „Schluß mit den Kriegsvorbereitungen“ und wenden sich gegen die Unterstützung der reaktionären Regimes in El Salvador und Südafrika. „Der ‚Tag der Solidarität‘ ist gerade erst der Anfang“, kündigen Demonstranten an.

## Belgien

### Regierungswechsel zwecks Lohnsenkung

Der Rücktritt der belgischen Regierung Eyskens aus Christdemokraten und Sozialisten am 21.9. ist beileibe kein Schwächezeichen der belgischen Finanzbourgeoisie. Eher sind die Sozialisten regelrecht hinausgeworfen worden, um Platz für eine schärfere Gangart zu schaffen. Premierminister Eyskens selbst hatte am 14.9. die Losung ausgegeben: Der Angriff auf die Lohnindexierung sei endlich fällig, jetzt sei erforderlich, „mehr zu arbeiten und weniger zu verdienen“, um das Land aus der Krise zu führen.

Eine Woche davor hatten die Kapitalisten den Gewerkschaften eine schwere Niederlage beibringen können. 2000 Arbeiter der Boel-Werft, die seit 22 Wochen gegen ihren Kapitalisten streikten, weil dieser – gleichzeitig Vorsitzender des Kapitalistenverbandes Fabrimetal – 128 Arbeiter entlassen und die Löhne unter Bruch des Tarifvertrages um 4–5% gesenkt hatte, mußten ihren Streik abbrechen. Auf einer Versammlung am 4.9. hatten 62,5% der Arbeiter für Fortsetzung des Streiks gestimmt, weniger, als nach der Satzung der Gewerkschaft ACV erforderlich, die darauf die Streikunterstützung einstellte. Der Streik der Boel-Arbeiter war wochenlang im ganzen Land von den Arbeitern unterstützt worden. Jetzt sind in den Gewerkschaften schwere Widersprüche aufgebrochen, deren eigentlicher Hintergrund das Fehlen eines klaren Programms gegen die rüde Lohnsenkungs- und Ausplünderungspolitik der Kapitalisten und des Staates ist.

Jahrelang hatte die Sozialistische Partei die Regierung mitgetragen. Gestützt auf diese Fesselung der Gewerkschaften hatten die diversen Kabinette ein Kostendämpfungsprogramm für die Arbeitslosen-, die Kranken- und Rentenversicherung nach dem anderen verabschiedet, eine Steuererhöhung nach der anderen in Kraft gesetzt. Währenddessen stieg die Arbeitslosigkeit auf 10,5%, steigerten die Kapitali-



„Arbeitsplätze keine Bomben“: Forderung auf der AFL/CIO-Demonstration

sten ihren Zinsertrag aus der Staatsschuld auf ein *Sechstel* der gesamten Staatsausgaben. Jetzt sind die Sozialisten verschlissen; in den Gewerkschaften wächst der Widerstand gegen die Regierungspolitik.

In der belgischen Presse wird jetzt die Möglichkeit erörtert, entweder die Sozialistische Partei zu spalten oder aus Christdemokraten und Liberalen ein Übergangskabinett bis zu baldigen Neuwahlen zu bilden. Auf jeden Fall soll die Gangart gegen die Arbeiter verschärft werden. Deshalb ist auch das

erneute Geheul der westdeutschen Bourgeoisie über die „belgische Krise“ eher ein Fanfarenstoß für den Angriff: Seit März 1979 mußte die belgische Regierung ihre Auslandsschulden auf über 410 Mrd. bfr (ca. 25 Mrd. DM, fast 40% der jährlichen Staatsausgaben) *verdreifachen* (s. auch Pol. Ber. 2/80). Der größte Teil dieser Schulden ist in Händen westdeutscher Banken. Ein brutaler Lohnsenkungskurs in Belgien kann den westdeutschen Finanzbourgeois gegen die westdeutschen Arbeiter nur helfen.

vorsitzenden), wurde unter fadenscheinigen Vorwänden im Dezember 1980 entlassen.

Die Dienstaufsicht baut die Überstunden der Träger ab, aber nicht die Arbeit; stattdessen treibt sie die Träger mehr an. Der Überstundenausfall bedeutet für die Arbeiter 700 DM weniger im Monat, ein Drittel des bisherigen Bruttolohns.

Auch gegen die Putzfrauen und die Küchenbeschäftigten setzte die Dienstaufsicht Lohnsenkungen durch. Sie hatte die Frechheit, nach der Entlassung des NUPE-Vorsitzenden ein mit ihm über 18 Monate ausgehandeltes Betriebsabkommen über Arbeitseinteilung für null und nichtig zu erklären!

Ähnlich springen die Kapitalisten in der Industrie zur Zeit mit den Arbeitern um. Bei Vauxhall wollen sie nicht mehr als 4% Lohnerhöhung zahlen, bei Ford kündigten die Kapitalisten ein Nullangebot an, verbunden mit Plänen, die Belegschaft von 57000 auf 35000 zu reduzieren. Sie nutzen die kleinste Gelegenheit zur Entlassung, etwa wenn ein Arbeiter bei der Nachtschicht nach Ableistung seines Pensums eine halbe Stunde schläft. Bei einer Inflationsrate von damals über 15% setzten die Kapitalisten einen Lohnabschluß von 9% durch, erhöhten aber freiwillig die sogenannte „An-

## Großbritannien

# Premierministerin Thatcher ist verhaßt, aber sitzt fest im Sattel

Im Streik der Arbeiter des öffentlichen Dienstes im Winter 1978/79 war die Belegschaft des Kinderkrankenhauses Great Ormond Street in London an vorderster Front. Die Fahrer, Träger, Köchinnen und Putzfrauen setzten durch ihre disziplinierten Streikaktionen im Prominenten-Kinderkrankenhaus den staatlichen Dienstherrn erheblich unter Druck. Mehr als 100 der 160 Gewerkschaftsmitglieder der NUPE nahmen an den Gewerkschaftsversammlungen teil.

Heute, zweieinhalb Jahre nach dem schließlich verlorenen Streik und nach dem Antritt der Regierung Thatcher im Mai 1979, ist die Lage der Belegschaft und der Gewerkschaft eine gänzlich andere.

Z.B. die Krankenträger: Die Krankenhausleitung beförderte einen der Vertrauensleute zum Abteilungsleiter über seine früheren Kollegen. Ein zweiter Vertrauensmann, zuletzt Vorsitzender der NUPE-Betriebsgruppe (vergleichbar etwa mit einem Betriebsrats-

## Beschlüsse des Jahreskongreß des Gewerkschaftsbundes TUC

Vom 7. bis 11. September führte der britische Gewerkschaftsbund TUC seinen Jahreskongreß in Blackpool durch. Zu den Hauptfragen faßte der Kongreß die folgenden Beschlüsse: *Wirtschaftspolitik und Arbeitslosigkeit.* Der TUC fordert den Austritt aus der EG, Import- und Devisenkontrollen, Einbringung der Nordseeöleinnahmen in einen Fonds, Erhöhung der Investitionen im staatlichen Bereich daraus, eine „erhebliche Ausweitung der Verstaatlichungen“, ein neues Berufsbildungsprogramm sowie die Einführung der 35-Stundenwoche.

*Staatsausgaben.* Der Kongreß beschloß eine Kampagne „für die Verteidigung des Wohlfahrtsstaates und der öffentlichen Dienstleistungen“, er verurteilte den Bruch des Tarifvertrags mit den Beamten durch die Regierung sowie die Angriffe der Regierung auf die Gemeinden, die den vorgeschriebenen Ausgabenrahmen überschreiten. Der TUC fordert eine „massive Kapitaleinspritzung“ in öffentliche Investitionsprogramme.

*Lohnverhandlungen.* Der TUC lehnt die Auffassung ab, daß Lohnerhö-

hungen Inflation und Arbeitslosigkeit hervorbringen, er ist für freie Lohnverhandlungen und gegen Lohnleitlinienpolitik.

Im Gegensatz zu den beiden ersten wurde diese Resolution gegen die Stimmen mehrerer Gewerkschaften gefaßt. *Arbeitszeit.* Der Kongreß beauftragt den Generalrat, eine Kampagne zu

überprüfen, die die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit auf 35 Stunden in der Woche, Festsetzung der Höchst-Jahresarbeitszeit, mindestens sechs Wochen bezahlten Urlaub und Senkung des Rentenalters auf 60 Jahre zum Ziel hat.

*Jugendarbeitsprogramme.* Der TUC ist gegen jede militärische Ausbildung bzw. verpflichtende Sozialdienste für Jugendliche. Er fordert verstärkte Kontrolle der Gewerkschaften über die „Youth Opportunity Schemes“, die



Polizeieinsatz gegen Bauarbeiter auf der Isle of Grain 1980



wesenheitsprämie“ von 5 auf 6 Pfund die Woche. Die Betriebsleitung steigert jetzt erneut die Akkordsätze.

„Bei drei Millionen Arbeitslosen, da sagt so leicht keiner was, jeder fürchtet die Arbeitslosigkeit mit 23 Pfund die Woche“, sagte uns ein Ford-Arbeiter vor vier Wochen. Senkung des Arbeitslosengeldes auf 23 Pfund (etwa 450 DM im Monat, ohne Kinderzuschläge) war eine der wichtigsten „Reformen“ Thatchers im letzten Jahr.

Der Vorgang, der zu dieser Demoralisierung der britischen Arbeiterbewegung führte, lief wie folgt ab: Mit einer Labour-Regierung an der Macht setzte das britische Finanzkapital bereits 1978 und 1979 Lohnabschlüsse durch, die – verbunden mit drastischen Änderungen in der Lohnstruktur zugunsten des Akkord- und Prämienanteils – eine Lohnsenkung bedeuteten. Die Gewerkschaften zeigten sich schwankend. Zunächst machten sie die Lohnleitlinienpolitik mit, schwenkten Mitte 1978 unter Druck der Mitgliedschaft um und mußten im öffentlichen Dienst gegen die Lohnleitlinie der Labour-Regierung streiken. Als sich aber nach mehrwöchigem Streik ein möglicher Sturz der Regierung anbahnte, drängte die Gewerkschaftsführung auf ein rasches Ende „mit Kompromiß“, der sich als Niederlage herausstellte.

Programme „Chance für die Jugend“. Solche Programme sollten nur mit Zustimmung der Gewerkschaften stattfinden, die gewerkschaftliche Vertretung der betroffenen Jugendlichen soll verstärkt werden. Der TUC fordert weiterhin, daß die Ersetzung von regulären Arbeitern durch YOP-Plätze und andere Mißbräuche durch Unternehmer beendet werden, andernfalls wird er diese Programme bekämpfen und seine Kooperation einstellen. Der Generalrat soll die Schaffung einer besonderen Abteilung im Gewerkschaftsbund für Jugendliche ohne Arbeitsplatz prüfen. Die Beendigung der Arbeitslosigkeit steht im Mittelpunkt der beschlossenen Kampagne für Vollbeschäftigung. Im Zusammenhang dieser Kampagne wurden die Gewerkschaften aufgefordert, in ihrem Bereich die ausgedehnte Überstundenarbeit einzuschränken.

**Kriegsvorbereitung, Atomrüstung.** Der TUC-Kongreß verlangt von der Labour-Partei, in ihr nächstes Wahlprogramm folgende Festlegungen für eine Labour-Regierung aufzunehmen:

- Sofortige Schließung aller britischen Atomwaffenbasen;
- Vollständige Gegnerschaft zu einer britischen Verteidigungspolitik, die auf den Einsatz von Atomwaffen beruht.

Die Labour-Regierung fiel wenige Wochen später, im Mai, bei den Parlamentswahlen, die eine zunehmende politische und ideologische Isolierung der Arbeiterbewegung zeigten.

Als Oppositionspartei hatte die Konservative Partei im und außerhalb des Parlaments die Labour-Partei kräftig gegen die Gewerkschaften gedrückt. Als Regierungspartei setzte sie an den unter Labour den Gewerkschaften beigebrachten Niederlagen an. Sie konnte im öffentlichen Dienst weitere Lohnsenkung und ein großes Rationalisierungsprogramm durchsetzen, schuf gegen Streiks und Gewerkschaften eine Reihe (bisher wenig angewandter) Gesetze und senkte Arbeitslosengeld und Sozialhilfe.

Angefangen von der Abschaffung der kostenlosen Schulspeisung bis zur Neuausrüstung mit Trident-Atomraketen setzte Thatcher ein Bündel reaktionärer Regierungsmaßnahmen durch, die allesamt seit Jahren von der Arbeiterbewegung abgelehnt werden.

Man muß sich erinnern, daß die Gewerkschaften mit einem Streik die Konservative Regierung Heath 1973 über ein Anti-Streikgesetz zu Fall brachten. Bei Thatchers Regierungsantritt waren viele Arbeiter der Ansicht, es werde gerade bis zum Winter dauern, dann werde man sie stürzen. Jetzt

- Senkung der Rüstungsausgaben
- Regierungsunterstützung für die Schaffung anderer Arbeitsplätze für diejenigen, die wegen dieser Politik ihren Arbeitsplatz verlieren
- Volle Unterstützung der Weltabrüstungskampagne.

**Nordirland.** Der TUC beschloß nach kurzer Debatte, „für eine friedliche Lösung“ einzutreten. Der Delegierte Frank Miller von der Bauarbeiterabteilung der Gewerkschaft AUEW erklärte, die Probleme Nordirlands könnten nicht gelöst werden, solange Großbritanniens Anwesenheit dort nicht beendet werde. Die H-Block-Kampagne fordere eine Wiederherstellung der Rechte, die den Gefangenen 1972 gegeben worden seien, die ihnen der damalige Nordirlandminister Rees (Labour) 1976 aber „in einer teuflischen Entscheidung“ entzogen habe.

**Südafrika, Namibia.** Der Kongreß verurteilte die britische Regierung für den Gebrauch des UN-Weltsicherheitsratsvetos für die Blockade von UN-Resolutionen gegen Südafrika. Er verurteilte „Südafrikas aggressive Handlungen gegen Angola und andere benachbarte Staaten“. Außerdem bekräftigte der TUC seine Unterstützung für Namibias Befreiungsorganisation SWAPO.



„Maggie raus, wir verlangen das Recht auf Arbeit“ – acht Monate lang streikten schottische Textilarbeiterinnen erfolgreich gegen eine Betriebschließung

ist sie zweieinhalb Jahre dran, zwar verhaßt, aber fest im Sattel.

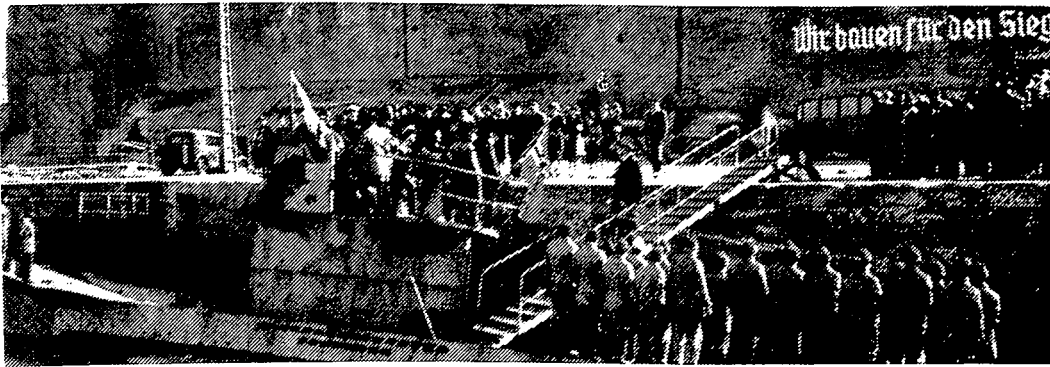
Die Demoralisierung und Isolierung der Arbeiterbewegung ermöglichte der Bourgeoisie die Schaffung einer reaktionären „Sozialdemokratischen Partei“, die in den meisten politischen Fragen (NATO, EG-Mitgliedschaft, Trident-Raketen, Irland) den Positionen der Tories folgt, aber weniger mit dem Geruch der Reiche-Leute-Partei behaftet ist. Sie erringt zur Zeit gerade in Städten mit hohem Arbeiteranteil Erfolge bei Nachwahlen.

Der Gewerkschaftsbund TUC führte seinen Kongreß vor drei Wochen im Bewußtsein dieser Krise durch. TUC-Sekretär Murray schätzt, daß Ende 1981 die Mitgliedszahl des TUC von 12 Mio. (1980) auf 11 Mio. gesunken sein wird.

Der Kongreß beschloß, für den Austritt aus der EG, gegen jede Stationierung von Atomraketen und Sprengköpfen in Großbritannien und für die britische Abrüstung einzutreten. Er stimmte gegen ein neues Lohnstillhalteabkommen bei einer künftigen Labour-Regierung. Aber der Kongreß vermied es auch, der Regierung Thatcher offen den Kampf anzusagen. Das Ziel seien die Wahlen 1984, dann müsse wieder eine Labour-Regierung an die Macht gebracht werden.

Eine dumpfe Niedergeschlagenheit beherrscht zur Zeit die Arbeiterbewegung. Die Straßenkämpfe rebellischer Jugendlicher durchbrachen diese Niedergeschlagenheit nur kurz (und die Bourgeoisie nimmt mit bisher mehr als 1000 Gefängnisurteilen ihre Rache dafür). „Wir müssen ganz unten wieder anfangen, die Bewegung organisatorisch und politisch wieder aufzubauen“, sagte uns ein Vertrauensmann.





## Das Boot

# Der „teuerste und größte Film Deutschlands“, ein mißlungenes Heldenepos auf deutsches Soldatentum

Herbst 1941 im besetzten Rochelle in Frankreich. In einer Offizierskneipe besaufen U-Boot-Offiziere den frischgebackenen Ritterkreuzträger, der kurz danach aus der Toilette abgeschleppt werden muß. Gegröle des Westerwaldliedes, schwülstige Ausgelassenheit, gemischt mit derben Zoten, jede Menge Alkohol und die letzten Besuche im Bordell vor der nächsten Abfahrt. Ein ohnmächtiger Haufen, der seine Ohnmacht in Alkohol und Perversionen betäubt. Die Phase der ersten Siege im U-Boot-Krieg ist abgeschlossen. War es den deutschen Seestreitkräften mit der Vernichtung von über 150 Handelsschiffen und mehr als einer halben Million Tonnen Schiffsladung von 39–41 fast gelungen, die Blockade Englands durchzusetzen, so hatte sich in diesem Herbst erstmals das Blatt zugunsten der Engländer gewendet.

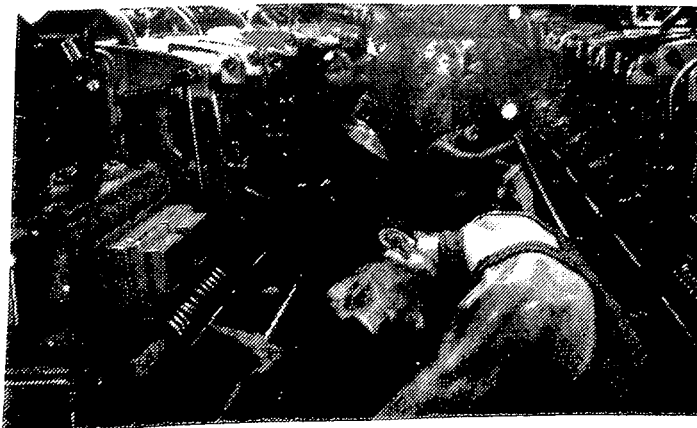
Am nächsten Morgen läuft das U-Boot aus, ohne schwülstige Ansprachen des Kommandanten, ohnehin von seiner Mannschaft als der „Alte“ tituiert, mit einem kameradschaftlichen „Alles in Ord-

nung Jungs“ in See stechend. Das Ganze vermittelt eher den Eindruck einer zu neuen Abenteuern ausrückenden Pfadfindermannschaft als einer U-Boot-Besatzung auf der Fahrt in „das schreckliche Schlachtfeld Atlantik“. Nur einen einzigen Anhänger der Faschisten gibt es an Bord, den 1. Wachoffizier von der HJ, dargestellt als „Sohn aus gutem Hause“ und von den anderen Offizieren als „Maulheld“ angegriffen. Zwischen Offizieren und Mannschaften herrscht die Kumpanei bis zum Erbrechen. Der Versuch eines Lobliedes auf den „deutschen Soldaten“, dem die Ehre, das Pflichtgefühl und die Tapferkeit über alles geht, egal für was er kämpft, beginnt sich abzuzeichnen.

Nach monotonen 45 Tagen beginnt zum Aufatmen der Mannschaft die kriegerische Aktion. Sie werden von einem Zerstörer angegriffen und finden einige Zeit später endlich einen Geleitzug für einen Angriff. Das Boot greift den Tanker an und kann nur knapp den begleitenden Zerstörern entkommen. Trotzdem taucht es auf, um dem brennenden

Tanker den Fangschuss zu geben, die Zerstörer, die es gerade noch bombardiert hatten, sind verschwunden. Statt nun wie erhofft an die französische Küste zurückkehren zu können, erhält das Boot den Befehl, in Gibraltar englische Linien zu durchbrechen. Bei dem Versuch wird es getroffen, sinkt auf den Grund, aber es gelingt der Mannschaft, das Boot wieder flott zu machen und bis an die französische Küste zu kommen. Während des Empfangs greifen Flieger an, das Boot wird versenkt und der Kommandant wie auch Teile der Mannschaft getötet.

Der einzige Widerstand der Mannschaft wird im Durchdrehen eines Maschinisten als „wie ein in die Enge getriebener Affe“ dargestellt, als fortschrittlicher Gegner der Faschisten dagegen der Kommandant, der Hitler angreift, daß er der U-Boot-Flotte nicht genügend Mittel für den Krieg bereitstelle. Der Autor des Buches Buchheim hatte 1943 in der Truppenzeitung die historische Vorlage so gefeiert: „Oft ging es hart auf hart. Immer trotz heftigster Gegenwehr des Feindes, trug das Können des Kommandanten und der Einsatz der ganzen Mannschaft den Sieg davon.“ Dies erneut mit historischen Verdrehungen und als rührseliges Heldenepos für mehr als 20 Mio. DM in Szene zu setzen, bekundete der Regisseur als Absicht: „Unser Schuldbewußtsein als Deutsche sollte uns nicht daran hindern anzuerkennen, daß auf deutscher Seite oft mit unerhörter Tapferkeit gekämpft worden ist und daß es viele hervorragende und integre Offiziere wie den Alten gegeben hat.“



## Hitlerjunge Quast: freiwillig an die Ostfront

Das Buch „Der kleine Quast“ schildert den Werdegang Herbert Quasts, geboren 1924, in der Zeit von 1932 bis 1945. Quast ist Hitlerjunge und wird Gruppenführer. Nachdem er das Abitur gemacht hat, meldet er sich freiwillig für die Infanterie. Er will Offizier werden. Der Autor des Buches, Jahrgang 1924, in „Stettin“ geboren und Kriegsteilnehmer, hebt Quasts sportlichen Ehrgeiz, jugendliche Unbekümmertheit und seine Abneigung gegen Ungerechtigkeit hervor. Keine Beschreibung über Quasts faschistische Erziehung und keine Erklärung, warum er 1942, wo die Niederlage absehbar war, in den Krieg zieht. Quast wird Funker und drängt, an die Ostfront zu kommen. Er meldet sich für einen Spähtrupp, der dicht an den feindlichen Truppen arbeitet. Wo bisher die Spähtrupps versagten, meldet Quasts Trupp zwischen Kugelhagel und Kriegstoben selbstsicher einen feindlichen Angriff. Wie ein Tänzer bewegt sich Quast zwischen den feindlichen Truppen und verlegt Abhördrähte. Der Autor stellt den achtzehnjährigen Quast sportlich heraus. Er wird bedrängt. Er schießt, weil er überleben will. Quast wird zweimal verwundet. Der Autor beschreibt immer wieder individuelle Auswege des Soldaten Quast. Es scheint, als ob er sich nichts zuschulden kommen läßt und vom Krieg verführt wird. Quast hat „alles mitgemacht“ und sich engagiert – freiwillig für das angreifende faschistische Deutschland.

Hasso G. Stachow, Der kleine Quast, Knauer-Taschenbuch Nr. 775, 6,80 DM

## Kampf um die Macht als Nervenkitzel

Wahlöös Buch „Die Generale“, bei rororo als Thriller herausgegeben, schildert einen Musterprozeß vor einem Kriegsgericht, mit dessen Hilfe die auf einer europäischen Insel herrschenden Faschisten ihren Gesetzeskodex fixieren wollen. In der Rückblende erfährt man, daß sich aus einer merkwürdig anarchistischen Revolution der jetzige Juntachef mit Hilfe ausländischer kapitalistischer Mächte und heimlich importierter Soldaten emporgeschwungen hat. Als Grundwerte zur Unterdrückung der früheren staatsfeindlichen Auffassungen setzt er „Religion – Moral –

Würde“ ein. Der Prozeß bringt die Rivalitäten innerhalb der herrschenden Clique zum Vorschein, und es ist abzusehen, daß erneute Veränderungen vorbereitet werden. Das Buch endet mit dem Putsch von Leuten, die in der Nähe von Stauffenberg anzusiedeln sind. Diese sind klug und entschlossen genug, die Macht zu erobern. Auf der Strecke bleiben die friedliebenden Volksmassen, die, solange die Insel noch zwischen drei Generälen geteilt war, wegen Mangel an Realismus und unterlassener Vorbereitung überfallen und unterjocht werden konnten. Besiegt werden auch die Roten, die im dritten Teil des Landes den absehbaren Krieg gut vorbereitet hatten. Aber auch sie führen einen Angriffskrieg und bringen Unschuldige um. Der Verfasser findet das verwerflich und fühlte als höhere Gerechtigkeit das Wetter ein. Der korrekt geplante Vorstoß bleibt in plötzlich ausbrechendem Frost stecken. Der Prozeß gegen einen Anhänger der Roten ist nur ein Nachspiel. Der Angeklagte, schon vorher durch Folter gebrochen, wird während des Prozesses vollends zum menschlichen Wrack gemacht.

Indem Wahlöö die Form des Tonbandprotokolls nachahmt, schafft er die Fiktion eines objektiven Erzählers. Dem Prozeßverlauf wird gefolgt, aber die Dialoge scheinen sich zu wiederholen. Die gethrillten Nerven ermüden, weil schließlich nichts zu beweisen war, als daß der Machthunger in jedem angelegt ist, aber nicht jeder zur Ausübung der Macht fähig ist.

Per Wahlöö, Die Generale, rororo thriller Nr. 2569, Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH, Reinbek bei Hamburg 1981, 6,80 DM

## „Die Mächtigen der deutschen Wirtschaft“

Der Leser, den diese Frage interessiert, wird vom Autor Eglau, Wirtschaftsjournalist bei Handelsblatt, Zeit und Spiegel, auf eine falsche Fährte gelockt.

Welches Interesse sollte die Bourgeoisie auch haben, über einen populären Verlag mit Massenaufgaben das Problem in richtiger Weise aufklären zu lassen. Interessant ist, wie der Autor sich mit dem Umstand auseinandersetzt, daß die Bourgeoisie zutiefst unbeliebt ist. Kurzerhand dadurch, daß er sie aus dem Verkehr zieht und an ihre Stelle die Manager und Technokraten setzt. Dar-

gestellt wird damit die kapitalistische Produktionsweise als sachlich notwendige Gesellschaftsform, in der alle Glieder der Gesellschaft, produzierende wie aneignende Klassen, wie Rädchen in einem Uhrwerk miteinander verzahnt sind und laufen.

Er stützt sich dabei auf den Tatbestand, daß die Zahl der Kapitalisten ganz klein geworden ist, daß im Rahmen des Konzentrations- und Zentralisationsprozesses viele kapitalistische Familienunternehmen in Aktiengesellschaften umgewandelt wurden. Ausführlich beschreibt er den „Niedergang“ von großen Familiendynastien wie Stinnes, Schaffgotsch, Stumm, an deren Stelle Aktiengesellschaften getreten sind. Hinter der Unzahl von Managern, Aufsichtsräten usw. verschwindet das Interesse der Produktionsmittel besitzenden Klasse an Profitpro-



K. Hansen (Bayer AG), P. v. Bismarck (Kali-Chemie), H. M. Schleyer (ehem. Daimler-Benz und BDI-Präsident)

duktion, Auspressung unbezahlter Mehrarbeit.

Hat er erstmal dieses Interesse ausgeschaltet und den farblosen Begriff „Macht“ eingeführt, so fällt es ihm nicht schwer, den „mächtigen“ Managern und Bankiers noch weitere „Mächtige“ an die Seite zu stellen, zunächst die Gewerkschaften. Sie haben Macht durch Millionen von Mitgliedern und „regieren“ schließlich „mit“ über die Mitbestimmung. Macht hat zu guter Letzt auch noch der Staatsapparat, die Regierung, weil durch Millionen gewählt.

Im legeren Plauderton hat Eglau damit die Klassenwidersprüche zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie beseitigt und eine Gesellschaft übriggelassen, in der jeder Teil angemessen vertreten ist durch eine Machtelite.

Eglau, Erste Garnitur. Die Mächtigen der deutschen Wirtschaft. Bastei-Lübke, 1981, 7,80 DM.

## „Die Haut“

# Ein Film nicht gegen den Krieg, sondern gegen die Niederlage

Die italienische Regisseurin Liliana Cavani befaßt sich seit längerem mit einer filmischen Rehabilitation des Faschismus. In „Nachtportier“ war der Terror der nazistischen Vernichtungslager zu einem – angeblich auf beiderseitigem Bedürfnis beruhenden – sado-masochistischen Verhältnis zwischen SS-Schergen und Häftlingen „umgedeutet“. Cavanis neuer Film „Die Haut“ – nach Motiven aus C. Malapartes Roman von 1949 – stellt die militärische Niederlage der eigenen Bourgeoisie und darauf folgende fremde Besatzung als das Schlimmste dar, was einem Volk widerfahren kann.

Der Film spielt im Winter 1943/44 im von den Alliierten besetzten Neapel. Malaparte, italienischer Verbindungsoffizier beim Alliierten Oberkommando, führt US-Offiziere durch die episodenhafte Handlung, die durch den Werbespruch des Filmplakats: „Eine ganze Stadt wird zum Bordell“, treffend umrissen ist. Schreckliche Bilder erinnern vage an pazifistische Antikriegsbücher und -filme, dienen hier aber nur dazu, die Handlung mit einem verlogenen „realistischen“ Firniß zu überziehen. Der verwundete Soldat, dem die Gedärme aus dem Bauch quellen, ist auf eine Mine gelaufen, als er – ein Bedürfnis verrichten wollte. Der von einem Panzer plattgewalzte Mann – er hatte die parademäßig in die „offene Stadt“ Rom einziehenden alliierten Truppen begrüßen wollen.

Ansonsten allgemeine Prostitution: Väter verkaufen ihre Töchter, jüngere Frauen sich selbst, ältere ihre Söhne und Enkel. Malaparte selbst nannte den „hohen Preis der Freiheit“: „Dieser Preis wird nicht mit Gold, nicht mit Blut, nicht mit den edelsten Opfertaten abgegolten, sondern mit Feigheit, mit Prostitution, mit Verrat, mit aller Fäulnis der Menschenseele.“ Hätte ein Sieg der italienischen Faschisten und ihrer Naziverbündeten diesen Preis also erspart?!

Die eigentlichen Kampfhandlungen – in jenem Winter fand kaum 100 km nördlich von Neapel die Schlacht um Cassino statt – kommen im Film nicht vor. Die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Neapel selbst bleiben hinter der Chiffre „Hunger“ verborgen. Der Ausbruch der „Pest“, des allgemeinen Verfalls jeder menschlichen Würde (außer bei feinen Leuten wie Malaparte selbst), wird auf den 1.10.43 datiert, den Tag des Einzugs der Alliierten in Neapel. Dem war ein viertägiger Aufstand vorausgegangen, mit dem die Volksmassen Neapels die Zerstörung der Stadt und die Abschleppung der arbeitsfähigen Männer durch die abziehenden Nazi-Truppen verhindern konnten. Unvermeidlich hebt ein erfolgreicher Aufstand die Moral seiner Teilnehmer, statt sie zu vernichten. Im Film ist die einzige Spur des Aufstands ein mit deutschen Kriegsgefangenen (ungeklärter Herkunft) Menschenhandel treibender Mafioso.

Die heftig antiamerikanische Tendenz des Films mag beeindrucken und in die Irre führen. Die Methode dieses „Antiamerikanismus“ ist reaktionär. Nicht die imperialistischen Interessen der USA werden kritisiert, sondern die angebliche Unterlegenheit ihrer Zivilisation gegenüber europäischer, speziell italienischer bürgerlicher Bildung. Durchgeführt ist die Kritik im wesentlichen als rassistische Hetze gegen die schwarzen US-Soldaten, die ebenso wie die marokkanischen Hilfstruppen der französischen Armee von läufigen Tieren kaum zu unterscheiden sind.

Caviani hat es geschafft, die halbfaschistischen Ideologiebrocken aus Malapartes Buch noch beträchtlich zu vergrößern. Curzio Malaparte (eigentlich Kurt E. Suckert; der in Anlehnung an Napoleon italienisierte Künstlernamen zeugt von der charakteristischen Bescheidenheit des Autors) war einer der führenden Schriftsteller des italienischen Faschismus. Etliche Elemente der damaligen faschistischen Kulturproduktion, die anders als die Nazis viel von der „avantgardistischen“ bürgerlichen Kunst aufnahm, findet sich in „Die Haut“ wieder: die rauschhafte Begeisterung an „Aktion“ – egal für wen und zu welchem Zweck – die genüßliche Ausbreitung grausamer Bilder; zynischer Spott über angebliche oder wirklich spießbürgerliche Moralgrundsätze, womit bislang ungeahnte Verbrechen trefflich zu rechtfertigen waren; der Chauvinismus der „proletarischen Nation“ Italien gegenüber den reichen „Barbaren“ von anderswo. Praktische An-

wendung fand diese Ideologie in den terroristischen Strafexpeditionen gegen die Organisationen der Landarbeiter und Bauern. Einmal zur Macht gelangt, lenkte der Faschismus den Terror in die geordneten Bahnen der Sondergerichte und der Polizei, zur großen Entrüstung der kleinbürgerlichen Anhänger der „faschistischen Revolution“. Malaparte selbst wurde nach despektierlichen Äußerungen verbannt. „Heute leidet man und macht leiden, tötet man und stirbt, ... nicht etwa, um die eigene Seele, sondern um die eigene Haut zu retten“, ist die These von „Die Haut“. In den ersten Nachkriegsjahren war die verächtliche Gleichsetzung von Faschismus und Antifaschismus und Antifaschismus, Kommunismus und christdemokratischer Reaktion der Mantel, unter dem sich die alten Faschisten erneut sammelten. Heute soll sie dazu herhalten, die Furcht vor dem Krieg in Hoffnung auf den Sieg zu verdrehen.

### Balkan-Friedensverträge

## Grundlage für den Zusammenschluß der Völker Südosteuropas

Schon vor bzw. während des I. Weltkrieges knüpfte die im Zusammenhang mit der ökonomischen Unterwanderung bzw. Abhängigmachung der Donau-Balkanländer entfaltete spezifische Bündnispolitik des großdeutschen Imperialismus an den nationalen Gegensätzen in diesem südosteuropäischen Raum an. Und zwar wurden diese Einmischungen, die sich damals vor allem auf die Unterordnung Österreich-Ungarns und Rumäniens sowie auf Anbindung Bulgariens (zwecks Gewinnung einer „Landbrücke“ nach Kleinasien) konzentrierten (1), im wesentlichen durch die chauvinistische Innen- und Außenpolitik der Balkanmonarchien ermöglicht, erleichtert und gefördert: Ihre im Zuge der nationalen Befreiungskriege gegen die türkische Oberhoheit erlangte Führung der neuentstandenen Balkanstaaten suchten diese Monarchien nämlich durch Unterdrückung der nationalen Minderheiten im Inneren und durch Expansions- und Annexionsbestrebungen nach außen zu sichern. Dieser (großserbische, großbulgarische, großrumänische) Chauvinismus war somit die eigentliche Ursache jener nationalen Gegensätze, an welchen insbesondere der deutsche Imperialismus anknüpfte. Demgegenüber mußte die revolutionäre Arbeiterbewegung der Donau-Balkanländer den Zusammenschluß der Werktätigen aller Nationen zum Zwecke der politischen Machteroberung *innerhalb eines jeden Landes* herstellen und zugleich in Verbindung damit den freiwilligen Zusammenschluß aller Völker Südosteuropas (nach Errichtung der revolutionären Volksmacht) propagieren bzw. anstreben:

Bereits 1909 war von der 1. Sozialdemokratischen Balkankonferenz die Losung der „Föderativen Balkanrepublik“ beschlossen worden – damals insbesondere gegen die drohende Einmischung verschiedener imperialistischer Großmächte gerichtet. Lenin hat diese Losung im Hinblick auf den sog. „Balkankrieg“ (1912) erneut propagiert. „Nie und nirgends haben unterjochte Völker durch Krieg des einen Volkes gegen ein anderes ihre ‚Freiheit‘ errungen. Die Völkerkriege verstärken lediglich die Knechtung der Völker. Die wahre ‚Freiheit‘ des slawischen Bauern auf dem Balkan wie auch des türkischen Bauern kann *nur* durch die völlige Freiheit innerhalb eines *jeden* Landes und durch die Föderation völlig und uneingeschränkt demokratischer Staaten gesichert werden. Der slawische und der türkische Bauer auf dem Balkan sind Brüder, gleichermaßen ‚unterdrückt‘ durch ihre Gutsbesitzer und ihre Regierungen. Hier ist die wirkliche Unterdrückung, das wirkliche Hindernis für ‚Unabhängigkeit‘ und ‚Freiheit‘ zu suchen.“ (2) In einem weiteren Artikel – „Die soziale Bedeutung der serbisch-bulgarischen Siege“ (gegen die Türkei) – aus demselben Jahr (1912) betont Lenin noch einmal die inneren Voraussetzungen für den Zusammenschluß der Donau-Balkanvölker in Gestalt einer „Föderation“: „Die bürgerlichen Zeitungen ... reden von der *nationalen* Befreiung auf dem Balkan und lassen die *ökonomische* Befreiung im Hintergrund. In Wirklichkeit aber ist eben diese die Hauptsache ... bleibt die Unterdrückung der Völker durch die Grundherren und die Balkanmonarchien bestehen, so bleibt unbedingt auch in diesem oder jenem Maße die nationale Unterdrückung bestehen.“ (3)

Hinsichtlich der daraus resultierenden Kampfaufgaben stellt er in seiner Abhandlung „Die Sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ (1916) zusammenfassend folgendes fest: „Osteuropa: Österreich, der Balkan und insbesondere Rußland. Besonders schwierig und wichtig ist hier die Aufgabe der Verschmelzung des Klassenkampfes der Arbeiter der unterdrückten und der unterdrückten Nationen.“ (4)

In der Verfolgung dieser Kampfaufgaben haben sich daher am 10. August 1920 die Kommunistischen Parteien Griechenlands,

Bulgariens, Rumäniens und Jugoslawiens zusammengeschlossen und gemeinsam die Losung der „Föderativen-“ bzw. „Sozialistischen Balkan-Donau-Sowjetrepublik“ verkündet:

Das „Manifest der Kommunistischen Balkan-Donauföderation“ (5) stellt aus diesem Anlaß folgendes fest:

„Balkan- und Donauländer! Viele gaben sich der Hoffnung hin, daß der Weltkrieg die vereinzelt und unterdrückten Völker vereinigen werde. Um der nationalen Vereinigung willen sind auch die Balkanvölker in den Krieg hineingezogen worden. Jetzt ist allen klar geworden, daß der Krieg diese Aufgabe nicht löst, sondern die Völker (des Balkan, Red.) nur noch mehr zersplittert und einer noch schlimmeren Unterdrückung unterworfen hat ... Folglich hat der imperialistische Krieg ... neue Quellen internationaler Feindschaft geschaffen und den Samen neuer, noch schrecklicherer Zerwürfnisse und Kriege ausgestreut.“

Die kommunistischen Parteien der Balkan- und Donauländer erklären sich, wie schon vor dem Kriege, so auch jetzt als Feinde jeglicher nationaler Bedrückung und Gegner der Versklavung eines Volkes oder eines Volksteiles durch ein anderes Volk. Wir verkündigen die vollste nationale Freiheit und Gleichheit aller Balkan- und Donauvölker und das Recht eines jeden von ihnen auf Selbstbestimmung. Zugleich aber erklären wir, daß bei dem herrschenden nationalen Zwist in diesen Ländern die Vereinigung dieser Völker nur im Rahmen einer Föderativen Balkan-Donausowjetrepublik möglich ist, die allein imstande wäre, ihren Völkern gleiche Rechte und die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten zu sichern. Der erste bedeutende Schritt zu ihrer Vereinigung ist von den kommunistischen Parteien unternommen worden, die die Kommunistische Balkan-Donauföderation gebildet haben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Stadt- und Landproletariat, zusammengeschlossen in den kommunistischen Organisationen und in der kommunistischen Föderation zum gemeinsamen Revolutionskampf, nach der Eroberung der Macht und der Bildung von Arbeiter- und Bauernräten unverzüglich zur Schaffung einer Sozialistischen Balkan-Donausowjetrepublik schreiten wird ...“

Auf Grundlage dieses Manifests haben die o.a. Kommunistischen Parteien des Balkans (zunächst noch unter relativ legalen, später – ab Mitte der 20er Jahre, aufgrund der Errichtung von faschistischen „Königsdiktaturen“ – unter illegalen Bedingungen) eine Politik gegenseitiger Unterstützung in ihrem gemeinsamen Kampf gegen den Chauvinismus und die Annexionspolitik ihrer jeweiligen Bourgeoisie bzw. Regierung entfalten können (6). Es ist ihnen jedoch letztlich nicht gelungen, ihren politischen Einfluß in der Arbeiter- und Bauernbewegung der betreffenden Balkanländer so zu vergrößern, daß ihre jeweiligen Bourgeoisien hätten gezügelt oder gar gestürzt werden können – und damit v.a. auch dem deutschen Imperialismus strategische Reserven für seine Ost- bzw. Südosteuropäexpansion entzogen worden wären:

Das gemeinsame Interesse an Annexion, d.h. an Revision der nach dem I. Weltkrieg (friedens-)vertraglich festgelegten bzw. diktierten Grenzen, durchzieht wie ein roter Faden die gesamte diplomatische Korrespondenz zwischen Hitlerdeutschland und Ungarn, Jugoslawien und Bulgarien in den Jahren vor dem 2. Weltkrieg; aber er durchzieht auch jene diplomatische Korrespondenz mit dem Objekt ungarischer und bulgarischer Annexions- bzw. (Grenz-)Revisionsbestrebungen – nämlich mit Rumänien, insofern Rumänien (und Polen) deutsche (Schutz-)Garantien für die von ihnen nach dem I. Weltkrieg annektierten sowjetischen Gebiete suchen und beide auf eine Losreißung der Ukraine sinnen. Der andere rote Faden, welcher sich ebenfalls durch die o.a. Korrespondenz zieht, ist daher das gemeinsame Interesse an der Zerschlagung der revolutionären Sowjetunion und an ihrem innenpolitischen Ergänzungstück: dem „Anti-Bolschewismus“ (7).

So ist es nicht verwunderlich, daß die seinerzeitige ungarische Regierung die Einverleibung Österreichs durch Hitlerdeutschland begrüßte (s. „Österreichischer Staatsvertrag 1955“ in Pol. Ber. 12/81) und sich anschließend nach vorheriger Absprache mit Jugoslawien an der Aufteilung der Tschechoslowakei (zusammen mit Polen) beteiligte; daß sich Rumänien Gebietsabtretungen zugunsten Ungarns und Bulgariens durch einen deutsch-italienischen „Schiedsspruch“ diktieren ließ: daß darüberhinaus Hitlerdeutschland „großmazedonischen“ Gelüsten Bulgariens Rechnung trug und es an der Besetzung Südjugoslawiens und Nordgriechenlands beteiligte; und daß schließlich und endlich sich Ungarn und Rumänien an der Vorbereitung und Durchführung des Überfalls auf die Sowjetunion beteiligten.

Diese schlimmen Beeinträchtigungen der Beziehungen der Donauanrainer und Balkanländer untereinander spiegeln sich in den verschiedenen Festlegungen der (unten auszugsweise wiedergegebenen) Friedensverträge. Jene Festlegungen bildeten aber andererseits ganz offenkundig eine nützliche Grundlage für die (in den letzten 30 Jahren) schrittweise erfolgte Herstellung gutnachbarlicher bzw. freundschaftlicher Beziehungen der Völker Südosteuropas untereinander:

Alle drei Balkan-Friedensverträge wurden zusammen mit dem finnischen (s. Politische Berichte Nr. 19) und dem italienischen (s. Politische

Berichte Nr. 21) Friedensvertrag am 10.2.1947 in Paris unterzeichnet. In der Präambel des rumänischen Vertrags wird auf den 12. September 1944 als Waffenstillstandsdatum verwiesen, in derjenigen des bulgarischen Vertrags auf den 28.10.1944 und im ungarischen auf den 20.1.1945. In allen drei Vertrags-Präambeln werden zunächst folgende Staaten als „die Alliierten und Assoziierten Mächte“ bezeichnet:

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland, die Vereinigten Staaten von Amerika, Australien, die Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik, Kanada, die Tschechoslowakei, Indien, Neuseeland, die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik und die Südafrikanische Union. Zu diesen „Alliierten und Assoziierten Mächten“ gehört im bulgarischen und ungarischen Friedensvertrag noch die „Föderative Volksrepublik Jugoslawien“.

In allen drei Verträgen ist folgendes mit gleichem Wortlaut bestimmt: Bulgarien (Art. 6), Rumänien und Ungarn (beide Art. 7) ... verpflichtet sich, die Rechtsgültigkeit der Friedensverträge mit Italien, (hier folgen jetzt die anderen beiden Balkan-Staaten, d. Red.) ... und Finnland, ferner anderweitige Übereinkommen oder Abmachungen, die von den Alliierten und Assoziierten Mächten für die Wiederherstellung des Friedens mit Österreich, Deutschland und Japan getroffen wurden oder werden, anzuerkennen.“

Bulgarien (Art. 16), Rumänien (Art. 17) und Ungarn (Art. 18) ... arbeiten in jeder Hinsicht mit den Alliierten und Assoziierten Mächten zusammen, um sicherzustellen, daß Deutschland daran gehindert wird, außerhalb deutschen Gebietes Schritte zu einer Wiederaufrüstung zu unternehmen.“

Rumänien (Art. 3), Ungarn und Bulgarien (beide Art. 2) ... ergreifen alle notwendigen Maßnahmen, um allen (ihrer, d. Red.) ... Staatshoheit unterstehenden Personen ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion den Genuß der Menschenrechte und der grundlegenden Freiheiten einschließlich des Rechts der freien Meinungsäußerung, der Presse- und Publikationsfreiheit, der Freiheit der Religionsausübung, der politischen Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu gewährleisten.“ Der jeweilige Absatz 2 dieser o.a. Artikel verpflichtet die drei Länder darauf, daß keinerlei (Minderheiten) diskriminierende Gesetze erlassen werden dürfen.

Rumänien (Art. 5), Bulgarien und Ungarn (beide Art. 4) ... , das in Übereinstimmung mit dem Waffenstillstandsabkommen Maßnahmen zur Auflösung aller auf (dem jeweiligen Staats-, d.Red.) ... Gebiet befindlichen Organisationen faschistischer Art ergriffen hat, gleichviel ob diese politischer, militärischer oder halbpolitisch-militärischer Art waren, oder ob es sich um andere Organisationen handelte, die (Bulgarien, d. Red.) eine den Vereinten Nationen feindliche Propaganda treiben (Rumänien stattdessen:) ... die eine der Sowjetunion oder einem anderen Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen feindliche Propaganda betreiben ... (Ungarn stattdessen:) ... die eine den Vereinten Nationen feindliche Propaganda einschließlich revisionistischer Propaganda betreiben ... läßt in Zukunft das Bestehen und die Tätigkeit derartiger Organisationen, deren Ziel es ist, das Volk seiner demokratischen Rechte zu berauben, nicht zu.“ Zur Erläuterung: „revisionistisch“ bedeutet in diesem Zusammenhang „Grenzrevisionen betreffend“.

Was nun die Frage der Grenzen, Gebiets-Abtretungen und sachlich-finanziellen Wiedergutmachungen oder ähnliches anbelangt, so regelt im einzelnen:

– der ungarische Friedensvertrag (in Art. 1) die Grenzen zwischen Ungarn, Österreich und Jugoslawien bzw. zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei und annulliert ausdrücklich den „Wiener Schiedsspruch“ der faschistischen Achsenmächte; außerdem wird die Grenze zwischen Ungarn und der UdSSR festgelegt. Art. 11 regelt die Rückgabe von „Objekten kulturellen Erbes“ an Jugoslawien und die Tschechoslowakei; Art. 23 bestimmt die an diese beiden Staaten sowie an die UdSSR zu zahlenden Reparationssummen.

– der rumänische Friedensvertrag bestimmt in Art. 1 die Grenzen zwischen Rumänien und der UdSSR einerseits und Ungarn andererseits und annulliert ebenfalls ausdrücklich den o.a. „Wiener Schiedsspruch“; in Art. 22 wird außerdem die an die UdSSR zu zahlende Reparationssumme festgesetzt.

– der bulgarische Friedensvertrag bestätigt (indirekt) in Art. 1 die im September 1940 zwischen Rumänien und Bulgarien getroffene Abmachung bezüglich der Angliederung der Süddobrudscha an Bulgarien; hinsichtlich der griechisch-bulgarischen Grenze enthält der Art. 12 einschränkende Verbote (Befestigungen, Anlagen u.ä., die zum Beschuß griechischen Gebiets mißbraucht werden können). Außerdem sind im Art. 21 die Reparationssummen für Griechenland und Jugoslawien festgesetzt. (8)

(1) Fischer, Krieg der Illusionen, Düsseldorf 1978, S. 413ff; ders., Griff nach der Weltmacht, Düsseldorf 1977, S. 174f, S. 284ff, S. 370ff, S. 454ff.

(2) Lenin-Werke, Bd. 18, Berlin-DDR 1972, S. 345/346.

(3) dto. S. 391.

(4) Lenin-Werke, Bd. 22, dto. S. 153

(5) Die Kommunistische Internationale (Zschrft.), Nr. 14, 1921, S. 231ff.

(6) dto., Nr. 34 – 35, 1924, S. 57ff.

(7) Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918 – 45; Serie D/Bd. V (Juni 1937 – März 1939), Südosteuropa, S. 157ff.

(8) Die Friedensverträge von 1947, Quellen für Politik und Völkerrecht, Bd. 1; Oberursel 1948.

## Erziehungstheoretiker Paulo Freire

# Erwachsenenanalphabetisierung in der Dritten Welt

Die Imperialisten haben in allen Ländern der Dritten Welt ein Erziehungswesen hinterlassen, das allein den Interessen der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft diene. So standen und stehen diese Länder vor dem Problem, wie sie das Analphabetentum bekämpfen können und wie sie ein Volksbildungswesen aufbauen können, das ihren eigenen Interessen nutzt. Paulo Freire begann 1947 mit der Alphabetisierung Erwachsener in Brasilien. Die Alphabetisierungskampagne wurde gestützt von der bürgerlichen Regierung, die einen Kurs des Aufbaus der nationalen Wirtschaft und des Aufbaus eines Volksbildungswesens verfolgte. Bis 1964 war Freire Professor für Geschichte und Philosophie der Pädagogik an der Universität Recife, im Nordosten Brasiliens, die auch die Alphabetisierungskampagne finanzierte. Gerade im Nordosten Brasiliens hatten die Arbeiter mit dem Aufbau von Gewerkschaften begonnen. 1963, im Jahr des großen Landarbeiterstreiks im Nordosten, wurde Freires Alphabetisierungskampagne das erste Mal in größerem Maßstab verwirklicht. Anfang 1964 unterzeichnete der damalige Präsident Brasiliens Goulart Dekrete über die Enteignung von Großgrundbesitz zugunsten landloser Bauern. Weiter sollten die letzten privaten Ölraffinerien verstaatlicht werden. Unter dem Druck der brasilianischen Gewerkschaften, die mit Generalstreik drohten, war Goulart gezwungen, für die Wiederzulassung der bisher verbotenen Kommunistischen Partei einzutreten. Die Alphabetisierungskampagne Freires hatte große politische Sprengkraft, weil damals nur derjenige wählen durfte, der lesen und schreiben konnte. Zum Beispiel im Staat Pernambuco wären nach der Alphabetisierungskampagne 1,3 Mio. Einwohner wahlberechtigt gewesen, vorher waren es nur 500000. In dieser Situation übernahm das Militär die Macht. Freire wurde nach 70 Tagen Gefängnis nach Chile ausgewiesen.

Paulo Freires Alphabetisierungskonzept muß vor dem Hintergrund dieser politischen Lage in Brasilien gesehen werden. Die Arbeiter, kleinen Bauern und Landarbeiter wollten dringend lesen und schreiben lernen, es bedeutete einen Schritt zur Durchsetzung ihrer Interessen. So sind auch die Erfolge, die Freire erzielte, vor diesem Hintergrund zu sehen. Im Schnitt waren die kleinen Gruppen, in denen das Lernprogramm angewendet wurde, nach 6 bis 8 Wochen in der Lage, kleine Texte zu lesen und selber zu schreiben.

Freire ging folgendermaßen vor: Als erstes wurde der Wortschatz des Gebietes, in dem die Kampagne durchgeführt werden sollte, zusammengestellt. Die Lehrer suchten 17 Wörter aus diesem Wortschatz aus, die häufig benutzt wurden. Zum Beispiel: Land, Nahrung, Arbeit, Lohn, Reichtum. Das war Teil der Vorarbeit. Die Lerngruppen, die zusammengestellt wurden, wurden Kulturzirkel genannt. Sie fanden ca. 6 Wochen lang fünfmal die Woche statt. Jede Lerngruppe begann damit, Bilder, die ein brasilianischer Künstler gemalt hatte, zu besprechen. Die Bilder dienten dazu zu erklären, was Kultur ist. Freire definiert Kultur als Auseinandersetzung zwischen Mensch und Natur. Wenn der Arbeiter oder Bauer die Natur verändert, vollbringt er eine Kulturleistung, unabhängig davon, ob er lesen und schreiben kann. Nach der Diskussion über die Bilder wurden die 17 Wörter in Zusammenhang mit den Bildern gebracht. Der nächste Lernschritt war die Aufteilung der 17 Wörter in Silben. Mit Hilfe dieser Silben konnten die Schüler bald eigene Wörter bilden und sie dann auch sprechen und schreiben.

In diesem Konzept wird deutlich, daß Freire an der produktiven Rolle der Arbeit ansetzt. Die Leute sind Subjekte der Natur. Im Wortschatz wird von der materiellen Lage der einfachen Leute und von der politischen Lage ausgegangen. Freire schreibt in einer Abhandlung über Erziehung, Bildung, Befreiung und Kirche, daß Bewußtseinsbildung ausgehen muß vom Handeln der Unterdrückten als einer ausgebeuteten sozialen Klasse, die um ihre Befreiung kämpft. Er grenzt sich eindeutig von der Kirche ab, wo sie „Zaubermittel“ für die Heilung der Menschen anbietet ohne radikale Veränderung der sozialen Strukturen. Verschwommen wird sein theoretisches Konzept dort, wo er sich auf westliche Kritische Theoretiker stützt, die eine andere Auffassung von der Arbeit haben.

# Lohnstandardverluste 1980 – 1982

Die Lohnbewegungen für das Tarifjahr 1982 finden sich vor einer neuartigen Aufgabe. Seit vielen Jahren erstmals finden sich auch für den vernagelten Anhänger reformistischer Schönfärberei nicht mehr die Argumente, ein Steigen oder Konstantbleiben des Lebensstandards zu behaupten. Diese wurden bereits in den letzten Jahren immer rarer, sind jetzt aber dahin. Wer nun angenommen hätte, das Sinken des Lebensstandards der Lohnabhängigen würde die öffentliche Meinung zur Kritik am Kapitalismus animieren, findet sich getäuscht. Die Bedienung der Bedürfnisse der Kapitalisten und ihres Staatswesens aus dem Reproduktionsfonds der lohnabhängigen Bevölkerung figuriert als gesamtgesellschaftliche Notwendigkeit; die regierende Koalition aus SPD und FDP hat sie zum Regierungsziel erhoben. Da bereits in den vorhergegangenen Jahren die Kluft zwischen notwendigem Reproduktionsaufwand und tatsächlich verfügbaren Mitteln sich geöffnet hatte, ist im letzten Jahr eine Trendwende nicht spürbar geworden. Der Trend zur Senkung des Lebensstandards ist bloß in Zonen vorgestoßen, in denen er mit anerkannten Instrumenten bürgerlicher Volkswirtschaft sichtbar zu machen ist. In derart errechenbaren Verlustzahlen sind die Einbußen an, sagen wir ruhig Lebensqualität, die entstehen durch unentgeltete Intensivierung der Arbeit, zunehmende Nacht- und Schichtarbeit, sinnlos lange Fahrzeiten in Folge des Zwangs zur Mobilität usw. nicht enthalten.

Während die öffentliche Meinung in Sparen macht, liefern die Kapitalisten täglich Beispiele, die der Behauptung von der unausweichlichen Notwendigkeit von Lebensstandardminderungen Hohn sprechen: Der Luxuskonsum nimmt zu, die Steigerungsrate der AT-Gehälter soll in einigen Betrieben über 10% liegen, und selbst für hoch tarifierte Angestelltentätigkeiten liegt die Steigerungsrate über der Inflationsrate. Genauere Zahlen hierzu werden sich in den nächsten Monaten ermitteln lassen. Jedenfalls scheint für Derartiges Geld da.

Für die Lohnbewegungen gäbe es schon einige Argumente, eine Forderung aufzustellen, die gehabte Verluste ausgleicht. Eine Bezifferung dieser Verluste ist nicht ganz einfach. Die von uns nebenstehend ausgerechneten Beispiele sind in gewisser Weise willkürlich angenommen, obzwar derartige Fälle häufig sein werden.

Wie müsste nun eine Forderung aussehen, aufgestellt mit dem Ziel, den Lohnverlust aufzuhalten? Würde man die seit Januar 1980 verlorenen, nehmen wir ruhig an, es wäre dies der Durchschnitt, 5% abschließen, so wäre für einen kurzen Moment der Lohnstandard wiederhergestellt. Aber sogleich würde die Inflation weiterfressen. Aber diese hat doch auf 1980 sofort nach dem Abschluß gewirkt? Man sieht, so kommt man nicht weiter. Schon im letzten Jahr war der Streit, ob nun eine Forderung auf die letztjährige Rate der Inflation berechnet sein müßte oder auf die zu erwartende, ziemlich lästig und verwirrend.

Wir meinen, daß zur Bezifferung von Lohnforderungen folgender Weg eingeschlagen werden muß. Was ist ein Tarifvertrag? Seitens der Kapitalisten die Garantie von Mindestpreisen für die verschiedenen Sorten Arbeitskraft, freilich ohne eine Garantie für die Abnahme. Da die Verträge ein Jahr (wenigstens meistens) laufen, läßt sich ein vernünftiger Vergleich des Lohnstandards durch Vergleich der Jahreslöhne am besten erzielen. Wenn man z.B. mit den kommenden Lohnbewegungen eine Wiederherstellung des Lohnstandards von 1980 erreichen will, so muß ermittelt werden, welche Forderung bewirken würde, daß die Kaufkraft eines bestimmten Arbeiterhaushaltes auf das ganze Jahr 1982 hin nicht schlechter zu stehen käme als dies auf das ganze Jahr 1980 der Fall war.

Eine solche Rechnung würde für verschiedene Annahmen über die Inflationsrate durchführbar sein. Sie ist allerdings nicht ganz einfach durchzuführen, weil Umstände wie der Lohnsteuerjahresausgleich, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld usw. einzubeziehen wären. Gleichwohl ist diese lästige Arbeit nicht zu umgehen. Die Rührgeschichten der Kapitalisten von ihren Kosten und deren Widerhall in der öffentlichen Meinung zwingen zu einer klaren Veranschlagung der Reproduktionskosten des Arbeiterhaushaltes und machen Verfahren wie Inflationsrate und Produktivitätsfortschritt und dann runterhandeln lassen ungeeignet und lächerlich.

## Lohnstandard-Entwicklung seit 1980, Auswirkungen der Haushaltsbeschlüsse

**Fall 1:** Industriearbeiter in Leistungsgruppe 1, verheiratet, zwei Kinder. Wie hoch müßte sein Bruttolohn Anfang 1982 stehen, damit der Standard des Reallohns von Anfang 1980 gehalten werden könnte? Wie hat sich sein Lohnstandard tatsächlich bewegt, und wie wird er sich voraussichtlich bis Anfang 1982 entwickeln?

<b>Jan. 80:</b> Effektivlohn, LG1, männlich	2 567,69 DM
Abzug RV 9%	231,09 DM
Abzug KV 5,85%	150,21 DM
Abzug AV 1,5%	38,52 DM
Steuer III/2	281,50 DM
(IV/2)	442,20 DM
Kindergeld 1. Kind	50,00 DM
Kindergeld 2. Kind	100,00 DM
Nettoentgelt + Kindergeld in III/2	2 016,37 DM
(in IV/2)	1 855,67 DM

**Jan. 81:** Unter Annahme der von der Bundesbank angegebenen Inflationsrate von 5,8% für den Zeitraum Jan. 80/Jan. 81 wäre die Entwertung des Lohns ausgeglichen bei einem Nettoentgelt von: 2 133,32 DM (IV/2 1 963,30 DM)

**Jan. 82:** Die Inflationsrate gegenüber Januar 1981 wird mit 7% angenommen. (Gegenwärtig steht die laufende Inflationsrate bei 6% – mit steigender Tendenz. Zu erwarten ist auch eine saisonale Verteuerung der Lebensmittel im Herbst/-Winter.) Bei 7% Inflation gegenüber Jan. 81 wäre die weitere Entwertung des Lohns ausgeglichen bei einem Nettoentgelt von: 2 282,65 DM (IV/2 2 100,73 DM)

Nach geltendem Recht wären darin enthalten:

Kindergeld 1. Kind	50,00 DM
Kindergeld 2. Kind	120,00 DM

Der erforderliche Bruttolohn würde betragen:

(IV/2)	2 974,00 DM
Abzug RV 9,25%	274,36 DM
Abzug KV 6%	178,26 DM
Abzug AV 1,5%	44,49 DM
Steuer III/2	356,50 DM
(IV/2)	545,10 DM

**Vergleich Lohnstandard Jan. 80 / Jan. 82:**  
 Effektivlohn Jan. 81 / LG 1/männl. 2 745,22 DM  
 Effektivlohn Jan. 82 (angenommen) nach 4,9%-Erhöhung 1981: 2 879,74 DM  
 Erforderlicher Bruttolohn Jan. 82, um Lohnstandard Jan. 80 zu halten: III/2 2 966,00 DM (IV/2 2 974,00 DM)  
 Verlust gegenüber Jan. 80: III/2 86,26 DM = 2,9% (IV/2 94,26 DM = 3,2%)

Trotz Steuerreform und Kindergelderhöhung für das zweite Kind ist von Januar 80 auf Januar 82 ein Reallohnverlust von fast 3% eingetreten, den die Tariffbewegung 82 ausgleichen muß, auch wenn die Inflation im kommenden Jahr bei Null stände.

**Fall 2:** Gemeindeangestellte BAT VII, Vergütungsstufe 7, geschieden, zwei Kinder (Unterhaltsgeld unter 140 DM monatlich).

<b>Jan. 80:</b> Tarifgehalt (Grundvergütung, Ortszuschlag, 67 DM allgem. Zulage)	2 295,59 DM
Abzug RV 9%	206,60 DM
Abzug KV 5,85%	134,29 DM
Abzug AV 1,5%	34,43 DM
Steuer II/2	278,20 DM
Kindergeld 1. Kind	50,00 DM
Kindergeld 2. Kind	100,00 DM
Nettoentgelt + Kindergeld	1 792,07 DM



**Jan. 81:** Bei einer Inflationsrate von 5,8% von Jan. 80 auf Jan. 81 wäre die Lohnentwertung ausgeglichen mit einem Nettoentgelt von: 1896,01 DM

**Jan. 82:** Bei einer angenommenen Inflationsrate von 7% von Jan. 81 auf Jan. 82 wäre die weitere Lohnentwertung ausgeglichen bei einem Nettoentgelt von: 2028,73 DM

Nach noch geltendem Recht darin enthalten:

Kindergeld 1. Kind	50,00 DM
Kindergeld 2. Kind	120,00 DM

Zum Ausgleich der Lohnentwertung erforderlicher Bruttolohn: 2613,00 DM

Abzug RV 9,25% 241,70 DM

Abzug KV 6% 157,04 DM

Abzug AV 1,5% 39,20 DM

Steuer II/2 316,50 DM

**Vergleich Lohnstandard Jan. 80 / Jan. 82:**

Tarifgehalt Jan. 81 2435,99 DM

Tarifgehalt Jan. 82 nach 4,3% Lohnerhöhung 1981 und Aufrücken von Dienstaltersstufe 7 nach 8: 2582,99 DM

Dagegen erforderliches Bruttogehalt Jan. 82, um den Lohnstandard von Anfang 1980 zu halten: 2613,00 DM

Verlust gegenüber Jan. 80: 30,01 DM  
= 1,1%

## Wirkungen der Haushaltsbeschlüsse

**Kindergeldkürzung:** „Beim Kindergeld ist es wegen der hohen Belastung des Bundes – die Aufwendungen für das Kindergeld erreichen 1981 die Größenordnung von 19 Mrd. DM – unvermeidbar, Einschränkungen vorzunehmen. Die wichtigste Maßnahme ist die Kürzung des Kindergeldes für Zweit- und Drittkinder jeweils um 20 DM auf 100 bzw. 220 DM ...“ (Pressemitteilung der Bundesregierung 4.9.81)

**Fall 1:** Industriearbeiter, zwei Kinder  
Erforderliches Nettoentgelt (ohne KG) Jan. 82 bei geltendem Recht: 2112,65 DM  
Erforderliches Nettoentgelt (ohne KG) Jan. 82 nach Kindergeldkürzung für das 2. Kind um 20 DM: 2132,65 DM

Erforderlicher Bruttolohn zum Ausgleich der Kürzung: 2997,00 DM

Effektivlohn Jan. 82 bei 4,9%-Erhöhung 1981: 2879,74 DM

Kumulierter Verlust gegenüber Lohnstandard 1980 in III/2: 117,00 DM  
= 3,9%

**Fall 2:** Gemeindeangestellte, zwei Kinder  
Erforderliches Nettoentgelt Jan. 82 (ohne KG) bei geltendem Recht: 1858,73 DM  
Erforderliches Nettoentgelt Jan. 82 (ohne KG) nach Kindergeldkürzung: 1878,73 DM  
Erforderliches Tarifgehalt zum Ausgleich der Kürzung: 2649,00 DM  
Tarifgehalt Jan. 82 nach bisherigem Tarif: 2582,99 DM  
Kumulierter Verlust gegenüber Jan. 80: 66,01 DM  
= 2,5%

**Lohnkürzung Öffentlicher Dienst:** „Um verschiedene Nachteile ursprünglich erwogener Einzeleingriffe in das Besoldungsrecht zu vermeiden, werden die hinsichtlich der Dienstaltersstufen/Lebensaltersstufen und des Verheiratenortszuschlags beabsichtigten Maßnahmen durch folgende Pauschalregelungen, die bei Bund, Bahn und Post den gleichen Spareffekt wie die ursprünglich beabsichtigten Maßnahmen haben, ersetzt: Kürzung der Bezüge um 1 v.H. des Anfangsgrundgehalts und des Ortszuschlags (Stufe 1). Der Betrag wird von den Harmonisierungszulagen (insbesondere 40 DM, 67 DM, 100 DM) abgesetzt ... Die Regelungen gelten kraft Tarifvertrag automatisch für Angestellte des öffentlichen Dienstes. Von der Einbeziehung der Arbeiter im Verhandlungswe-

ge (auch die Kündigung der Zulagentarifverträge, bei denen die Tarifvertragsparteien die Nachwirkung – Ausnahme Bundespost – ausdrücklich ausgeschlossen haben, ist möglich) geht die Bundesregierung aus.“ (Bundsratsdrucksache 363/81)

**Fall 2:** Gemeindeangestellte ...

Tarifgehalt Jan. 82 nach 1%-Kürzung von Anfangsgrundvergütung und Ortszuschlag Stufe 1 (Kürzungsbetrag 17,28 DM): 2565,71 DM

Erforderliches Tarifgehalt Jan. 82: 2649,00 DM

Kumulierter Verlust gegenüber Jan. 80: 83,29 DM  
= 3,1%

**Kürzung Arbeitnehmer-Sparzulage:** Die bisherige Sparzulage von 30 v.H. (40 v.H. bei drei und mehr Kindern) wird auf 16 v.H. (26 v.H. bei drei und mehr Kindern) gesenkt. Ausgenommen sind Anlagen in Kapitalbeteiligungen oder im Wohnungsbau/Bausparen, die mit 23 v.H. gefördert werden.

Bisherige Sparzulage auf 624 DM vermögenswirksames Sparen: 187,20 DM  
Sparzulage nach Kürzung: 99,84 DM  
Monatlicher Verlust: 8,32 DM

## Belastungen durch weitere Haushaltsbeschlüsse

**Erhöhung der Verbrauchssteuern:** Ab Juni 1982 soll die Erhöhung der Tabaksteuer und der Branntweinsteuer wirksam werden. Die Schachtel Zigaretten wird sich dann auf 4 DM verteuern.

Bei einem Tagesverbrauch von einer Packung Zigaretten steigt die monatliche Netto-Mehrbelastung um über 30 DM.

**Besteuerung von Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld:** „Wenn Arbeitnehmer nur für einen Teil des Jahres arbeiten und im übrigen Arbeitslosengeld oder vergleichbare Lohnersatzleistungen beziehen, ergibt die Kumulation von Arbeitsentgelt, Lohnersatzleistung und Lohnsteuer-Jahresausgleich ein Gesamteinkommen, das dem Nettoarbeitsentgelt bei Vollbeschäftigung für das ganze Jahr nahekommt, in Einzelfällen sogar übersteigt. Diese Kumulationswirkung ist ungerecht und arbeitsmarktpolitisch unerwünscht. Sie wird dadurch eingeschränkt, daß das Arbeitslosengeld ... künftig für die Ermittlung des Steuersatzes beim Lohnsteuerjahresausgleich oder bei der Einkommenssteuer-Veranlagung einbezogen wird.“ (Pressemitteilung der Bundesregierung, a.a.O.)

Diese Neuregelung geht weiterhin von der Steuerfreiheit dieser Leistungen aus. Beim Lohnsteuer-Jahresausgleich oder bei der Einkommenssteueranmeldung werden diese Leistungen jedoch dem Progressionsvorbehalt unterworfen. Auf das zu versteuernde Einkommen ist der Steuersatz anzuwenden, der sich ergibt, wenn die Lohnersatzleistung mit einem hochgerechneten Betrag wie Arbeitslohn bei der Berechnung der Einkommenssteuer einbezogen wird. Erfaßt werden soll der Betrag, der nach Abzug der bei Arbeitnehmern gewöhnlich anfallenden gesetzlichen Abzüge den Betrag der ausgezahlten Lohnersatzleistung ergibt.“ (Bundsrats-Drucksache 363/81) Aus diesen Gesetzeserläuterungen entnehmen wir, daß künftig das fiktive Bruttogehalt, das sich aus der Hochrechnung vom Arbeitslosengeld = 68% vom Netto ergibt, auf das tatsächlich zu versteuernde Jahreseinkommen aufgeschlagen werden soll, um dann den Steuersatz für das zu versteuernde Jahreseinkommen zu ermitteln. Nach unseren Berechnungen müßte der Industriearbeiter in Leistungsgruppe 1, der im Jahr 1982 vier Wochen arbeitslos ist, bei Inkrafttreten dieser Änderungen zum Einkommenssteuergesetz etwa 200 DM mehr Steuern zahlen.

**Kostendämpfungs-Ergänzungsgesetz:** Durchschnittliche Auswirkungen auf die Haushalte sind schwer zu beziffern. sicherlich werden Rentnerhaushalte besonders getroffen. Die direkten Mehrbelastungen durch Rezeptgebühren, „Leistungsausgrenzung von „Bagatellarzneimitteln“, Fahrtkostenanteil etc. werden im Gesetzentwurf zwischen 600 – 800 Mio. DM beziffert.

## BRD-DDR

### Die Bourgeoispolitiker sondieren die „Lage der Nation“



Schon einmal verstand die SPD/FDP-Regierung, den Anschein zu erwecken, als hätte sie, wie Millionen wünschten, die Wiedervereinigungsansprüche zurückgesteckt. Der Anschein verflog, erneut deuten sich Manöver an, die Ansprüche weiter zurückzustecken, um die Infiltration umso besser voranzutreiben. Die CDU/CSU hingegen, die Schwierigkeiten der SU in ihrer Einflußsphäre erwartet, will die Ansprüche eher wieder lautstärker vertreten wissen.

### Landwirtschaft UdSSR Aussichten für die Erfüllbarkeit des 11. Fünfjahresplans

Als grundsätzliche Besonderheit des 11. Fünfjahresplans hat Ministerratsvorsitzender Tichonow am 27.2.81 die geplante höhere Wachstumsrate in der Abteilung II (Konsumgüter, Landwirtschaftsprodukte) gegenüber der Produktionsmittelindustrie hervorgehoben. Die bürgerliche Presse meldet jetzt ein Zurückbleiben der Produktion in Industrie und Landwirtschaft hinter

dem Plansoll in den ersten acht Monaten dieses Jahres. Z.T. sei die Vorjahresproduktion, z.T. die angestrebte Wachstumsrate nicht erreicht. Welche Rückwirkungen haben sinkende Wachstumsraten bei Industrieprodukten auf die landwirtschaftliche Produktion in den Kolchosen und Sowchose? Kann die Versorgung der Bevölkerung sichergestellt werden?



### Zentrales Landwirtschaftsfest München

#### Neue Maschinen immer unerschwinglicher für kleine Bauern

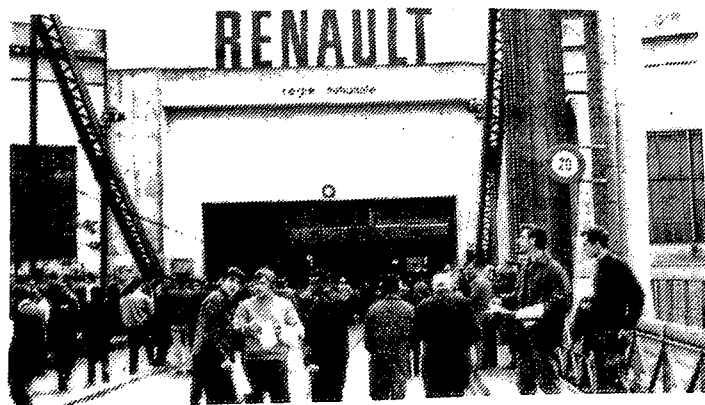


Auf dem Zentral-Landwirtschaftsfest vom 19. bis 29. September in München werden zahlreiche neue Maschinen für die Landwirtschaft vorgestellt – so z.B. ein Minicomputer zur optimalen Berechnung der Futtermittelzusammensetzung. Ein Großteil des Landwirtschaftsmarktes befindet sich in den Händen der BayWa, ebenso des Düngemittel-

und Futtermittelvertriebs sowie des Ankaufs der Produkte. Die CSU tritt als Hüter der bäuerlichen Interessen auf, polemisiert gegen die zunehmend größer werdenden „Agrarfabriken“ und preist den „bayerischen Weg“, der den kleinen und mittleren Betrieben Überlebenschancen gebe. Wem nützen die Maßnahmen der CSU wirklich?

### Frankreich

#### Wem werden die Nationalisierungen nützen?



Sechs Großkonzerne und alle inländischen Banken sollen aus privatem Besitz in staatliches Eigentum überführt werden. Der Kapitalistenverband lamentiert, doch der prophezeite Kurssturz bei den Aktien bleibt bisher aus. Die Linksregierung verspricht sich größere Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt. Was bewegt die Gewerkschaften zur Unterstützung? Können die Lohnabhängigen Besserung ihrer Lage erhoffen?

### Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten, erscheint vierzehntäglich. Preis 2,- DM

### Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften. Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:  
Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/ 517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel 0221/ 517457

### Bezugsbedingungen:

**Politische Berichte:** Halbjahresabonnement incl. Versand 29,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 58,- DM.

**Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten:** Halbjahresabonnement incl. Versand 40,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 80,- DM.

**Jedes weitere Nachrichtenheft:** Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

**Einzelabonnement Nachrichtenheft:** Halbjahresabonnement incl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 28,- DM.

**Jedes weitere Heft:** Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel: 0221/ 517457